

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 28. September 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Breis (beinumerando)
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
Eingetragene Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Gottland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Spalten-
breite oder deren Raum 50 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schil-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die Strategie des Staatsstreichs.

Der Biffingsche Korpsbefehl, der auf dem Magdeburger Parteitag aus Licht gezogen wurde, ist ein Dokument von hoher politischer und historischer Bedeutung. Er enthüllt einerseits die Angst der herrschenden Klasse vor dem Anschwellen der Arbeiterbewegung und er legt außerdem schwarz auf weiß fest, daß unsere herrschende Klasse entschlossen ist, ihre Herrschaft mit allen Mitteln zu behaupten; daß sie schon mit dem Gedanken des blutigen Bürgerkrieges und des brutalen Rechts- und Verfassungsbruchs umgeht. Der bisher bekannte Wortlaut des Erlasses ist nun nur ein Teil seines Inhalts; er hat noch mehrere sehr interessante Stellen, die das Interesse der Öffentlichkeit beanspruchen. Darin werden über die Verwendung und Ausrüstung der Truppen noch nähere Anweisungen gegeben, eine förmliche Lehre der Führung des Bürgerkrieges entwickelt, ein Führer für die Kunst, die Soldaten auf Vater und Mutter schießen zu lassen, gegeben. Diese Stellen des Befehls lauten:

Infanterie ist im Straßenkampf, wenn möglich, mit Artillerie zusammen zu verteidigen. Ein frontaler Sturm gegen Barricaden ohne nachdrückliche Vorbereitung durch Artillerie fordert starke Verluste, ja, er mißlingt oft ganz.

Ueberhaupt ist ein Vordringen von Infanterie auf offener, von Barricaden oder aus den Häusern unter Feuer gehaltener Straße zu vermeiden. Die Truppe muß vielmehr durch Einschlagen der Wände von einem Haus zum anderen schrittweise vordringen oder durch Gärten und Höfe und über die Dächer vorgehen. Die einzelnen Häuser sind genau abzusuchen, auch nach Sprengstoffen. Nach Abgabe des Vorschreitens der vordersten Abteilungen folgen Meßerben zum Befehlen und Sichern wichtiger Punkte.

Beim Marsch wird zweimächtig in Reihenkolonnen auf beiden Seiten längs der Häuser gegangen, gewandte Schützen werden vorgeordnet, um nötigenfalls ein Feuer aus den Fenstern schnell betreiben zu können.

Das Bajonett wird im Häuserkampf eine große Rolle spielen. Außerdem sind zweimächtig möglichst viele Leute mit Keilen, Beispizen, Brechstangen und auch mit Sprengstoffen auszurüsten. Der Tornister behindert den Mann und erscheint auch kaum nötig, ebenso das Kochgeschirr. Die Ausrüstung würde also folgendermaßen sein: Helm, Patronenlosche mit reichlicher Munition, Brotbeutel mit einigen eisernen Portionen, Feldtasche, eventuell nach der Jahreszeit Mantel. Veritene Offiziere haben im Straßenkampf stets abzulegen und die Pferde zurückzuführen.

Kavallerie soll nie innerhalb der Stadt zum Fechten verwandt werden, sie ist im eigentlichen Straßenkampf mehr oder weniger hilflos. Sie muß von vornherein außerhalb der Ortsschranken beziehungsweise außerhalb des insurgierten Stadtteils zur Abschließung der aufreißerischen Orte oder Bezirke und zur Sicherung der Eisenbahnlinien, aber auch zur Aufklärung auf den Plätzen und in den Planken der in dem aufreißerischen Gebiet vorgehenden Kräfte verwendet werden.

Maschinengewehre und Artillerie sind stets zugeweiht der Infanterie (etwa jedem Bataillon ein Zug) zuzuteilen und reichlich mit Munition auszurüsten.

Auch die Pioniere sind auf die Infanterie zu verteilen; wo solche fehlen, können aus den als Pioniere ausgebildeten Mannschaften der Infanterie Pioniertruppen gebildet werden. Die Pioniere sind namentlich zur Ausführung von Sprengungen mit Sprengstoffen zu versehen. Schließlich sind auch Feuerwehrrabteilungen der Infanterie mitzugeben.

Im allgemeinen werden die Operationen in einer aufreißerischen Stadt so zu führen sein, daß der Führer alle verfügbaren Kräfte in einer Zentralstellung vereinigt, kleinere Bataillone einzieht und nur die wichtigsten Gebäude besetzt hält. Durch planmäßig fortschreitende Angriffe aus dieser Zentralstellung heraus wird dann die Stadt allmählich wieder unterworfen, während gleichzeitig die Kavallerie und etwa von außen noch herangezogene Truppen die Stadt einnehmen und den Truppen in der Stadt in die Hände arbeiten. Die Verbindung der verschiedenen Abteilungen untereinander und mit der Führung muß mit allen Mitteln, auch durch Signale (Offiziere und Unteroffiziere in Zivil) aufrecht erhalten werden.

Eine Einteilung der Stadt in Abschnitte unter einem Abschnittskommandanten mit Abschnittstruppen und unter Aufhebung einer Hauptreserve kann zweimächtig sein. Die Truppen der einzelnen Abschnitte müssen dann gemeinsam operieren.

Eine regelmäßige Ablösung der Truppen vorderster Linie ist notwendig, hat aber so zu erfolgen, daß nie Gelände aufgegeben wird. Ruhetage sind unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Truppe wird immer untergebracht werden können, wenn auch nur in Massenquartieren. Um die nötige Ruhe zu sichern, können sich unter Umständen die Truppen ihrerseits in ihren Bezirken verbarrikadieren.

Unter keinen Umständen dürfen höhere oder niedere Befehlshaber auf Unterhandlungen mit Aufständischen eingehen, es gibt nur eine Bedingung: Unterwerfung auf Gnade oder Ungnade.

Eroberte Stadtteile sind genau abzusuchen, Gefangene sofort nach auswärts abzuschleppen, falls sie nicht sofort an Ort und Stelle vor die Kriegsgerichte gestellt werden.

Alle Rädelsführer oder wer mit den Waffen in der Hand gefangen wird, ist dem Tode verfallen.

Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarmherzig anzuwenden.

Man sieht, unsere herrschenden Kreise träumen von Blut und Norden. Von Krieg gegen das Volk, von Füllströmungen und Massenverhaftungen, von kriegsgerichtlicher Schnelljustiz, von Massenverurteilungen und Masseneraktionen. Ihre von der Furcht vor dem Volksgorn gepeitschte Phantastik malt ihnen den Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken und sie machen sich schon im Voraus stark für die Blutarbeit, die sie zu verrichten denken, für den Abbruch, den sie dem Volke zu applizieren sich rüsten. Klingt es nicht altbekannt, klingt es nicht wie eine Variation auf das bekannte blutige Thema „Pardon wird nicht gegeben!“

Zehn Jahre sind's her, daß diese Lösung ausgegeben wurde. Damals gegen ein Fremdvolk, ein Volk fremder Rasse. Jetzt handelt es sich um einen Feldzugsplan gegen das eigene Volk. Aber die Lösung ist dieselbe. Keine Verhandlungen! Unterwerfung auf Gnade und Ungnade! Die volle Strenge des Gesetzes ist unbarmherzig anzuwenden! (So in einem Dokument, das als erste Handlungen ungesetzliche Maßregeln festsetzt) Das ist derselbe Geist, der einst die Lösung für den Hunnenfeldzug diktierte, jene Lösung, die bewirken sollte, daß in tausend Jahren kein Chinese mehr wagen werde, einen Deutschen schief anzusehen!

Der Hunnenzug hat Chinas Boden mit furchtbaren Blutströmen getränkt. Schrecken ging vor den deutschen Truppen, Verderben zeichnete ihre Spuren, Hunderte von Gefangenen wurden süßlich nach abgekürztem Verfahren, Leben und Güter massenhaft vernichtet. Und der Erfolg? Das Phantom der Teilung Chinas ist in alle Winde zerflattert und das nationale Selbstgefühl der gelben Männer erstarrt von Tag zu Tag. Die Herrschaft der weißen Rasse über die gelbe ist heute ein Traum der Vergangenheit und die Stellung Deutschlands in Ostasien ist alles andere denn gefestigt!

Unsere herrschende Klasse mag sich versichert halten, daß sie nicht besser fahren wird, wenn sie sich jemals in einen Hunnenzug wider das eigene Volk stürzen würde!

Das Klassenbewußte Proletariat weiß, was es von seinen Feinden zu halten hat. Aber immerhin hat diese Enttöhlung, daß unsere herrschende Klasse es für nötig hält, die Strategie des Bürgerkrieges und des Staatsstreichs in allen Details auszuarbeiten, für die Arbeiterschaft ihren ganz besonderen Reiz!

Frankfurt - Lebus.

Das Kometenfeld von Frankfurt-Lebus ist den bürgerlichen Parteien schwer in die Glieder gefahren. Die wunderbarsten Erklärungen werden für das Resultat erfunden, während doch die wahre Lösung für die Ursachen dieses neuesten glänzenden Wahlsieges der Sozialdemokratie so nahe liegen! Nichts anderes als die allgemeine Empörung über die Volksausplünderungs- und Volksentrechtungs-politik ist es, was auch in Frankfurt-Lebus, wie bei allen vorhergehenden Wahlen, die Massen in die Arme der Sozialdemokratie getrieben hat. Daß die Konservativen nicht zugeben wollen, daß sie zum mindesten behaupten, die Volksempörung hätte ihre jetzige Größe niemals erreicht, wenn nicht auch die Liberalen an der Politik des Schnapsblass Artikels teil hätten, ist ja einigermassen begreiflich. Daß aber auch die Liberalen selbst so gar nicht die wirklichen Zusammenhangs der Dinge erkennen wollen, ist denn doch erstaunlich! Namentlich hätte der Freisinn, dessen linksstehende Organe doch seinerzeit von der Kompromißkandidatur des Dr. Winter keineswegs erbaut waren, doch ein Verständnis dafür haben müssen, daß sich das Volk bei dem allgemeinen Zug nach links, bei der Erwitterung der Wählermassen über die reaktionäre Politik unmöglich für eine national-liberale Kandidatur begeistern kann, für einen Kandidaten, der zudem auf dem äußersten rechten Flügel steht und bereits vor der Wahl mit den Konservativen heisse Liebesbetuerungen tauschte! Daß dieselben Blätter, wie z. B. das „Berliner Tageblatt“, die zuerst so bittere Worte für die Kandidatur Winter hatten, im letzten Augenblick vor der Stichwahl für diesen nämlich Winter mit der größten Verbe eintraten, kann das bei den Wählern doch höchstens ein Kopfschütteln über die Wandlungsfähigkeit und Rückgratlosigkeit dieses entscheidenden Liberalismus hervorzurufen, nimmermehr aber die beabsichtigten Sympathien für den Bundesgenossen der Agrarier und Antisemiten ausgelöst haben!

Dabei schneidet die liberale Presse vom Schlage des „Berliner Tageblattes“ heute die drolichsten Kapriolen. Unmittelbar vor der Stichwahl rechnete das Rosseblatt mit der Niederlage des sozialdemokratischen Kandidaten als der unausbleiblichen Folge der Magdeburger „Kandale“. Nachdem aber trotz

aller konservativen Rettungsversuche der liberale Sammellandidat auf der Strecke geblieben, stellt sich das nämliche Rosseblatt, als ob es das gar nicht anders erwartet habe! Dabei leistete es sich außerdem noch die unglaublichsten Kombinationen. Es meint, die 2700 Stimmen, die bei der Stichwahl gegenüber der Hauptwahl mehr abgegeben wurden, seien wohl ausnahmslos dem bürgerlichen Kandidaten zugefallen; der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie sei also wohl auf die Stimmen der nationalen Arbeiter zurückzuführen, die beim ersten Wahlgange für den konservativen Kandidaten Dunkel votiert hätten. Hätte der Vorkandidat des Rosseblattes dem betreffenden politischen Redakteur hilfreich zur Seite gestanden, so würde er ihm wohl rednerisch nachgewiesen haben, daß das nichts anderes bedeutet, als daß ungefähr die Hälfte aller konservativen Stimmen dem sozialdemokratischen Kandidaten zugefallen wären! Vor einem solchen Widerspruch würde dann der politische Redakteur doch wohl zurückgeschreckt sein!

Ebenso unsinnig ist es, wenn es die liberale Presse so darstellt, als ob hauptsächlich die Abstimmung des platten Landes dem Sozialdemokraten den Sieg gebracht hätte. Erhielt doch gerade nach den Ziffern des „Berliner Tageblattes“ allein in Frankfurt a. O. und Büchelwalde der sozialdemokratische Kandidat bei der Stichwahl 697 Stimmen mehr, während es dort der bürgerliche Sammellandidat nur zu einem Mehr von 523 Stimmen brachte. Statt also dummes Zeug darauf los zu behaupten, sollte wenigstens der Liberalismus, der noch ernst genommen werden will, die politische Lage untersuchen und gewissenhaft prüfen, ob denn nicht der Liberalismus selbst durch seine Bloßfüden und durch seine ganze erbarmungs-würdig schwächliche Haltung den Abfall der Wählermassen verschuldet hat.

Daß der Nationalliberalismus solcher Ermüngen nicht fähig ist, daß er seinem ganzen Wesen nach ein reaktionäres Gebilde darstellt, das hat der national-liberale Abgeordnete Fuhrmann noch ausdrücklich dazutun für notwendig erachtet. Er hat nach der Verkündung des Wahlergebnisses in Frankfurt a. O. eine Rede gehalten, die den Nationalliberalen sicherlich noch einige weitere Mandate kosten wird. Denn diese Rede enthüllte den erreaktionären Charakter des Nationalliberalismus mit einer solchen Schamlosigkeit, wie sich das nur aus der verzerrten Stimmung der Unterlegenen erklären läßt. Daß Herr Fuhrmann, nachdem der Versuch der Ausschaltung des Magdeburger Parteitages so schmachlich mißglückt war, die kindliche Ansicht vertrat, die Kunde vom Magdeburger Parteitag sei wohl noch nicht bis in den Wahlkreis Frankfurt-Lebus gedrungen, möchte für einen Nationalliberalen allenfalls noch hingehen. Aber Herr Fuhrmann verriet sich gar zu der Neuerung, daß man manchmal zweifeln müsse, ob Wismar recht daran getan habe, dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu geben. Herr Fuhrmann fühlte sich weiter gedrungen, den jetzigen Reichskanzler herauszufordern, von dem er behauptete, daß er keineswegs schwarzblau sei! Aber der national-liberale Abgeordnete ging noch weiter. Er erklärte, das Ziel, das die Deutschen erstrebten, sei Kanaan, das gelobte Land. Der Weg dahin aber führe durch das rote Meer, und es sei ihm gar zweifelhaft, ob es jetzt einen Moses oder Aaron gäbe, der das deutsche Volk glücklich durch das rote Meer führen könne. Er befürchtete, man müsse beim Durchmarsch jämmerlich ertrinken, und es fehle die eiserne Hand, die die Führung übernehmen könne!

Der Nationalliberalismus wird es diesem Fuhrmann zu danken haben, wenn sein Wahlrechtskarren vollends in den Straßengraben geraten wird! Denn einer Partei, deren Parlamentsvertreter so strupellos das Reichstagswahlrecht preisgeben, die geradezu mit einem Oldenburg oder Reich um die Wette nach dem starken Mann mit der eisernen Hand streifen, wird das Volk bei den Reichstagswahlen auch den letzten Rest des Vertrauens versagen!

Der Nationalliberalismus hat in Frankfurt-Lebus ein Mandat verloren, aber er wird es Herrn Fuhrmann und seinesgleichen zu verdanken haben, daß er die ganze Wahlrechtsbataille verlieren wird. Und der Freisinn, der sich mit einer solchen Sorte von Liberalen bei den bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen zu paaren versucht, wird sich gleichfalls nicht beklagen dürfen, wenn ihm das gleiche Schicksal blüht, wie dem Nationalliberalismus!

Straßenschlachten in Moabit.

Die Art, wie die Polizei sich in Konflikte zwischen Kapital und Arbeit einzumischen pflegt, hat in Moabit zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Straßenpublikum geführt. Wie wir von vornherein betonen wollen, sind Streikende dabei in keiner Weise beteiligt. Aus Anlaß der Straßenkämpfe ist, wie uns gestern abend von der Streikleitung versichert wurde, bis dahin weder einer der am Streik bei der Firma Kupfer u. Co. beteiligten Arbeiter verwundet, noch einer derselben verhaftet worden. Die Streikenden sind alle organisiert und gut diszipliniert und haben von der Streikleitung strenge Anweisung bekommen, sich allen Erzeufen fernzuhalten, sowie auch die Provokationen der Polizei unbeachtet zu lassen. Bei der Firma Kupfer u. Co. sind 14 Mann beschäftigt, die sämtlich in den Ausstand getreten sind. Sie verlangen einen Stundenlohn von 50 Pf. Bisher wurden 43 Pf. gezahlt. Der Streik dauert seit dem 19. September. Von den Ausständigen ist noch niemand Streikbrecher geworden. In den letzten Tagen aber sind 18 Arbeitswilligen

Vom auswärts gekommen. Vom Rheinland sollen Bergarbeiter Nacht 40 bis 50 Mann durch die fottsam bekannte Streikbrecher-Vermittlungsfirma Ww. Müller-Altona herangeschafft worden sein. Das provokatorische Auftreten dieser Arbeitswilligen, dazu das rücksichtslose Vorgehen der Berliner Polizei gibt die Veranlassung zu den Erzessen, an denen sich, wie immer in solchen Fällen, die aufgeregte Volksmenge und der Janhagel beteiligten. Die Kohlenwagen der Firma werden von etwa 8 berittenen Schulheuten eskortiert, zu denen sich auch noch einige Schulleute zu Fuß gesellen. Dienstag morgen verließen 6 Kohlenwagen der Firma den Platz, die von etwa 50 berittenen und 50 Schulheuten zu Fuß begleitet wurden.

Nichts ist ungerechtfertigter gegenüber den Streikenden, nichts aber auch verkehrter als diese Anordnung der Polizei. Für die nächste Umgebung der befreiten Firma bieten die von 6 bis 8 berittenen Schulheuten umschwärmten Kohlenwagen keinen besonders sensationellen Anblick mehr. Kommen diese Wagen aber in die innere Stadt, so erregt der nicht all-tägliche Aufzug allgemein die Aufmerksamkeit der Passanten. Selteneren Blicken verrichten die Arbeitswilligen ihr trauriges Handwerk, laden Kohlen ab, von reitenden Schulheuten von beiden Seiten flankiert. Zahlreiche Passanten sammeln sich an, die das seltene Schauspiel verfolgen und von den Umstehenden oft erst darüber unterrichtet werden müssen, „was los ist“.

Wussten vorher nur die streikenden Kohlenarbeiter, im besten Fall die organisierten Arbeiter, überhaupt von dem Streik bei Kupfer, so behauptete sich durch die von der Polizei inszenierten eigenartigen Demonstrationen die Kunde davon durch die ganze Stadt aus. Ganz charakteristisch ist dafür der Brief eines Einwohners aus dem Osten, der den Eindruck dieser Polizeijugzüge und die jugendliche Wirkung derselben wie folgt schildert:

„Ich hatte etwas Geschäftliches in der Friedrichstraße zu tun, als mir nach dessen Erledigung auf dem Heimwege in der Charloitenstraße ein ungewöhnliches Polizeiaufgebot auffiel. Ich sah zwei Wagen von der Firma Kupfer u. Co., die von acht berittenen und von acht Schulheuten zu Fuß begleitet waren. Die Zahl der Schulheute vermehrte sich auf längere Strecken sogar auf 14 neben 8 zu Pferde. Neugierig, was diese eigentlich wollten, folgte ich in Begleitung meiner Frau diesem sonderbaren Trupp und begleitete ihn nach Hause in Moabit. Es war gerade um die Mittagszeit, trotzdem ist an keiner Seite dem Zuge etwas passiert, auch nicht, als derselbe in den Torweg der benannten Firma fuhr. Um 12 kamen nun die Arbeiter der Löwischen Fabrik, die dort bis 13 liegt, um ihr Mittagsbrot zu genießen. Nichts ereignete sich und auch die große Anzahl von Schulheuten und Offizieren verhielt sich ruhig. Jeder Aufforderung folgten die Arbeiter. Um 1/4 Uhr kam wieder ein Wagen, besetzt mit zwei Arbeitswilligen und bewacht von sechs Berittenen und den Verschiedenen zu Fuß. Kurz vor der Löwischen Fabrik, ohne jede Veranlassung — wenigstens habe ich keine wahrgenommen — schob einer dieser beiden Streikbrecher zweimal hintereinander zwei Schüsse scharf in die zu laufende jähelnde Menge. Die Erregung war groß, aber noch alles ruhig. Da forderten einige Arbeiter von Löwe den dabei befindlichen Offizier auf, den Schießenden festzusetzen. Statt nun das zu tun, gab er das Kommando: „Alle Berittenen raus!“ und nun gingen in die Menge hinein, zunächst ohne blank. Das Geschrei war groß. Auf der Seite, an der der Logerplatz von Kupfer liegt, aber weit ab von diesem, ritt einer im Galopp in die dort befindlichen Frauen und Kinder! Aus dem Torweg der Löwischen Fabrik ertönten Entrüstungsrufe, weiter nichts. Dies war das Zeichnen und alle sechs Berittenen mit hochgehobenen Säbeln hinein in den Hof. Das Geschrei war herzerweichend. Diese Attacke wiederholte sich in der Hof hinein dreimal. Bei einer davorartigen Bewachung war eine persönliche Belästigung der beiden Erzölze gar nicht möglich, diese haben aus reiner Nordrigier geschossen. Ob jemand getroffen, diese ich nicht, weil sich jeder in Sicherheit drachte.“

So die Schilderung, die ein unbeteiligter Zuschauer von dem Beginn der Zusammenstöße am Dienstag gibt. Sie zeigt aber auch zugleich, wie die Polizei in ungeschicktester Weise den Janhagel von ganz Berlin nach Moabit gezogen. Gerade in den Straßenjüngen, die hier erwähnt werden, in der Friedrichstraße, Unter den Linden usw., treibt sich ja jener süße Mob umher, der überall dabei sein muß, der sich auf den Paraden herumdrückt, mit der aufziehenden Wache einherstapft, jeden Hofwagen anbrüllt und den allemal ein Aufgebot von Schulheuten in Begeisterung versetzt, eine Begeisterung, die in keiner Weise der gerade in Erscheinung tretenden Sache gilt, sondern die sich steigert lediglich mit der Massenhaftigkeit, dem Glanz oder dem grausigen Nihil, den das sich vollziehende Ereignis hervorruft.

Ein Genosse in Moabit schreibt uns denn auch über die Wirkung der polizeilichen Strategie, Aufläufe zu „verhindern“: „Die Polizei ist in der Tat tagelang verhöfht und gereizt worden wegen ihrer Begleitung Kupferscher Kohlenwagen. Aber soweit ich beobachten konnte, nur von dummen Jungen und der Schuljugend.“

Das ganze übrige Volk hielt Maulaffen feil und amüsierte sich über das Ringenspiel zwischen der bewaffneten Macht und der bartlosen Jugend, bis gestern aus dem Scherz sehr blutiger Ernst wurde.“

Wir bedauern natürlich, daß ernste Männer ohne ihre Schuld in eine Situation hinein versetzt wurden, die sie dem Gespött der Kinder und unerzogenen jungen Menschen aussetzte. Wir können uns vorstellen, daß allmählich in ihnen ein Groll aufwuchs, den leider jetzt andere zu spüren bekommen, als jene Jugendlichen und Spötter, deren Tun wir in keiner Weise billigen wollen. Aber darüber können wir in keiner Weise vergessen, auf das eindringlichste dagegen zu protestieren, daß überhaupt unsere Schuhmannschaft bei sozialen Kämpfen in dieser Weise verwendet wird. Viel erniedrigender als das lächerliche Aindergespött ist für sie die ihnen aufgedrungene Rolle, aus Hütern der Ordnung Diener eines beliebigen Kapitalisten zu werden, dem es einfällt, die Löhne und Arbeitsbedingungen seiner Arbeiter auf einer Stufe zu erhalten, die diese zur Arbeitsniederlegung zwingt. Wir protestieren auch dagegen, daß man die Schuhmannschaft — wenn es einmal zum Streik gekommen ist — mit dem Auftrage auf die Straße scheidet, die Streikenden an der Aufklärung der zureisenden Arbeiter zu verhindern. Das ist aber die übliche Methode bei allen Arbeiterkämpfen geworden, und diese Methode hat so erbitternd auf die Arbeiterenschaft gewirkt, daß diese aus Uebermühen zusammengebrochen sein müßte, wenn sie im Angesichte des Unrechtes, das ihr von der Polizei tagtäglich geschieht, sich auf nichts weiter befinden wollte als darauf, wie sie dieser Polizei löse Spötter vom Halse halten soll.

Verwahren aber müssen wir die Arbeiterschaft dagegen, daß sie die Vorurteile von gestern und vorgestern gewollt oder gar organisiert habe. Diese phantastische Anschauung, die natürlich von den Scharfmacherblättern, der „Welt“, den „Neuesten Nachrichten“, namentlich aber vom „Reichsboten“ und der „Deutschen Tageszeitung“ vertreten wird, soll nach

dem „Lokal Anzeiger“ sogar auf dem Polizeipräsidium vertreten werden. Wenigstens behauptet dieses Blatt:

„Nach Ansicht maßgebender Kreise im Polizeipräsidium sind die gestrigen Erzesse in Moabit nicht durch zufällig zusammengetroteten Janhagel herbeigeführt worden, es handelt sich vielmehr um einen wohl vorbereiteten Erzech organisierter Arbeiter gegen die Polizei. Seit Monaten ist die in dem Industrieviertel Moabit wohnende Arbeiterschaft gegen die Firma Kupfer, die Streikbrecher und die Polizei aufgehetzt worden, bis es zu den unerhörten Ausschreitungen in der heutigen Nacht gekommen ist. Wie meist in solchen Fällen, haben die Führer schließlich die Massen nicht mehr in der Hand und es kommt zu blutigen Zusammenstößen.“

Diese Behauptungen sind unerhörte Verdächtigungen, denn die Streikenden stehen mit diesen Vorurteilen in feinerlei Beziehung. Der „Berliner Lokalanzeiger“ selbst sagt in seiner Mittagsausgabe vom Dienstag:

„Selbstverständlich haben diese ganzen Tumulte mit irgend einer politischen Parteibewegung nicht das mindeste zu tun.“

Auch eine von der Polizei unterrichtete Korrespondenz schreibt:

„Es soll von vornherein betont werden, daß die streikenden Arbeiter der Firma Kupfer u. Co. so gut wie gar nicht — auch während des gestrigen Tages nicht — an den Krawallen beteiligt gewesen sind. Die Polizei gibt ohne weiteres zu, daß bei den wüsten Schlägereien die Arbeitermassen sich nicht beteiligt haben. Was gestern in weitem Umkreise die Kupferschen Lagerplätze heulend und jöhend, raubend und plündernd umgab, das war

der Mob.

der Abscham der reichshauptstädtischen Bevölkerung, an dem es gerade in jener Gegend nicht mangelt. Juhäler und Dirnen, Mordies, halbwichsige Burschen mit ihren „Bräuten“, trunksene Weiber, verlumpte Männergestalten, das waren die Erzedenten in der heutigen Nacht! Erzitzungen, denen es ganz gleich ist, ob sie im Gefängnis oder auf der Straße enden und die über die Säbelhiebe der Schulheute mit Weichmut quittierten.

Die Arbeiterschaft Moabits aber hielt sich von den Krawallen völlig fern und der Beweis dafür wird durch die Gefangenen- und Verwundenenliste erbracht, aus der hervorgeht, daß der übergroße Teil der Eistierten aus obdachlosen Männern und Frauen besteht.“

Die Vorgänge in der Nacht vom Montag zum Dienstag

Schildert das Polizeibulletin wie folgt:

Nachdem vorgestern Abend nach 10 Uhr eine etwa 1/4stündige Ruhepause in den Erzessen eingetreten war, lief gegen 11/2 Uhr bei dem Polizeikommando die Meldung ein, daß in der Wittstoder-, Rostoder- und Bieleffstraße große Menschenansammlungen stattgefunden und die Demonstranten die Kirche und die umliegenden Geschäfte attackierten. Es wurde sofort eine starke Abteilung Schulheute nach den gefährdeten Stellen entsandt, die auf dem Wege durch die Rostoder Straße aus den Häusern mit Wurfgeschossen aller Art überschüttet wurden, wobei mehrere Schulheute verletzt wurden. Die ganze Art und Weise des Vorgehens des Janhagels läßt darauf schließen, daß

die Tumulte planmäßig organisiert

sind. Es ist jedoch bisher nicht gelungen, die Anführer und Leiter zu ermitteln. Um 1/2 Uhr nachts kam die weitere Meldung, daß ein Schuhmann, der aus Charloitenburger Gebiet von Rotodies überfallen worden sei, sich in ein Lokal in der Erasmusstraße geflüchtet habe, das von den Demonstranten gestürmt und demoliert worden sei.

(Es ist dies die Restauration von Ripberger, Ecke der Erasmus- und Beustelstraße, eine sozialdemokratische Parteikneipe, in der unsere Genossen verkehren. Hieraus geht klar und deutlich hervor, daß die Partei mit den Ausschreitungen nichts zu tun hat. Sämtliche Fenster des Restaurants wurden zertrümmert und in dem Lokal selbst nicht ein Gegenstand ganz gelassen. Stühle, Tische, Bierhähne, Jalousien sind demoliert, der Fußboden schwamm heute morgen noch im Blut. Der Birt selbst trug mehrere Kopfverwunden davon und mußte sich in der Unfallstation behandeln lassen.)

Sofort rückten 50 Mann im Sturmschritt aus, um ihren Kameraden zu befreien. Mit der blanken Waffe in der Faust mußten sich die Polizeibeamten mühsam den Weg kämpfend durch die Menge bahnen. Der befreite Schuhmann Spezzing gibt an, daß er zusammen mit einem anderen Kameraden von Mordies überfallen worden sei und sich nur mühsam durch die Flucht in das erwähnte Lokal habe retten können. Als die Menge die Restauration zu stürmen begann, habe er

mehrere Revolverkugeln abgefeuert,

durch welche drei Personen verletzt wurden. Wo sein Kollege geblieben sei, konnte er nicht angeben. Der vermiste Schuhmann wurde heute morgen in dem Hausflur des Ripbergerischen Restaurants bewußtlos aufgefunden. Er hatte schwere Kopfverletzungen erlitten. Eine Untersuchung seines Revolvers ergab, daß aus demselben

zwei Schüsse abgegeben

worden sind. Der Schwerverletzte liegt besinnungslos im Krankenhaus Moabit daniieder.

Auf der Unfallstation in der Erasmusstraße wurden im Laufe der Nacht 22 Personen verbunden. Drei derselben sind durch Revolverkugeln verletzt worden, und zwar zwei durch Schulheute, einer durch einen Schuß aus der Pistole eines Erzgedenten. (Eines Streikbrechers? D. Mob.) Im ganzen sind 43 Verhaftungen vorgenommen, darunter 14 Personen wegen Steinwerfens festsetzt.

Der Wachtmeister auf der Flucht.

Am Montagabend gegen 10/11 Uhr wurden zwei uniformierte Wachtmeister in der Rostoder Straße von einer Menge von angeblich 800 Personen angegriffen, so daß sie zuletzt die Flucht ergreifen mußten. Der Wachtmeister Litz suchte Zuflucht in einer Schaufensterkassette in der Rostoder Straße 2. Die Menge sah das, verfolgte ihn und schlug auch hier alles kurz und klein. Litz verjagte sich nur dadurch zu retten, daß er im Privatzimmer des Wirtes Rod, Helm und Säbel abwarf und unter dem Bett versteckte, durch ein Hinterfenster auf den Hof hinaussprang und von dort über eine Mauer nach dem Nebenhaus gelangte. Hier blieb er bis gestern morgen. Dann begab er sich in bürgerlicher Kleidung nach dem Revier, von dem aus er später seine Sachen zurückholte. Die beiden Wachtmeister mochten von der Schußwaffe keinen Gebrauch, wohl aber soll aus der Menge heraus geschossen worden sein. Einen Schuß hat ein Schlosser aus der Rostoder Straße bekommen, der sich in der Nähe des Tumultes befand. Er ließ sich heute morgen von einem Privatarzt verbinden und suchte dann das Krankenhaus auf. Die Wunde rührt nicht von einer Browningpistole, sondern von einer Waffe größeren Kalibers her.

Unfug mit den Feuermeldern.

Dreimal wurde in der Nacht zum Mittwoch die Feuerwehre nach der Rostoder Straße 2 alarmiert. Grober Unfug war die Ursache. Die Täter konnten nicht ermittelt werden. Da Polizei nicht zur Stelle war und die versammelte große Menschenmenge die Besetzung der Feuermelder durch Feuerwehrmänner verhinderte, mußten die öffentlichen Feuermelder dort außer Betrieb gesetzt werden. Gestern früh wurden die Melder repariert und wieder dem Betrieb übergeben.

Am Dienstag.

Die Erregung in der Bevölkerung von Moabit war am Dienstag tag noch außerordentlich groß. Überall wurden die Ereignisse der vergangenen Nacht besprochen, für die zerbrochene Fensterscheiben und Gaslaternen, mancherlei Trümmer und aufgerissenes Straßenpflaster Zeugnis ablegten. Die Polizei war wieder sehr zahlreich vertreten, die Zugänge zur Sidingenstraße wurden durch Ketten von 16 Mann unter dem Kommando eines Leutnants abgesperrt. Wo Arbeiter sich in größeren Mengen ansammelten, wurden sie auseinandergetrieben. Am Abend ging

die Polizei wieder schärfer vor.

In den Stadtbahnhof Beustelstraße zettelten sich viele Leute vor den attackierenden Schulheuten. Harmlose Passanten, ruhige friedliche Leute, die nur neugierig umherblickten, sahen sich plötzlich unter den Händen und den Säbeln der wie wild sich gebärdenden Schulheute. — Sämtliche Kriminalbeamte schienen noch Moabit abkommandiert zu sein; sie griffen im Verein mit uniformierten Schulheuten überall Leute an, sprengten mit Gewalt kleine Gruppen auseinander, so daß es direkt nach einer Provokation der Massen ausfiel, die aber in der Regel schleunigt zurückwichen. Die Entrüstung über ein solches Auftreten schwoh freilich im Publikum immer mehr an. Die Polizei achtete nicht darauf; von ihren festen Standplätzen ließ sie einzelne zu Fuß und zu Pferde in weitem Umkreise auschwärmen und angrißweise vorgehen. Und mit andbrechender Nacht ging die Polizei immer schärfer drauf los. Ein Herr, der zwei Hiebe mit einem flachen Säbel bekommen hatte, weil er dem Treiben ein wenig zuschauen wollte, erklärte:

„Ich habe die tückliche Polizei gegen das Volk vorgehen sehen, aber die preußische ist wahrlich noch schlimmer!“

Wie man Tumultuant wird.

Einer unserer Mitarbeiter, den wir auf den Schauplatz der Polizeitaten gesandt hatten, erlebte folgendes:

Am Dienstagabend zwischen 5 und 6 Uhr war die Beustelstraße schwarz von Menschen. Vom Bahnhofs Beustelstraße sowie aus den umliegenden Fabriken kamen heimkehrende Arbeiter in großer Menge. Die Sidingenstraße war an der Ecke der Beustelstraße von einer starken Schutzmannskette abgesperrt. Wo Schulheute stehen, die Hausbewohner trafen vor die Türen. Eine dichte Schar Neugieriger, Männer, Frauen und Kinder, hatten sich in kurzer Zeit angeammelt. Überall wurden die Ereignisse vom Montagabend lebhaft besprochen. Das Publikum, welches die Straße bevölkerte, unterschied sich in nichts von dem Publikum, welches Tag für Tag jene Gegend belebt. Das heißt, es war im wesentlichen ein durchaus anständiges Arbeiterpublikum, welches nur in Erwartung dessen, was kommen sollte, länger als sonst auf der Straße verweilte. Von einem Mordietum, wie es in den Verichten bürgerlicher Blätter geschildert wurde, war nichts zu sehen. Das Publikum verhielt sich auch durchaus ruhig, abgesehen von dem Stimmengewirr, welches eine große Menge, die sich gruppenweise unterhält, von sich gibt. Insbesondere war gar keine Rede von irgendeiner Provokation der Polizei durch das Publikum.

Ich gehe die Beustelstraße hinunter. — Von aufgerissenen Straßenpflaster habe ich in der bürgerlichen Presse gelesen, aber nichts davon gesehen. An der Ecke der Wittstoder Straße ist ein Kaufhaus. Eine Schaufensterscheibe ist zerschlagen, hinter ihr hängt ein Plakat, wodurch der Firmennamen mittelst, daß er mit Streikbrechern keine Verbindung habe. — An der Ecke der Erasmusstraße ist das Schanklokal, in das sich am Montag ein Schuhmann flüchtete, nachdem er sechs Schüsse auf die Menschenmenge abgegeben hatte. Durch zertrümmerte Fenster sieht man in das dunkle Lokal. Scherben und Glassplitter liegen herum. Tische und Stühle stehen ansehnlich unversehrt.

In der Richtung vom Bahnhofs Beustelstraße gehe ich zurück. Kurz vor 7 Uhr erreiche ich wieder die Ecke der Siemensstraße. Noch steht hier eine dichte Menschenmenge. Ihr Charakter hat sich gegen vorhin nicht geändert. Nur eine Handvoll halb-wüchtiger Burschen hat sich angeordnet, die hin und wieder pfeifen und jöhlen. Drei bis vier Männer, anscheinend etwas ange-trennen, gröhlen aus vollem Halbe: „Wir sind die Arbeitermänner.“ Sie ziehen ab. — Da plötzlich sehe ich, daß die Schulheute an der Sidingenstraße die Säbel ziehen. Sofort wendet sich die Menschenmenge zur Flucht. Am eiligsten laufen die jungen Burschen, welche gelernt haben. Aber auch die übrigen laufen, so schnell sie können, davon. Viele fliehen in Hausflure und Schanklokale. Ich selbst, im Bewußtsein, nichts Polizeiwidriges getan zu haben und weil mir mein Gesundheitszustand einen Schnelllauf überhaupt nicht gestattet, ging im Schritt mit den Fliehenden, die mich im Augenblick überholt hatten. Schulheute mit geschwungenen Säbeln stürmen an mir vorbei. Wahlos schlagen sie von hinten mit der blanken Waffe auf die Fliehenden ein. Manche der Geschlagenen stürzen zu Boden, raffen sich auf, eilen weiter, die Schulheute säbelschwingend immer hinterher. Das alles spielte sich in wenigen Sekunden ab. Jetzt plötzlich fühle auch ich einen wuchtigen Hieb von hinten auf meinen Kopf niederzusen, der mir fast die Bewußtsein raubt. Gleichzeitig stürmen zwei Schulheute mit geschwungenen Säbeln an mir vorbei, um sich zu ihren Kameraden zu gesellen, die vor mir auf die Fliehenden einschlagen.

Ich fühle, daß Blut von meinem Kopf niederrieselt und gehe zur Unfallstation in der Erasmusstraße. Zwei Schulheute mit verbundenen Köpfen kommen mir entgegen. Mit dem Ruf: „Mut-hunde“ werden sie draußen empfangen. Im Innern der Station liegt ich die Spuren der Polizeitaten. Auf dem Operationstisch liegt ein Bewußtloser schwer stöhnend. Ein aus der Gasse heimkehrender Arbeiter, der, wie sein Begleiter sagt, von Schulheuten niedergeworfen wurde. Ein Mann mit einer klaffenden Wunde am Hinterkopf wird verbunden. Andere mit leichteren Verletzungen warten der ärztlichen Hilfe. Ein Mann wird heringeführt, das Gesicht von Blut überströmt, Vorkind und Wese von Blut stark befleckt. Die Kräfte haben alle Hände voll zu tun, denn die Polizei hat wieder einmal blutige Arbeit geleiht.

Als ich gegen 1/8 Uhr von der Unfallstation zurückkam, war die Beustelstraße bis zur Turmstraße abgesperrt, ebenso die Parallel-strassen zu beiden Seiten. In den Querstraßen standen sehr starke Reihen von Schulheuten zu Fuß und zu Pferde. Publikum in großer Zahl bevölkerte die Straße von den Absperrungsstellen, verhielt sich aber vollkommen ruhig. Auch die Polizei schien sich nach der geschäftlichen Attacke beruhigt zu haben. Wenigstens konnte ich bis gegen 9 Uhr in der Turmstraße nichts von weiteren Angriffen der Polizei auf das Publikum bemerken.

Die Polizei schießt nach den Fenstern.

Die Attacken in der vergangenen Nacht vollzogen sich vorwiegend in der Turmstraße und Düttenstraße. Die Straße in der Beustelstraße konnte des Schubes des Allerhöchsten entbehren, denn die Polizei hatte dort ein förmliches Lager aufgeschlagen. Wo ein Ruf oder eine Bemerkung ertönte, rannten Scharen von Schulheuten hin und hieben rücksichtslos drein, wobei sie es nicht an gräßlichen Schimpfworten fehlen ließen. In der Düttenstraße trachte es, ob es ein scharfer Schuß war oder nur der Knall eines Feuerwerkskörpers, konnten wir nicht feststellen. Sofort rannte ein paar Duzend Beamte nach der Stelle und drang in die umliegenden Häuser ein.

Später kam es dort noch einmal zu einer Schlacht und es trachte mehrere Male im Hausflur des Hauses Düttenstraße 70, wo die Beamten eingedrungen waren.

In der Verlichingstraße hielt vor dem Hause Nr. 4 eine Truppe unter Anführung eines Offiziers, der nach den Balkonen hinauf drohte. Ein Schuhmann hielt einer jungen Frau, die auf ihrem Balkon in der ersten Etage stand, einen Revolver hin und rief: „Scheren Sie sich rein, oder ich schieße!“

Während die Polizei an der Ecke der Gohlwisch- und Zwinglstraße von der blauen Waffe Gebrauch machte, um einen Trupp von etwa 500 Personen zu zerstreuen, wurde angeblich aus den Häusern mit Flaschen, Pfeifstücken und Scherben auf die Polizei geworfen. Hier machten die Beamten von der Drohungsparole Gebrauch und schossen nach den Fenstern, aus denen nach ihrer Meinung die Wurfgeschosse gekommen waren.

Die Verhandlungen mit dem Verband von der Firma Kupfer abgelehnt.

Gestern vormittag fand auf Ersuchen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz, eine Aussprache mit der Firma und zwei Vertretern des Verbandes statt. Auf Grund dieser Aussprache hat der Verband zwecks Beilegung des Streiks das Einigungsamt der Stadt Berlin offiziell angerufen. Der Kohlenhändlerverband hat dagegen gestern nachmittag in einer Sitzung beschlossen, mit dem Transportarbeiterverband nicht zu verhandeln (!) und auch den vom Streik betroffenen Firmen dringend empfohlen, Verhandlungen mit dem Transportarbeiterverband abzulehnen. Der Arbeitgeberverband und auch die vom Streik betroffenen Firmen sind dagegen wohl bereit, mit den streikenden Arbeitern selbst zu verhandeln, auch durch den Magistratsrat von Schulz, mit dem sie sich in Verbindung gesetzt haben. Die Arbeitgeber sind angeblich auch bereit, vom 1. April an eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Den vom Streik betroffenen Geschäften hat der Kohlenhändlerverband in der gestrigen Sitzung seine Unterstützung zugesagt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September 1910.

Scharfmacherische Nationalliberale.

Die Nationalliberalen in Rheinland-Westfalen haben in einer Versammlung in Dortmund zum nationalliberalen Parteitag in Kassel Stellung genommen und ihre Meinung dahin fixiert:

„Wir erwarten von dem Parteitag in Kassel, daß er unter Abweisung aller gegenteiligen Bestrebungen den Charakter der Partei als Mittelpartei und ihre Aufgabe, die Gegensätze zwischen rechts und links zum Besten des Vaterlandes zu mäßigen und auszugleichen, unangestoßt beibehalte. Bei dem Charakter als Mittelpartei darf sich die Partei nicht einseitig nach links drängen lassen. Es muß ihr die Aufgabe unbenommen bleiben, mit allen bürgerlichen Parteien den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend Wahlbündnisse zu schließen. Unter Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Stellung den Parteien gegenüber halten wir für die kommenden Wahlen den Kampf gegen die Sozialdemokratie für die Forderung des Tages.“

Freisinnige Helden.

Der Vorstand des Ortsvereins Breslau des Gewerbevereins der Eisenbahner (H.-V.) hatte zu Sonntag, den 26. September, eine „große öffentliche Eisenbahner-Versammlung“ nach den Union-Festhallen einberufen. Es war etwas ganz besonderes geplant. Zwei freisinnige Abgeordnete waren als Referenten angekündigt. Der Reichstagsabgeordnete Gothein in Breslau sollte über „Die politische Lage in Preußen“ und der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Kopisch in Berlin über „Das preussische Abgeordnetenhaus und seine Tätigkeit“ sprechen.

Der nicht sehr große Saal hatte sich allmählich gefüllt, um 1/3 Uhr war kein Stuhl mehr frei, doch konnte die Versammlung noch nicht eröffnet werden, da der Einrufer, der freisinnige Parteisekretär Müller, noch nicht erschienen war. Um 6 Uhr wurde endlich die Versammlung eröffnet. Da der Herr Reichstagsabgeordnete Gothein angeblich plötzlich erkrankt war, unterzog sich der Herr Rektor Kopisch der, wie er sagte, ihm angenehmen Aufgabe, die beiden Referate zu halten. Wiederholt machte sich während des Vortrages die Opposition durch Zwischenrufe bemerkbar, was den Vortragenden regelmäßig veranlaßte, mit der Entfernung der Zwischenrufer zu drohen, indem er darauf hinwies, daß diese keine Eisenbahner seien. Tatsächlich war die Versammlung zu einem großen Teil von Nicht-Eisenbahnern besetzt, die aber im Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein organisiert sind.

Der Kopisch beschäftigte sich zunächst mit der Finanzreform und der Stellung der politischen Parteien im Reichstage zu dieser Frage. Schon wollte er zum zweiten Teil seines Vortrages übergehen, als er durch die Bemerkung, daß von gewissen Parteien systematisch die Unwahrheit verbreitet werde, den Jurus provozierte: „Wie das hier geschieht!“ Sofort erhob sich der Vorleser, um dem Zwischenrufer zu sagen, daß er kein Eisenbahner sei und kein Recht habe, an der Versammlung teilzunehmen. Der Zwischenrufer verließ den Saal, nicht ohne die Freizügigkeit dieser freisinnigen Kämpen noch mit einigen Worten zu kennzeichnen.

Wie berechtigt aber der Jurus war, erhellt aus folgendem: Bei der Öffnung hatte der Parteisekretär Müller erklärt, die einzige politische Partei, die in Preußen für ein allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht eintritt, sei die freisinnige Partei! Und der Referent hatte in seinem Vortrage folgende Behauptungen aufgestellt:

In der Frage der Finanzreform habe die Sozialdemokratie durch ihre Haltung die Reaktion unterstützt. Die liberalen Parteien seien prinzipiell gegen jede indirekte Besteuerung des Volkes und für die Verrückung der Liebesgaben an die Junker. Nach diesen wenigen Weispielen können wir es unseren Lesern überlassen, zu beurteilen, von welcher Seite systematisch die Unwahrheit verbreitet wird. Die Versammlung hörte das Referat des Herrn Kopisch bis zu Ende an. Als die Diskussion einsetzen sollte, verlangte der „freisinnige“ Vorleser, daß jeder sich zum Wort Meldende nicht nur seinen Namen, sondern auch die Dienststelle, auf der er beschäftigt sei, anzugeben habe. Daraus entstand ein Tumult, der zum Schluß der Versammlung führte. Das wird den freisinnigen Helden gar nicht so sehr unangenehm gewesen sein, denn schließlich wäre den Anwesenden vielleicht doch trotz des Maulkorb, den der Vorsitzende den Diskussionsrednern anlegen wollte, die ganze Schabigheit der Hirsch-Dundersch-freisinnigen Kampfesweise vor Augen geföhrt worden.

Kriegervereins-Terrorismus.

In den Kriegervereinen wird angeblich keine Politik getrieben. In Wahrheit wird jeder, der nicht als unbedingt „zuverlässig“ gilt, der brutalsten Behandlung ausgesetzt. Dafür ein neues Beispiel. In dem Dorfe Alach bei Erfurt hatte man einen Einwohner im Verdacht, ein „Koter“ zu sein. Ob der „Verdacht“ berechtigt war, mag dahingestellt bleiben, denn auf einem weltabgeschiedenen Orte genügt ein wenig Widerspruchsgeist, um zum „Sozialisten“ gestempelt zu werden. Genug, als der Kriegerverein am Sonntag, den 26. September, eine Versammlung hatte, wurde der Mann von dem Kriegervereins-Schriftführer Raab aus dem Saale gewiesen, weil man ihn für einen „Koter“ hielt. Der so Verdächtige hat gegen

den Kriegervereinsführer Raab den Weg der Privatklage beschritten. In der Tat greift eine so grobe Tollkühnheit direkt an Beleidigung. Der Vorfall zeigt aber, was von der „Erziehungsarbeit“ zu „Kameradschaftlichkeit und Bildung“ in den Kriegervereinen zu halten ist.

Der Breslauer Handarbeiter nicht gefunden.

Zu der schon telegraphisch gemeldeten neuesten Beurteilung des Genossen Albert von der Breslauer „Volksmacht“ durch das Landgericht Breslau zu vier Monaten Gefängnis ist noch nachzutragen, daß in der Verhandlung der Polizeirat Probst unter Eid bezeugt, daß er oder der Polizeipräsident den Handarbeiter gekannt hätten. Der Schuhmann Goltzsch befandete, daß er nicht der Mütterich gewesen sei, der dem Arbeiter Biewald die Hand abhakte.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf sofortige Verhaftung Alberts wurde vom Gericht abgelehnt.

Politische Jugend.

In ihren Trauerberichten von der Wöhl in Frankfurt a. O. belauschen die bürgerlichen Blätter, nachdem der Sieg des Sozialdemokraten festgestellt war, seien Studenten und Schüler der oberen Gymnasialklassen zum Kaiser-Wilhelm-Denkmal gezogen, um dort trotz der Niederlage durch Abhängen von „Deutschland, Deutschland über alles“ ihre patriotische Gesinnung zum Ausdruck zu bringen.

Keines dieser Blätter hat gegen diese politische Betätigung der Gymnasialjugend etwas einzuwenden. Aber wenn die Arbeiterjugend für die Sozialdemokratie demonstriert hätte. Das Geschrei möchten wir hören!

Die Angst vor den Ersahwahlen.

Im Gemeinderat von Mühlhausen i. Eisach ist der Antrag der Demokraten auf Vornahme von Gemeinderatsersatzwahlen für fünf ausgeschlossene Mitglieder mit 20 gegen 6 Stimmen „vertagt“ worden. Für die sofortige Annahme des Vorschlages stimmten mit fünf Demokraten ein Zentrumstreiter, während die Mehrheit des Zentrums und alle Liberalen mit den großkapitalistischen Scharfmachern im Gemeinderat für die „Vertagung“, d. h. die Ablehnung stimmten. Dabei hat die Sozialdemokratie bei den Ersatzwahlen von 1908 im ersten und zweiten Wahlgang 45 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, so daß sie, wenn wie in Bayern das Proportionalwahlrecht in Geltung wäre, im Gemeinderat der Stadt Mühlhausen 16 Sitze von insgesamt 30 besetzen würde.

Ein Zentrumsmann als Messerheld.

Mit welchem Fanatismus und Ingrimm die Angehörigen der Zentrumsgruppe das Eindringen der Sozialdemokratie und ihrer Presse verfolgen und zu verhindern versuchen, zeigt die Tat eines solchen Anhängers der Partei für „Wahrheit“ und „Recht“ in Hösbach bei Wschaffenburg. Vor einer dortigen Wirtschaf lauschte abends der Verträuensmann des Zentrums, in der seit kurzer Zeit unser Wirzburger Parteiorgan „Der fränkische Volksfreund“, aufliegt und in der einige Parteigenossen saßen und sich unterhielten. Als er bemerkt wurde, gingen einige junge Durschen hinaus, auf die der Zentrumsmann blindlings, ohne jede Veranlassung, mit dem Messer eintraf. Die Zentrumsblätter der Provinz, die die Lügenartikel über die Sozialdemokratie an hervorragender Stelle behandeln, haben von dem Vorfall noch nichts gebracht.

Stolypin in Friedberg.

Frankfurt a. M., 27. September. Entgegen anderweitigen Meldungen wird dem „Generalanzeiger“ aus Petersburg gemeldet: Stolypin werde Sonntag nach Friedberg reisen, wo er mit dem Jarzen eine Besprechung haben werde. Es handele sich um wichtige Beschlüsse über Finnland. Die Auflösung des Landtages soll bevorstehen.

Militärisches Treibbad.

Das Militärgesetz enthält bekanntlich manche un sinnigen Bestimmungen. Darunter auch die, daß Befehle von Vorgesetzten unter allen Umständen ausgeführt werden müssen, selbst wenn diese eine vorschriftswidrige Behandlung Untergebener darstellen. Der Kanonier Rettich vom 41. Feldartillerie-Regiment in Slogau hat das nicht genügend beachtet. Er hatte beim Leben im Flaggensignalgeben ein falsches Zeichen gegeben und mußte dafür auf Befehl des Sergeanten Rauer Laufschrift machen. Dies sollte er nach dem Befehl des Sergeanten durch eine schmutzige Wasserpfütze tun. Der Soldat ließ aber um diese herum; als dies der Feldwebel Safran sah, befahl ihm dieser, sich der Länge nach in den schmutzigen Rumpel hineinzulegen. Hierzu wollte sich der Soldat aber noch viel weniger verstehen; er weigerte sich, sich im Treibbad zu baden. Das Kriegsgericht der 9. Division verurteilte den Kanonier wegen Gehorsamsverweigerung zu drei Wochen Mittelarrest, den Feldwebel Safran aber wegen vorschriftswidriger Behandlung zu fünf Tagen gelinden Arrest, während der Sergeant Rauer von derselben Anklage freigesprochen wurde.

Auf die von dem Gerichtsherrn eingelegte Berufung hob das Oberkriegsgericht des 5. Armeekorps heute das freisprechende Urteil gegen Rauer auf und verurteilte ihn zu drei Tagen gelinden Arrest.

Furcht vor einer schmutzigen Wasserpfütze gibt es bei den Preuzen nicht.

Oesterreich.

Mandatverlust.

In der Stichwahl hat die Sozialdemokratie Deutsch-Böhmens Montag das Mandat des Wahlkreises Gablonz, das durch den Tod des Genossen Barth erledigt war, verloren. Der deutsch-nationale Kandidat, Bürgermeister Mäcker, siegte mit 6186 Stimmen über den Genossen Trübenwader. Der Bezirk hat durch die Krise furchtbar gelitten, so daß sich die Zahl der proletarischen Wähler erheblich vermindert hatte. Die Fabrikanten haben ihre augenblickliche Machtstellung zu argem Terrorismus mißbraucht.

Schweiz.

Wahlen in Zürich.

Die am Sonntag in der Stadt Zürich vollzogene Ersatzwahl in den Kleinen Stadtrat für unseren uns Obergericht gewählten Genossen Wyh ist nicht zustande gekommen, indem keiner der drei Kandidaten das absolute Mehr erreichte. Unser Genosse Pflüger erhielt 11 765, der Freisinnige Dr. Oshardt 9083, der demokratische Lehrer Heuser nur 2916 Stimmen. Unsere Partei hat sich also neuerdings darüber ausgediegt, daß sie die stärkste Partei in der Stadt Zürich ist und Pflüger haben bloß 160 Stimmen zum absoluten Mehr geföhlt. Hoffentlich wird er im zweiten Wahlgang gewählt. Die Wahl von drei Bezirksröcktern wurde glatt erledigt, wobei unser Genosse Müller mit 12 192 die meisten Stimmen erhielt.

Frankreich.

Mäßregelung eines Sozialisten beantragt.

Paris, 27. September. Der Kräfte des Departements Oshphendens hat bei der Regierung die Absetzung des sozialistischen Bürgermeister von Cornaille beantragt, der eine Veramlung der Winger und Landarbeiter einberufen und in einer revolutionären Rede zum Ausstand aufgefordert hatte.

England.

Parlamentsdiäten in Sicht?

London, 27. September. Wie aus guter Quelle mitgeteilt wird, hat die Regierung den Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktionen der Sozialisten und Arbeiterpartei Henderson davon in Kenntnis gesetzt, daß sie im Laufe der nächsten Parlamentstagung einen Gesetzentwurf betreffend Gewährung von Diäten für die Parlamentsmitglieder einbringen werde. Wie ferner aus sonst gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, dürfte Balfour trotz aller bisherigen Meldungen diese Reform nicht bekämpfen.

Rußland.

Der Luftmilitärismus.

Petersburg, 27. September. Das Komitee zur Verstärkung der Kriegsstotte hat beschlossen, sofort zwanzig Aeroplane zu bestellen.

Aus der Partei.

Mannheimer Orakel.

Die „Mannheimer Volksstimme“ schreibt zu unserer Magdeburger Meldung, daß Genosse Frank dem Genossen Fischer vom Brüßeler „Peuple“ erklärt habe, die badischen Landtagsabgeordneten würden dem Parteitagbeschlusse Folge leisten, die Frage aber dem Internationalen Kongreß unterbreiten, folgendes:

Genosse Dr. Frank ersucht uns um die Feststellung, daß er sich so dem Genossen Fischer-Brüßel gegenüber nicht geäußert habe. Vezüglich der Konuenzen, die sich für die Süddeutschen aus den Magdeburger Beschlüssen ergeben, habe er sich Fischer gegenüber, der ihn unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung darüber fragte, genau so geäußert wie in der Sitzung selbst. Es sei durch das Fischerse „Interview“ also durchaus nicht etwa eine neue Situation geschaffen worden.

Genosse Frank findet es also für nötig, sich gegen den Verdacht zu verwahren, daß er erklärt hätte, die badischen Landtagsabgeordneten würden sich dem Beschluß der obersten Instanz der Partei fügen! Das ist sehr bezeichnend! Und hätte sogar größere Bedeutung, wenn nicht der Parteitag den Antrag Zubeil-Haase angenommen hätte! Wie nötig es war, daß er angenommen wurde, das zeigt gerade diese Frankse Erklärung mit besonderer Deutlichkeit. Ueber den Sinn ihrer orakelhaften Wendungen zu grübeln, können wir uns erparen; so zweideutig die Worte Franks sind, so unzweideutig ist der Parteitagbeschlus und darauf kommts an!

Aus Nürnberg.

geht uns folgende Zuschrift zu:

Die heute versammelten Parteivertrauensleute und Parteigenossen aus mehreren Bezirken Nürnberrgs sind über die Ausführungen ihres Abgeordneten Dr. Südewum zur Budgetfrage außerordentlich erstaunt und bedauern aufs lebhafteste die von ihm eingenommene, unseren Ansichten durchaus nicht entsprechende Stellungnahme und wünschen lebhaft, daß er in kürzester Zeit vor den Nürnberrger Parteigenossen seine sonderbare Auffassung begründet.

Die in Nürnberg vorhandene Auffassung in dieser Frage hat Genosse Dr. Südewum in wirklich treffender Weise auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht.

H. Meier. J. Glodner. Peter Hild. Gottfr. Schneider. M. Müller. R. Mement. H. Buchmeister. Alois Gaid. Joh. Müller. Karl Dräger. Jakob Wolfram. Genst. Andr. Magerer. Ernst Glodner. G. Ainaub. Th. Gumbmann. Leonh. Stolz. W. Andritsch. Karl Japp. J. Heier. J. Hüll. M. Fellner. U. Volkert. F. Matthes. Joh. Scheuring. Ad. Mülller. Th. Keßermann. W. Schatt. S. Döbel. Ed. Möder. König. Schneyerhorst. Benkert. M. Schreyer. Joh. Lehman. M. Wäcker. Fr. Göhr. Jos. Jedl. Joh. Hörndlein. Wessle.

Diese Erklärung ist, wie uns im Begleit Schreiben mitgeteilt ist, als Depesche am Sonnabend früh dem Bureau des Magdeburger Parteitages zugesandt worden, scheint dort aber nicht verlesen worden zu sein.

Reichstagskandidatur in Dresden-Land.

Zu seinem 60. Geburtstag ehren unseren alten Kämpen August Raden die Parteigenossen seines Wahlkreises dadurch, daß sie am 26. September eine Parteiversammlung einberiefen und hier Raden einstimmig wieder zum Reichstagskandidaten im vierten sächsischen Wahlkreise (Dresden-Neustadt) ausstellten. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte ein Arbeiterjünglerchor den Jubilar durch ein Weiseliied. Dann sprach Raden und gab ein Bild von der Entwicklung der Sozialdemokratie. Genosse Raden hätte übrigens schon vor einigen Jahren das 25jährige Jubiläum seiner Kandidatur im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise begehen können; seit 1885 vertritt er den Kreis im Reichstage.

Zum Parteitagbericht

Schreibt uns Genosse Nebel: In meiner ersten Rede auf dem Parteitag zur Budgetfrage hatte ich scharf getadelt, daß unser Parteiorgan „Vorzeimer Freie Presse“, als es die Namen der vier Bremer Delegierten veröffentlichte, den Namen des Genossen Bannemel in denunziatorischer Absicht fett druckte. Die Redaktion des genannten Parteiblatts teilt mir jetzt mit, daß sie an diesem Vorgang unschuldig sei. Die „Vorzeimer Freie Presse“ sei ein Kopieblatt des „Karlsruher Volksfreund“, dessen erste 2-4 Seiten unverändert in den Text der „Vorzeimer Freien Presse“ aufgenommen würden. Die Redaktion müsse dadurch manches in ihr Blatt aufnehmen lassen, das sie nicht hätte.

Ein eigenes Heim

wird das „Volksblatt“ für Harburg nach Ablauf des jetzt bestehenden Vertrages errichten. Zu dem Zwecke hat der Verlag ein solches Grundstück für 72 000 M. erworben.

Ein neues Arbeiterheim in Wien.

Das vierte Heim der Wiener Arbeiter ist nun entstanden. Nach Favoriten, Ottakring und Floridsdorf kommt nun Weidling. Seit langem leidet die Entwicklungsfähigkeit der Weidlinger Arbeiterorganisationen an dem Mangel eines passenden Versammlungslokals. Für größere Versammlungen kam überhaupt nur ein einziger Saal, der Müller-Saal in Betracht. Nun haben unsere Weidlinger Genossen diesen Saal angekauft. Das einfache schmucklose Gebäude, wird nun zum Arbeiterheim umgestaltet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das System der hohen Geldstrafen.

Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte am Montag den Redakteur der „Volksstimme“, den Genossen Rander wegen Beleidigung eines Wiesbadener Warrers zu 1200 M. Geldstrafe, obwohl die Behauptungen zum Teil erwiesen werden konnten.

Die Presse vor der Revisionsinstanz.

Verworfen wurde die Revision des Genossen Zielle vom „Volksblatt“ für Harburg gegen das Urteil der Stadter Strafkammer, die ihn wegen Beleidigung eines Polizeibeamten zu 600 M. Geldstrafe verurteilt hatte. Der betreffende Beamte hatte beim letzten Hafensarbeitsstreik eine hervorragende Rolle zum Schutz der Arbeitswilligen gespielt.

Gewerkchaftliches.

Die Berliner Metallarbeiter und die Aussperrung.

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes gab der Bevollmächtigte Cohen einen Ueberblick über die durch den Aussperrungsbeschluss des Unternehmertums geschaffene Situation. Der Redner führte unter anderem aus, daß bereits festgestellt werden konnte, daß in den Bezirken, wo noch die vierzehntägige Kündigungsfrist besteht, die Kündigung dem Beschluss des Unternehmertums gemäß am Sonnabend erfolgt ist. Aber die Unternehmer haben diesen Beschluss in so eigentümlicher Weise gefaßt, daß man ihm außerordentliche Bedeutung nicht beimesen kann. Ueberdies hat ja der Kommerzientrat Vorsig nach dem „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Absicht der Arbeitgeber mit dem Aussperrungsbeschluss sei die, auf die Arbeitnehmer bei den Verhandlungen eine PreSSION auszuüben, und er sagte weiter, daß die Arbeitgeber auf das Bestimmteste hoffen, daß es nicht zur Aussperrung kommen werde. Es wäre aber fürchtbar, bemerkte der Redner hierzu, wollten wir annehmen, daß der Aussperrungsbeschluss nicht ausgeführt wird. Denn wenn der 8. Oktober herankommt, ohne daß der Kampf auf den Werften beendet ist, dann sind es die Arbeitgeber ihrem Anschein schuldig, auszusperren. Wir können jedoch erklären, daß es

ohne Entgegenkommen der Arbeitgeber keine Beendigung jenes Kampfes

geben kann, und daß wir vor der Drohung der Unternehmung nicht zurückweichen. Der Redner legte weiter dar, wie die Arbeitgeber bei Beginn des Kampfes jedes Eingehen auf die Forderungen der Arbeiter ablehnten, wie sie die Begründung ihrer Ablehnung den Vertretern der Arbeiter mündlich vortragen wollten, worauf die Arbeiter jedoch verzichteten, und wie die Unternehmer dann, als von dritter Seite Einigungsversuche gemacht wurden, verlangten, daß auch Vertreter der Selben an den Verhandlungen teilnehmen sollten, worauf die freien Gewerkschaften selbstverständlich nicht eingehen konnten. Nun haben die Unternehmer selbst durch ihre telegraphische Anfrage Verhandlungen angeknüpft, aber die Vertreter der freien Gewerkschaften sind nicht eher zu den Verhandlungen gegangen, als bis sie die Sicherheit hatten, daß die Selben unter keinen Umständen daran teilnehmen sollten. Die Verhandlungen haben am Montagnachmittag begonnen und dauerten am späten Abend noch an. Soviel steht fest, daß an eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit nicht gedacht werden kann. Die Tatsache, daß die Herren jetzt ordnungsgemäß verhandeln, beweist, daß sie ihren Standpunkt gegenüber den freien Gewerkschaften nun doch geändert haben. Der unsere Arbeitgeber, die Größen der Großen, kennt, weiß, daß Außerordentliches dazu gehörte, sie dahin zu bringen. — In Berlin zeigen die Arbeitgeber der Metallindustrie jetzt an einzelnen Stellen großes Interesse daran, zu erfahren, wo die einzelnen Arbeiter organisiert sind. Wer aus unseren Reihen danach gefragt wird, mag dreist und offen erklären, daß er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist. Das schadet nichts; wir sind so stark geworden, daß wir uns nicht zu verstecken brauchen. Mit der Wirkung, die jene Anfragen und die der Aussperrungsanschlag in den Betrieben auf unsere Kollegen ausüben, können wir sehr zufrieden sein. Unsere agitatorisch tätigen Kollegen können sich nun einmal ein bißchen ausruhen, denn jetzt besorgt der Verband der Metallindustriellen die Agitation für uns. Es sind in unserem Bureau noch an keinem Tage so viele Karten und Mitgliedsbücher ausgestellt worden, wie an diesem Montag. Unserer Organisation hat also der Aussperrungsbeschluss bisher nur zum Vorteil gereicht. Dagegen kann andererseits festgestellt werden, daß dem Verband der Metallindustriellen, und namentlich auch der stark beschäftigten Selbstmetallindustrie Berlins, nichts so unangenehm und ungeliebt kommt, wie jener Beschluss. Daß unsere Kollegen bereit sind, den Kampf aufzunehmen und jedes erforderliche Opfer zu bringen, zeigt sich auch darin, daß am heutigen Tage auf unserm Bureau eine große Anzahl von Anfragen, Anregungen und Aufforderungen ergangen sind. Wie der Kampf geführt werden soll und welche Maßnahmen ergriffen werden, darüber können und wollen wir hier in dieser Versammlung, ohne die mitbeteiligten Organisationen gehört zu haben, keine Vorschläge machen. Aber so viel steht fest, daß die Meinung unserer Mitglieder dahin geht, daß sie, wenn die Aussperrung kommt, für die ersten 14 Tage auf Unterstützung verzichten, und es ist unter diesen Umständen selbstverständlich, daß dann auch die Angestellten der Organisation auf ihr Gehalt verzichten. Endigen die Verhandlungen ohne befriedigendes Resultat, so werden noch vor dem 8. Oktober in Berlin 25 bis 30 Metallarbeiterversammlungen stattfinden und sich mit der Frage beschäftigen, was nun zu tun ist. — Die Aufforderung der Unternehmer zu den jetzigen Verhandlungen ist nur an die freien Organisationen ergangen. Als das festgestellt war, sagten sich unsere Vertreter: Nun wollen wir es den Hirsch-Dunderstein und den Christlichen anheimstellen, sich ebenfalls daran zu beteiligen und, wenn sie wollen, je einen Vertreter zu entsenden. Sie haben sich bei dem Kampf auf den Werften bis jetzt korrekt verhalten, und so lag kein Grund vor, sie von den Verhandlungen auszuschließen.

Es ist möglich, und manches deutet darauf hin, daß die Arbeitgeber, wenn der Tag der Aussperrung da ist, im allgemeinen nicht mehr so fest zusammenstehen, wie es, als sie ihren Beschluss faßten, den Anschein hatte. Ueberdies beweisen ja die Tatsachen, daß sie heute nicht mehr in der Lage sind, über die Arbeiterorganisationen hinwegzugehen. Das ist ein beachtenswerter Erfolg unserer Bewegung. Hat doch der Verband der Metallindustriellen noch vor wenigen Jahren alle unsere Briefe und Schreiben entweder ganz unbeantwortet gelassen oder glatt ablehnend beantwortet. Das starke Wachstum unserer Organisation bürgt auch dafür, daß wir vorwärts kommen. Der Juli und August dieses Jahres haben uns so viele neue Mitglieder gebracht, daß wir in Berlin jetzt schon

die 75 000 überschritten

haben. Wenn wir die jetzige Situation richtig ausnützen, werden wir das Jahr sicherlich mit 80 000 Mitgliedern abschließen können. Es gilt nun, unsere ganze Kraft aufzubieten, um aus der gegenwärtigen Lage für unsere Bewegung den besten Erfolg herauszuholen.

Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt von lebhaften Beifallsausbrüchen unterbrochen. Das Verhalten der Versammelten bewies, daß die Metallarbeiterschaft Berlins

dem großen Kampfe, der ihr nach dem Beschluss der Unternehmung aufgezwungen werden sollte, frohen Mutes und in unbeugbarer Entschlossenheit entgegen geht.

Die Versammlung trat dann in die eigentliche Tagesordnung ein. Es waren einige in der vorigen Generalversammlung wegen Zeitmangel zurückgestellte Anträge zu erledigen. Beschlossen wurde unter anderem, daß in Spandau derfalls ein beförderter Bezirksleiter angestellt werden soll. Die Versammlung nominierte zu diesem Posten den bisherigen Bezirksleiter Richter aus Spandau. Ferner wurde eine Kommission gewählt, die die Frage der Einführung der Hausklosterung für Groß-Berlin prüfen und Vorschläge dazu ausarbeiten soll.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! In der Motorabteilung des Blockwerks der Firma Siemens u. Halske am Rönneberg haben die Schlosser und Mechaniker die Arbeit niedergelegt. In der letzten Zeit wurden die Kommissionenmitglieder und Vertrauensmänner unserer Organisation entlassen, ohne daß ein berechtigter Grund dazu vorhanden war. Diese fortgesetzten Maßregelungen konnten sich unsere Kollegen auf die Dauer nicht gefallen lassen. Da nun alle Versuche seitens der Kollegen, die Direktion zu veranlassen, die Entlassung einzelner Kollegen rückgängig zu machen, an der ablehnenden Haltung der Betriebsleitung scheiterten, so mußte der Streik beschloffen werden.

Die Motorabteilung des Blockwerks der Firma Siemens u. Halske ist für Metallarbeiter gesperrt. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Abteilung keine Arbeit anzunehmen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik in der Maschinenfabrik von Seibt u. Seder in Weihensee, der inzwischen beendet ist, beschäftigte auch die letzte Gemeindevorstandssitzung dortselbst. Genosse Taubmann brachte zur Sprache, daß seit den letzten acht Tagen morgens und abends in der Lehderstraße sich ein unruhiger Aufzug zeige. Des Morgens werden vom Bahnhof Weihensee ein Trupp Menschen, Männer und Frauen, alt und jung, in Begleitung von Schulheuten bis an die Grenze gebracht, hier erfolgt die Uebergabe an Gendarmen und Polizeibeamten, um mit dem Trupp in eine Fabrik zu verschwinden. Des Abends findet daselbst Schauspiel in ungeliebter Reihenfolge statt. Es handelt sich um den Schuß von Arbeitswilligen, dessen regelmäßige Straßenaufzüge natürlich Aufsehen erregen müssen. Unser Genosse verlangte vom Amtsvorsteher Aufhebung der Verfügung an die Aufsichtsbekanntmachung, da durch solche Maßnahmen die Erregung unter den Beteiligten gesteigert wird. Vom stellvertretenden Amtsvorsteher verlangte er, daß er als Vorsitzender des Gewerbegerichts vermittelnd sich der Sache bemächtigen soll. Die Antwort auf diese Anfragen waren eigentlich verblüffend. Von dem täglichen Polizeiaufgebot wollte keiner der Herren unterrichtet sein. Die Sache wird sich ganz einfach auflösen haben. Der Unternehmer wird die Polizeiwache telefonisch um Schutz gebeten haben, und dieser wird ihm gewährt. Das könne jeder machen, wenn er sich bedrängt fühlt. Und dann handelt es sich um einen Streik, an dem zumeist Frauen beteiligt sind, und die betragen sich wie Phänomene. (1) Ein Kunde, der die Fabrik als Kunde besuchen wollte, wurde von den Streikenden nicht in die Fabrik gelassen, so daß derselbe sich damit beschwerte, daß diese Zustände noch toller wie in Rußland seien. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts habe von dem dem Streik der bereits sieben Wochen dauert, auch erst jetzt erfahren (1), als er vom Verband der Blumenarbeiter dieser Tage aufgefodert sei, das Gewerbegericht als Einigungsamt eintreten zu lassen. Herr Neues von der neuen Fraktion nahm sich der Arbeitswilligen warm an, er will aus Erfahrung wissen, daß diese Leute des polizeilichen Schutzes sehr bedürfen. Das Ende der Debatte war: es bleibt bei dem polizeilichen Aufgebot.

Der Streik in der Berliner Glasindustrie scheint nunmehr unvermeidlich zu sein. Schon in der Sitzung der Schlichtungskommission am 12. September lehnten die Fabrikanten jede weitere Verhandlung über die ihnen von den Arbeitern unterbreitete Tarifvorlage ab. Sie stützten sich auf den Beschluss ihrer Vereinigung, wonach sie bereit seien, ein neues Vertragsverhältnis aus drei Jahre einzugehen und in jedem Vertragsjahr eine Erhöhung von 2 Proz. auf die Löhne geben wollen; doch sollen die Minimallohne nur einmal um 2 Proz. erhöht werden. Dieses Zugeständnis war schon zuvor am 11. August von der Arbeiterschaft als unzureichend abgelehnt worden. Nachdem die Verhandlungen in der Schlichtungskommission ergebnislos verlaufen waren, beantragten die Arbeiter beim Gewerbegericht die Anderräumung einer Sitzung des Einigungsamtes. Dieses trat gestern (Dienstag, den 27. September) zusammen. Die Fabrikanten sind jedoch zu der Sitzung nicht erschienen, sondern entsandten den Generalsekretär Rasse von den Metallindustriellen, der die Erklärung abgab, daß die Herren Fabrikanten weitere Verhandlungen ablehnen. Auch er selbst als gleichzeitigiger Vorsitzender des Verbandes Berliner Glasfabrikanten lehnte jede Verhandlung ab.

Das Einigungsamt fällt darauf nach kurzer Beratung einstimmig den Schiedsspruch dahingehend, daß nach dem noch geltenden Tarifverträge die Parteien zu verhandeln haben. Den Parteien wurde aufgegeben, sich bis zum 29. September zu erklären, ob sie diesem Schiedsspruch nachkommen werden.

Während von den Vertretern der Arbeiter die Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen sofort erklärt wurde, glaubte der Generalsekretär Rasse schon jetzt erklären zu können, daß die Fabrikanten zu den Verhandlungen nicht erscheinen werden.

Bemerkte sei hierzu, daß bei Schaffung des Tarifes im Jahre 1906, der dann 1907 erneuert wurde, auf Antrag der Fabrikanten eine Bestimmung in den Vertrag aufgenommen wurde, die da lautet:

„Dieser Vertrag hat Gültigkeit bis zum 30. September 1910 und läuft stets auf ein Jahr weiter, wenn derselbe nicht drei Monate vor Ablauf kündigt wird. Tritt dieser Fall ein, so ist die Schlichtungskommission verpflichtet, sofort in Verhandlungen über einen neuen Tarif einzutreten, damit derselbe rechtzeitig an Stelle des alten Tarifes perfekt wird und auf dem Gewerbegericht festgelegt werden kann. Für den Fall, daß es den Parteien nicht gelingt, einen neuen Vertrag zustande zu bringen, soll das Einigungsamt zur Schaffung eines neuen Tarifes angegangen werden.“

Heute weigert sich dasselbe Arbeitgebertum, die von ihm selbst beantragte Tarifvorschritt zu beachten und einzuhalten.

Der Streik der Klempner und Rohrleger in Spandau ist durch Abschluß eines Tarifvertrags mit der Innung nach vierwöchigem Kampf beendet. Gesperrt ist noch der Betrieb der Firma Friedrich u. Comp., Datenfelde bei Spandau, da diese Firma den Tarifvertrag nicht anerkannt hat.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Hamburger Cafékassierer bringt der „Berliner Volksanzeiger“ wieder Berichte, die in der bei diesem Blatte üblichen Art die Arbeiter ins Unrecht zu setzen sucht. Die Tatsachen werden dabei direkt auf den Kopf gestellt. Die Ursachen des Streiks stellt das Scherblatt wie folgt dar:

„Sie (die Kassierer) haben ohne jede Veranlassung dem Hamburger Cafékassierer einen Reviers dorgelegt, in dem sie ihn zwingen wollten, ihr Personal in Zukunft nur von dem Stellennachweis des sozialdemokratischen Schiffsvereins zu beziehen.“

Das genaue Gegenteil von allem trifft zu: In Hamburg besteht ein „kostenloser Zentralarbeitsnachweis“, errichtet und unterhalten von den dortigen Schiffsvereinigungen mit Ausnahme aber gerade des sozialdemokratischen Schiffsvereins. Dieser strebt dahin, an Stelle des obigen einen paritätischen Arbeitsnach-

weis zu schaffen. Dagegen ist der Hamburger Cafékassierer dem obengenannten Nachweis ausgeschlossen. Dieser Verein ist nun zwar weit davon entfernt, „sozialdemokratisch“ zu sein; aber die Kassierer hoffen ihn nichtschonweniger, weil er es doch schon mehrfach verstanden hat, die Interessen der Schiffsleute gegenüber den Unternehmern zu vertreten. Darum ist es schon lange der Wunsch der Unternehmer, diesen Verein vernichtet zu sehen. Sie beschloffen deswegen im Laufe der letzten Woche, in Zukunft ihr Personal nicht mehr bei dem kostenlosen Arbeitsnachweis, sondern bei der Stellenvermittlung zu bestellen. Zur Durchführung dieses Beschlusses soll eine Konventionalliste von 1000 M. festgesetzt sein.

Dringen die Kassierer mit ihrem Beschluss durch, so würde das den stilleschließenden Schiffsleuten nicht hoch große Summen Geldes kosten, sondern die Organisation selbst läme in Gefahr. Deswegen mußten die Schiffsleute sich bogenen weihen und sie taten dies allerdings durch Vorlegung eines Reverses, durch den sich die Kassierer verpflichteten, ihr Personal nach wie vor (nicht „in Zukunft“) von dem kostenlosen Zentralarbeitsnachweis (und nicht vom „sozialdemokratischen“) zu beziehen. Diese Forderung haben bis jetzt 14 Betriebe mit 90 Kellnern und 15 Köchen bewilligt, 19 Betriebe mit 168 Kellnern und 21 Caféköchen haben sie abgelehnt.

Der Deutsche Cafékassiererverband, Sitz Berlin, suchte Streikbrecher von hier nach Hamburg zu schicken. Obwohl der Vorsitzende Poil und der bekannte antihemische Schriftsteller Sommer (Mitangeklagter des „Wahrheits-Verlegers Bruhn“) sich eifrig bemühten und selbst den Transport der Streikbrecher übernahmen, gelang es doch nur 28 Mann für diese unaufrichtigen Zwecke zu erhalten. Die gewerkchaftlich organisierten Caféangestellten Berlins hatten sofort für Dienstagmorgen eine Versammlung einberufen, die sich mit der Sache zu beschäftigen hatte. Zeitgleichbedürfte finanzielle Unterstützung wurde den Streikenden zugesichert. Auch sonst war sofort alles geschehen, die Kämpfenden, namentlich durch Abhaltung des Zuguges, tatkräftig zu unterstützen.

Jugendbewegung.

Wegen die Kinematographen-Theater

nahm eine Versammlung aller Abteilungen der Freien Jugend in Köln Stellung. Einstimmig nahm man eine Resolution an, worin es heißt: Die Versammlung sieht in der Mehrzahl der heutigen Kinematographen-Theater eine schwere Schädigung der geistigen und moralischen Bildung der Jugend. Die in jenen Theatern gebotenen Vorstellungen haben gleich der Schmutz- und Schundliteratur meist nur den Erfolg, bei der leicht erregbaren Phantasie der Jugendlichen ungeliebte und schädliche Empfindungen zu wecken, ja durch manche Darbietungen direkte Anleitung zum Verbrechen zu geben. Die Hauptursache des Versuchs der Kinematographen-Theater durch die Arbeiterjugend erblickt die Versammlung einerseits in der mangelhaften Volksschulbildung, andererseits in der für die Arbeiterjugend geringen Möglichkeit, in der freien Zeit billige und gute bildende Veranstaltungen zu besuchen. Von polizeilichen Verböten allein, wie sie von Lehrervereinigungen verlangt wurden, verpricht sich die Versammlung keinen durchgreifenden Erfolg. Wünschenswert wäre dagegen, daß mehr als bisher der Arbeiterjugend Gelegenheit zu kostelosem Besuch künstlerischer und bildender Veranstaltungen geboten würde. Als solche kommen in Betracht: Theateraufführungen, künstlerische und literarische Abende, Konzerte usw.

Letzte Nachrichten.

Die Kämpfe in Moabit.

Die durch die Polizei gespeisten „Berliner Neuigkeiten“ teilen mit: Gestern abend gegen 10 Uhr kam Polizeipräsident von Pogow, im Automobil durch die Menge fahrend, um sich nach dem Stand der Sache zu erkundigen. Je später, desto heftiger und häufiger wurden die Zusammenstöße mit der Menge. In der Baldstraße wurde aus einem Fenster auf die Polizeimannschaften mit Ruchgeschützen und Blumentöpfen geworfen. Ein Kommando unter einem Polizeileutnant drang in das Haus ein, um die Werfer festzustellen. In einer Wohnung, die sie betreten, wurde den Kommandanten von einer Frau eine brennende Petroleumlampe entgegengeworfen, die jedoch verlöschte. Die Personen wurden festgesetzt und werden sich vor Gericht zu verantworten haben. Zu einem heftigen Zusammenstoß kam es an der Ecke der Wald- und Turmstraße. Hier wurde aus der Menge auf die Polizeimannschaften geschossen und Steine auf sie geschleudert.

Die Polizei machte hier von der blanken Waffe Gebrauch und nahm verschiedene Sistierungen vor. In der Deusselstraße beim Zurückschlagen des Fahnengels fielen nochmals drei Schüsse aus der Menge, ohne daß es möglich gewesen wäre, die Täter zu ermitteln. An der Zwinglstraße kam es noch zu einem zweiten Zusammenstoß, wobei aus dem Publikum auf die Polizeimannschaften geschossen wurde. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen und die Personen nach dem Revier und später nach dem Polizeipräsidentium geschafft.

Nach einer weiteren Meldung sind insgesamt etwa 90 Personen verletzt worden, darunter 13 schwer, der Arbeiterwegner sehr schwer. Zwei der Verletzten haben im Krankenhaus Moabit Aufnahme gefunden. Von der Schutzmannschaft sind, wie bisher bekannt geworden ist, zwei verletzt worden, der eine durch einen Steinwurf am Kopf, der andere durch einen Sturz auf das Pflaster.

Gegen 12 Uhr ließen die Ansammlungen etwas nach. Verschiedene Läden sind auch heute abend wieder demoliert worden. Auf dem Kohlenplatz in der Sidingstraße waren ein Leutnant, drei Wachtmeister und 58 Mann konfigniert.

Wir machen unsere Leser besonders darauf aufmerksam, daß obiger Bericht von polizeilicher Seite stammt und auch danach zu bewerten ist.

Der Fernflug Trier-Mech.

Mech, 27. September. (N. T. B.) Zu dem heutigen Fernfliegen Trier-Mech war Jeannin um 8 Uhr 50 Minuten in Trier aufgestiegen; er passierte in glatter Fahrt um 4 Uhr 50 Min. Siers und 5 Uhr 1 Min. Diedenhofen. In Mech wurde er um 5 Uhr 45 Min. gestoppt; er erreichte eine Höhe von etwa 500 Meter und landete glatt auf dem Flugfelde um 6 Uhr 8 Minuten. T. Heben, der mit Leutnant v. Wagner aufgestiegen war, landete in Grebenmacher kurz vor 5 Uhr. Stieg aber bald wieder auf und kehrte zum Flugplatz in Trier zurück. Engelhard stieg zweimal auf, kehrte aber beide Male nach einigen Minuten zurück.

Verhaftete Anarchisten.

Wien, 27. September. Die der „N. Fr. Pr.“ aus Worzhozow gemeldet wird, wurden auf der Fahrt nach Stala drei russische Anarchisten nach heftiger Gegenwehr von Gendarmen festgenommen. In ihrem Besitz wurde eine große Menge von Waffen und Munition sowie eine große Anzahl anarchistischer Broschüren gefunden. Die drei Verhafteten hatten aus der Bukovina einen bedeutenden Waffenschmuggel nach Rußland betrieben.

Aus der Reichsversicherungsordnungs-Kommission des Reichstages.

Sitzung am Dienstag, 27. September.

Der größte Teil der Sitzung wurde durch die Aussprache über die Rücklage (Reservefonds)

in Anspruch genommen. Im Verlauf dieser Debatte gab Staatssekretär Dr. Debrück die Erklärung ab, daß die Regierungen auf das Zustandekommen des ganzen Gesetzes noch in dieser Session großen Wert legen und sich mit der Abtrennung einzelner Teile nicht einverstanden erklären könnten.

Nach dem geltenden Gesetz haben die Berufsgenossenschaften zunächst die Rücklage (Reservefonds) durch Zuschläge zu den Beiträgen anzusammeln. Die Zuschläge sollen im ersten Jahre 300 Proz. betragen und fallen in 11 Jahren bis zu 10 Proz. Diese Bestimmung ist unbedingte in die Vorlage übernommen worden.

Für die weitere Zeit aber fordert die Vorlage eine stärkere Rücklage als nach dem geltenden Gesetz, wobei aber — was jetzt nicht der Fall ist — die Zuschläge sich nach den besonderen Verhältnissen jeder einzelnen Berufsgenossenschaft richten sollen. Nach längerer Debatte wurden mehrere Abmilderungsanträge, die von den Nationalliberalen, vom Abg. Pauli (1.) und dem Zentrum abgeordnetem Frk im Interesse der Unternehmer eingebracht waren, abgelehnt und die Bestimmungen der Regierungsvorlage angenommen. Beschlossen wurde auf Antrag der Nationalliberalen noch, daß die Regierungen verpflichtet werden, nach zehn Jahren Auskunft darüber zu geben, ob die Entwicklung der Unfallversicherung die vorgeschriebenen Zuschläge für die Rücklage auch fernherhin notwendig mache.

Zur Unfallverhütung

Hatten die Sozialdemokraten eine ganze Reihe Verbesserungsanträge eingebracht. Nach dem geltenden Rechte sind zwar zu den Beratungen und den Beschlüssen des Vorstandes über die Unfallverhütungsvorschriften Vertreter der Arbeiter mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl wie die beteiligten Vorstandsmitglieder hinzuzuziehen. Jedoch steht die entscheidende Abstimmung über die Unfallverhütungsvorschriften den Genossenschaftsversammlungen zu, und in diesen sind die Arbeiter nicht vertreten. Diese Bestimmungen sind in die Regierungsvorlage hinübergenommen worden.

Die Sozialdemokraten hatten deshalb beantragt, daß die entscheidenden Beschlüsse über die Unfallverhütungsvorschriften dem Vorstande der Berufsgenossenschaft, der, wie bisher, zu diesem Zwecke durch Arbeitervertreter verstärkt ist (Unfallverhütungsausschuß) zustehen soll. Genosse Hoch wies nach, daß nur auf diese Weise die Mitarbeit der Arbeiter ihren vollen Wert habe. Demnach den jetzigen Bestimmungen sei es vorgekommen, daß die Arbeitervertreter für ihre Verbesserungsansprüche im Vorstande die Vertreter der Unternehmer gewonnen hatten, daß aber trotzdem diese Vorschläge in den Genossenschaftsversammlungen endgültig abgelehnt worden, weil hier die Arbeitervertreter nicht zugegen waren und deshalb ihre Vorschläge auch nicht rechtfertigen konnten.

Ministerialdirektor Caspar gab zu, daß derartige Fälle vorgekommen seien. Trotzdem sprach er sich gegen den sozialdemokratischen Antrag aus. Er machte darauf aufmerksam, daß die Vorlage die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die „erforderlichen“ Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen. Der Zusatz „erforderlichen“ sei neu und gebe dem Reichsversicherungsamt das Recht, in den Fällen, wie die, die Genosse Hoch angeführt habe, die Berufsgenossenschaft zur Annahme der von den Arbeitervertretern verlangten Verbesserungen zu zwingen.

Auch dem Abg. Hise ging der Vorschlag der Sozialdemokraten zu weit. Wenn die Arbeitervertreter das gleiche Stimmrecht in der Sache hätten, würde ihnen schon ein Arbeitgebervertreter, der auf ihrer Seite steht, die Mehrheit geben; dann könnten sie den Unternehmern die teuersten Schutzmaßnahmen vorschreiben.

Auf die Frage des Genossen Hoch aber, wo sich denn die Arbeitervertreter, die ja schon nach dem jetzigen Recht im Genossenschafts-Vorstande das gleiche Stimmrecht wie die Unternehmer bei diesen Fragen haben, als „gefährlich“ erwiesen haben, blieb Abg. Hise die Antwort schuldig. Genosse Hoch forderte es im übrigen als das gute Recht der Arbeiter, wenigstens hier, wo es

sich um den Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit handelt, mindestens mit demselben Rechte wie die Unternehmer mitzuarbeiten.

Der Antrag der Sozialdemokraten wurde von den Konservativen, Nationalliberalen, Liberalen und dem Zentrum niedergestimmt.

Dieselbe Mehrheit lehnte auch einen zweiten Antrag der Sozialdemokraten ab, nach dem erstens ein Abdruck der für den einzelnen Betrieb oder Betriebsteil geltenden Unfallverhütungsvorschriften jedem Arbeiter auf Verlangen ausgehändigt werden und zweitens ein Abdruck der Vorschriften an der Betriebsstätte den Versicherten in zweifacher Weise zugänglich gemacht werden sollte.

Endlich lehnten die Konservativen, Nationalliberalen und Liberalen einen Antrag des Abg. Kulersti (Polen) ab, der es der Berufsgenossenschaft zur Pflicht machen wollte, die Unfallverhütungsvorschriften in der Muttersprache der beteiligten Arbeiter herauszugeben.

Fortsetzung morgen.

Aus der Justizkommission.

Sitzung vom Dienstag, den 27. September.

Die Beratung über den Abschnitt Kosten wird beim § 490 fortgesetzt. Zu diesem wie auch zu den nächsten Paragraphen liegen Abänderungsanträge unserer Genossen, des Zentrums und der Freisinnigen vor. Einige kleine Verbesserungen wurden in die Vorlage aufgenommen. Zum letzten § 500 wird ein Antrag Gröber angenommen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, „dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Revision des Gerichtsverfahrens vorzulegen“. Die Regierungsvertreter erklärten, daß diese Revision in Vorbereitung sei und sich nicht nur auf die durch die neue Strafprozessordnung erforderlichen Änderungen erstreckten, sondern eine allgemeine sein wird. Auf eine Anfrage, ob bei der Regierung auch eine Revision der Rechtsanwaltsgebührenordnung geplant sei, antwortete der Staatssekretär Lisco, daß auf Grund der neuen Strafprozessordnung noch keine Revision der Rechtsanwaltsgebührenordnung vorbereitet sei.

Damit war die Strafprozessordnung in erster Lesung erledigt und die Kommission trat in die Beratung des Gerichtsverfassungsgesetz-Entwurfes

ein. Dazu lag in erster Linie zum § 2 von unseren Genossen folgender Antrag vor:

„Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst darf insbesondere nicht aus politischen, konfessionellen oder finanziellen Gründen verweigert werden.“

Unser Redner konnte aus einer Fülle von Einzelfällen die Notwendigkeit dieser Bestimmung begründen; und im öffentlichen politischen Leben sind heute eine ganze Reihe von Leuten tätig, die wegen ihrer politischen Anschauungen gehindert oder aufgehalten wurden. Ein polnischer Redner wies nach, daß in Preußen nur diejenigen zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden, die auf 6 Jahre eine feste Jahreseinnahme von 1500 M. nachweisen können. — Der Staatssekretär Lisco erklärte die Annahme dieses Antrages durch die Regierung höchstwahrscheinlich für ausgeschlossen.

Trotzdem die Vertreter der preussischen Regierung auch von den Konservativen zu wiederholten Malen aufgefordert wurden, die Behauptungen des polnischen Redners zu entkräften, schwiegen sich die Herren aus. Erst am Schluß der Debatte erklärte ein Regierungsvertreter, daß der Regierung die geschilderten Fälle nicht bekannt seien! Und das, trotzdem mehrere Abgeordnete aus ihren eigenen Erfahrungen die Behauptungen des polnischen Redners unterstützen mußten! Darauf erklärte ein anderer Vertreter der preussischen Regierung, daß tatsächlich der Gebrauch, der sich auf die alte Gerichtsordnung stütze, in Preußen geübt werde, von den jungen Juristen einen Vermögensnachweis zu fordern. — In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen, der Freisinnigen und Polen abgelehnt. Dagegen wurde folgender Antrag Gröber angenommen:

„Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst darf nicht von der Nachweisung einer bestimmten Summe abhängig gemacht werden.“

Ein weiterer Antrag unserer Genossen, daß, wenn die Ernennung zum Richter einem Anwärter verweigert wird, darüber im Wege des Disziplinarverfahrens zu entscheiden ist, wurde abgelehnt.

Die Ausführung: die Wirkungen vor den Mitteln, den Inhalt vor der Form; den Gedanken vor seiner Ausführung.

Erasmus Darwin als Prophet der Flugschiffahrt. Erasmus Darwin, der Großvater von Charles Darwin, hat sich neben seinen medizinischen und naturwissenschaftlichen Werken auch der Dichtkunst befleißigt. Daß er aber schon im achtzehnten Jahrhundert in einem seiner Gedichte sogar die Flugschiffahrt vorausgesagt hat, ist so gut wie völlig unbekannt geblieben. Diese merkwürdige Kunde hat der englische Naturforscher Meldola ausgegraben und den „Times“ mitgeteilt. Das Gedicht lautet in profaischer Uebersetzung folgendermaßen: „Vold wird dein Arm, du unbeflegter Dampf, die langsame Warte ziehen und das schnelle Gefährt treiben; oder auf weit ausgedehnten wogenden Schwingen den fliegenden Wagen durch die Ströme der Luft tragen; schöne Insassen werden sich im Triumphgefühl aus ihrer Höhe herablassen und mit ihren flatternden Sächern winkeln, wie sie über die Erde hingleiten; oder Kriegsbanden werden die gaffende Menge in Alarm setzen, und Armeen werden unter der schattigen Wolke zusammenschürmen.“ Der alte Darwin ist jedenfalls nicht der einzige gewesen, der eine solche Prophezeiung geäußert hat. Immerhin ist es bemerkenswert, daß er auch schon an den Gebrauch von Flugschiffen im Kriege gedacht hat.

Rußland.

Der Madrigal-Abend des Berliner Volks-Chors am Montag kann und über die heutige Russe recht nachdenklich machen. Vor allem enthalten diese mehrstimmigen Kunstlieder aus dem 16. Jahrhundert eine solche Fülle von launiger Fröhlichkeit, wie wir sie gegenwärtig kaum noch finden. Auf der einen Seite ist heute Bahos Trumpf, auf der anderen Unwig.

Sodann: seit damals ist die Pflege des mehrstimmigen Liedes von den Fachmusikern auf die Laienmusik übergegangen, von den Musikanten auf die Gesangsvereine. Und nun vergleiche man erst einmal die Texte von damals, ihre natürliche und gerade und knappe und doch kunstvolle Sprache mit unseren Liedertexten, mit ihren Kunststellungen und Breiten und Plattheiten — gar nicht zu sprechen von den berückelnden endlosen Wiederholungen dessen, was ihrer am wenigsten würdig ist!

Das Programm des Abends konnte zu musikalisch-historischen Betrachtungen verleiten; und wohl ist manche Beobachtung solcher Art auch manchem der Zuhörer aufgefallen. Zwischen dem ältesten Stück, D. Jaaks „Mein Freud“ allein, und dem jüngsten, D. Friederichs „Einfinale das Kind Lucido“, liegt mehr als ein Jahrhundert und liegt ein weiter Schritt. Auch die Verteilung der Niederlande und Englands, der Länder, die den mehrstimmigen Gesang besonders gepflanz haben, war nicht schwer zu bemerken. Inzwischen wird unser Volkschor sein stetes künstlerisches Weiterstreben auch durch einen eigenen Volksliederabend (im März) betätigen und wird uns dabei leicht ein gutes Stück Geschichte bis zur Gegenwart verständlich machen. Um so mehr ist ihm immer wieder Zuwachs an tätigen Mitgliedern zu wünschen.

Bei § 8 beantragten die Sozialdemokraten, daß alle Richter nur aus denselben Gründen und unter Wahrung derselben Formen, wie sie für die Reichsgerichte gelten, entlassen werden dürfen. Ferner soll kein Beamter Richter werden dürfen, der länger als drei Jahre Verwaltungsbeamter war. Des weiteren ist den Richtern die Annahme von Orden und Titeln zu verbieten. — Zur Begründung dieser Anträge fanden unsere Redner wiederum eine Fülle von Tatsachen und Erfahrungen zur Seite, deren Ablehnung auch von den Gegnern dieser Anträge gar nicht versucht wurde. — Weitere sozialdemokratische Anträge forderten, daß eine Verlegung oder Entlassung eines Richters wider seinen Willen nur nach einem mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß der entscheidenden Instanz vorgenommen werden darf. Ferner soll der Richter vollständig unabhängig gemacht werden, und die Bezahlung soll nur nach dem Dienstalter, nicht nach der höheren Stellung gestaltet werden. Von den Nationalliberalen und Freisinnigen wurde ebenfalls der sozialdemokratische Antrag, daß die Entlassung und Verlegung der Richter reichsrechtlich geregelt wird, unterstützt. Danach wurden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Am den Umfang des Hilfsrichterwesens einzuschränken, stellten die Freisinnigen den Antrag zum § 10, monach ein Richter nicht länger als ein Jahr als Hilfsrichter angesehen werden darf. Wiederum waren es die preussischen Verhältnisse, auf welche der Begründer dieses Antrages hinweisen konnte. Waren doch in Preußen im Jahre 1906 660 Richter als Hilfsrichter tätig! — Der Staatssekretär suchte diesen Beschwerden mit dem Hinweis darauf entgegenzutreten, daß fortgesetzt neue Richterstellen in Preußen geschaffen werden. Seit 1905 wurden 1000 neue Stellen eingerichtet.

Die Verhandlungen wurden hier abgebrochen und auf Mittwoch verlag.

Aus Industrie und Handel.

Zur Frage der Fleischtenerung.

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine nahm entgegen seinen langjährigen Gepflogenheiten bereits jetzt schon seine Wintertätigkeit auf, um zu der dringlich gewordenen Frage der Fleischtenerung Stellung zu nehmen in der Erwägung, daß das Bestehenbleiben des gegenwärtigen Zustandes zu einer volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gefahr zu werden droht. In seiner Vollversammlung vom 26. d. M., in der die vom Zentralausschuß angeforderten 107 Vereine und Verbände fast vollständig vertreten waren, wurde nach einer eingehenden völlig übereinstimmend ergebenden Diskussion eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

Der Zentralausschuß hält unter Hinweis auf seine Stellungnahme vom 15. November 1906 für unbedingt geboten:

1. Die Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Vieh, vor allem die Herabminderung der gegenwärtig prohibitiv wirkenden veterinärpolizeilichen Maßnahmen auf das notwendigste Maß. Insbesondere sind aufzuheben die Einfuhrverbote für Schlachttiere aus Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und den skandinavischen Ländern, die Tuberculinprobe der dänischen Rinder, die Kontingentierung der österreichisch-ungarischen Schweine-Einfuhr und das Verbot der Einfuhr von amerikanischen Rindern. Die Einfuhr dieser Viehgattungen des Auslandes ist unbedenklich, wenn sie, sei es im Ausfuhr- oder im Einfuhrhafen, sei es beim Passieren der Grenze, von deutschen Kommissaren untersucht und als gesund befunden worden sind, und wenn sie zur sobaldigen Abschachtung unmittelbar nach den öffentlichen Schlachthöfen überführt oder in zu diesem Zwecke errichteten Schlachthäusern an der Grenze oder an den Küstenplätzen geschachtet werden.

2. Die Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleisch durch Wenderung des Fleischbeschaffungsgesetzes vom 3. Juni 1900, insbesondere des § 12 Nr. 1 Absatz 2 und Nr. 2 Absatz 2 sowie der hierzu erlassenen Verordnungen, um vor allem dem als vortrefflich anerkannten und billigen argentinischen Gefrierfleisch den Zutritt zu ermöglichen.

3. Aufhebung bezw. Ermäßigung der Zölle für Fleisch und Speck.
4. Herabsetzung der Eisenbahnfrachten für Vieh und Fleisch.

Diesmal sang nicht der Chor selbst, sondern die jetzt von Arthur Barth geleitete Madrigal-Vereinigung von 5 Damen und 4 Herren. Wären wir zurück auf unsere jahrelangen Versuche, aus dem Berliner Musikleben nicht das Allerbeste, sondern das trotz eigenartiger Leistungen wenig Gewürdige herauszugreifen, so freuen wir uns, daß wir die genannte Vereinigung bereits vor längerem ein oder das andere Mal hervorgerufen und auch jetzt wieder ihre sorgfältig durchgearbeitete Kunst anerkennen konnten. Hoffentlich denken bald auch moderne Komponisten öfter daran, derartige Werke zu schaffen — vielleicht ausgerechnet dem Volkschor zu liebe!

Humor und Satire.

Die Wahlparole.

„Ich habe mir lange den Kopf zerlegt“, so sprach er zu seinen Trabanten, „Denn seht, zu den Schwärmern gehöre ich nicht, die den Ernst der Lage verknäueln, heut hab' ich sie endlich, und jetzt ist sie da, zu aller Germanen Wohle, jetzt darf ich es jehden, mein Heureka! ich habe die Wahlparole!“

Sie ist meines Geistes Eigenprodukt, so blank und so scharf wie ein Messer, Sie macht sich geiprochen so gut wie gedruckt, und telegraphiert noch besser, Vorausgehend wirkt sie, das sage ich an, wie eine Champagnerbombe, Ihr werdet bald sehen, was sie leisten kann, die wunderbare Parole.

Mit dieser Parole im lärmenden Streit, gedenk' ich den Feind zu erschlagen, Wir fehlt nur noch eine Kleinigkeit, ein winziger Rest zuzusetzen, Mir fehlen nur noch, da drückt mich der Schuß, ich weiß nicht, woher ich sie hole, Ein paar Millionen Sammel dazu, die da springen nach meiner Parole!“

(„Lustige Plätter“.)

Notizen.

— Theaterchronik. Am Sonnabend findet im Neuen Volks-Theater (Neue Freie Volksbühne) die erste Aufführung von Björnsons „Ueber unsere Kraft“, 1. Teil statt.

— Franz Hedelind wird in der nächsten Premiere des Kleinen Theaters in seiner einstigen Theodizee „Die Zensur“ auftreten. Vorher geht sein Schwank „Der Liebes-trank“ erstmalig in Szene.

Kleines feuilleton.

Proudhon über Kunst. Im Jahre 1865 wurde aus dem Nachlaß des französischen Sozialisten Proudhon eine Schrift „Dom Prinzip der Kunst und ihrer sozialen Bestimmung“ herausgegeben, von denen 15 Kapitel noch von ihm selbst die endgültige Form erhalten haben, 10 Kapitel von seinen Herausgebern redigiert worden sind. Diese Schrift ist das radikalste Bekenntnis zur rein sozialen Bedeutung der Kunst, unter völliger Ablehnung jedes Aesthetismus, jeder Kunst um der Kunst willen.

Wir geben aus diesem Werke einige Bemerkungen wieder:

„Die Venus von Milo ist in ihrer Nacktheit keusche als die ehrwürdigste der Madonnen, die bis zum Kinn bekleidet ist und das Jesuskind in ihren Armen hält.“

In dem unpassend die „Nachtwache“ genannten Gemälde malt Rembrandt nach der Natur und nach Modellen eine Szene des städtischen Lebens, und mit einem Schlage läßt er in diesem Meisterwerke der Meisterwerke alles Geyrange der Priester, die Krönungen der Fürsten, die Turnier des Adels, die Verherrlichungen des alten Ideals verschwinden.

Die Kunst, die als Gegenstand, Stoff und Mittel das Treiben des gewöhnlichen Lebens wählt, ist schwieriger als eine, die sich von Allegorien, idealisierten Formen und seligen Gedanken nährt.

Das ästhetische Ideal muß der Wahrheit und der Gerechtigkeit untergeordnet werden, weil diese uns unablässig zum Handeln und Fortschreiten drängen, während das ästhetische Ideal nur träge und weichele macht. Der Aesthet ist geistig; er bewundert sich, verachtet die anderen und ist allem fremd. Der Gerechte ist bescheiden; er findet nicht, was seine Väter denken, was ihnen geschieht, gleichgültig. Die Kunst muß immer zur Wissenschaft und zum sittlichen Bewußtsein, zur Wahrheit und zum Recht zurückgeführt werden, die ihre Ziele sind; sie muß sich unterordnen dem Verstand, für den sie nur Vorbereitung und Hilfeleistung ist. . . . Zur Zeit der Griechen und der Renaissance, mit einem Wort Platons, war das Schöne der Widerschein des Wahren, und man konnte deshalb sicher sein, sich nicht auf dem Wege des Ideals zu verirren: Ideal und Idee waren wie das Schöne, das Wahre, das Gerechte dasselbe. Wir aber bleiben bei der Behauptung, daß die um ihrer selbst willen gesuchte Schönheit, die sich losläßt von Wahrheit und Recht, die kein genügendes Bewußtsein der (sozialen) Gerechtigkeit und keine gleichlaufende Philosophie hat, nur eine irrationelle Größe, eine verführerische Lustspielerei ist. Die immer engere Vereinigung dieser drei Elemente, der Schönheit, der Wissenschaft und der Gerechtigkeit ist auch das Ziel, wohin wir in der Entwicklung zum Fortschritt gehen.

In jedem Kunstwerk muß man an erster Stelle die Idee des Werkes betrachten, seine praktischen Zwecke, und erst an zweiter Stelle

5. Zulassung von ausländischem Magerfleisch zu Mästungszwecken.

Der Zentralausschuß nimmt ferner Gelegenheit, die gegen den Zwischenhandel und das Fleischerhandwerk gerichteten Vorwürfe auf künstliche oder auf zu hohe des Notwendigen übersteigende Verteuerung der Fleischpreise auf das nachdrücklichste zurückzuweisen.

Der Zentralausschuß erblickt schließlich in der Fleischsteuerung in letzter Instanz eine weitere Folge der Erhöhung der Lebensmittelzölle und vermag deshalb eine durchgreifende Abschwächung der durch sie bewirkten Verteuerung der Lebenshaltung nur von einer entschiedenen und bei einer Erneuerung des Zolltarifs mit allen Mitteln angustrebenden Reform der Lebensmittelzölle zu erwarten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist darauf hin, daß Eingaben wegen der Fleischnot an den Reichskanzler und an das Reichsamt des Innern deshalb keinen Erfolg haben können, weil nach einer Mitteilung des Fürsten Bülowe Bundesrat und Reichsregierung beschloßen hätten, solche Fragen dem preussischen Landwirtschaftsminister zur Erledigung zu überweisen. Die Beschwerde gegen den preussischen Landwirtschaftsminister, die von den Fleischern an den Reichskanzler gerichtet werden soll, müßte danach vom Reichskanzler dem preussischen Landwirtschaftsminister übergeben werden und der hätte dann in eigener Sache zu entscheiden. Das agrarische Blatt fügt noch hinzu, daß, wenn die bayerische Regierung einen anderen Standpunkt einnehmen sollte als wie die preussische, so würde Bayern wohl erfahren, daß die Reichheit des Bundesrats die Anschauungen des preussischen Landwirtschaftsministers teilt.

Nach dieser „Anweisung“ wird sich die bayerische Regierung natürlich fügen müssen. Wenn dazu die Angst vor den Junkern allein nicht genügen sollte, wird der ultramontane Einfluß tüchtig nachhelfen. Der Lebensmittelblock hält zusammen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Gärlich beschloß nahezu einstimmig, beim Deutschen Städtetag zu beantragen, in einer Petition an den Bundesrat geeignete Maßnahmen zur Milderung der außerordentlichen Fleischsteuerung vorzuschlagen. Der Magistrat erklärte seine Zustimmung zu diesem Antrage.

Die Stadtverordneten in Rahla (S.-N.) nahmen einstimmig einen sozialdemokratischen Antrag an, der die Stadtbehörde auffordert, mit allen Mitteln der Fleischsteuerung entgegenzuwirken.

Die Elbinger Stadtverordneten-Versammlung beschloß nahezu einstimmig die Abberufung einer Petition an die Regierung und den Reichstag, in der die schleimige Dämpfung der Grenzen, Herabsetzung der Fruchtzölle und Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel verlangt wird.

Stahlwerksverband.

Zu einer Apologie der Verbände und Syndikate hat der Stahlwerksverband seinen letzten Jahresbericht auswachen lassen. Das erklärt sich aus der Situation. Die tatsächliche Entwicklung ist über den Rahmen des Stahlverbandes hinausgewachsen. Für manche Werke bildet er eine Fessel, deshalb soll er ein dienstwilliges Instrument zur Erwerbung der Alleinhegemonie für einige Montanriesen werden. Bei solchem Bestreben kommt man natürlich wieder mit anderen Interessen in Konflikt. Da muß den nicht zum Wohlwollen der Verbände klar gemacht werden, daß sie ohne Verband ganz schäuflos sein würden, der Zusammenschluß die Verhältnisse ganz allgemein und auch für sie günstiger gestaltet habe. Und schließlich erhält man ein unter Schmerzen zur Best gedachtes Kind gern am Leben, wenn es aus sichtbar den Todesleim in sich trägt. Den sachlichen Angaben des Berichtes entnehmen wir folgendes:

Trotz der auf dem Weltmarkte eingetretenen Erhöhung des Preisniveaus glaubte der Verband die Inlandspreise für Halbzeug und Formeisen während des ganzen Geschäftsjahres beibehalten zu sollen. Da der Verband durch die im Vorjahre erfolgte Herabsetzung der Preise für Halbzeug und Formeisen während des ganzen Geschäftsjahres mit diesen niedrigen Preisen zu rechnen hatte, so blieb das geldliche Ergebnis trotz des höheren Abfahrs hinter dem vorjährigen zurück.

In einem scheinbaren Widerspruch zu der letzten Bemerkung steht die Tatsache, daß die Mitglieder des Stahlwerksverbandes im Jahre 1909/10 zum größten Teil besser abgefahren haben als im Vorjahre. Aber das erklärt sich daraus, daß die Werke an dem Geschäft in B-Produkten (namentlich Stabeisen, Blechen und Draht) mehr verdienten als im Jahre vorher. Es zeigt sich hier wieder einmal, wie sehr die Bedeutung der nicht syndizierten Produkte im Wachsen begriffen ist.

Der Gesamtverkauf an Produkten A stieg sich auf 215 215 Tonnen höher als im Vorjahre; an Holzzeug wurden 155 125 Tonnen mehr verhandelt, an Formeisen 288 382 Tonnen mehr, während Eisenbahnmateriale einen weiteren Rückgang gegenüber dem Vorjahre und zwar um 228 292 Tonnen aufweist.

In den Beteiligungsziffern verhält sich der Verband in 1909/10 wie folgt: Der Halbzeugverband übertrifft die Beteiligung um 202 685 Tonnen oder 14,78 Proz., dagegen bleibt der Verband in Eisenbahnmateriale um 667 695 Tonnen oder 27,27 Proz. hinter der Beteiligungsziffer zurück und der von Formeisen um 710 894 Tonnen oder 29,61 Proz. — Der Gesamtverkauf an Produktion A bleibt mit 5 017 213 Tonnen hinter der Beteiligungsziffer von 6 189 183 Tonnen um 1 165 950 Tonnen oder 18,89 Proz. zurück.

Der Berichterstatter meint, daß, wenn auch manche Hoffnungen in dem vergangenen Geschäftsjahre geäußert wurden, so wies doch der Verband in den einzelnen Monaten mit wenigen Ausnahmen erfreuliche Fortschritte auf. Die Frage der Ermäßigung der Umlaufzölle werde in entgegenkommender Weise behandelt, und vor allem die von der preussischen Staatsbahnverwaltung als gerechtfertigt anerkannte Derobation der Abfertigungsgebühren werde hoffentlich recht bald verwirklicht.

In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes am Dienstag wurde über die Geschäftslage mitgeteilt: Das Inlands-geschäft in Halbzeug verlief zufriedenstellend, und der Abfall erfolgte wie früher in normalem Umfang. Bemerkenswertere Veränderungen sind seit dem Julibericht nicht eingetreten. Im Auslande gestaltete sich der Markt bei anziehenden Preisen lebhafter, und es zeigte sich gegen früher gesteigerte Kaufkraft trotz der weniger günstigen Nachrichten aus Amerika und der Arbeiterschwierigkeiten in Großbritannien. In schwerem Eisenbahnmateriale bewegte sich der immer noch unerwünschte niedrige Absatz entsprechend den reduzierten Bestellungen der deutschen Staatsbahnen. Die erhebliche Steigerung des Auftragsbestandes gegenüber dem Vorjahre ist in der Hauptsache auf die Herannahende größerer Auftragsmengen zurückzuführen. In Formeisen war das Inlands-geschäft im großen und ganzen befriedigend, und der Auftragsbestand erhielt seit dem Julibericht eine Zunahme von rund 90 000 Tonnen Rohschmelzwicht. Das Auslandsgeschäft, das bisher zufriedenstellend verlief, beginnt mit der vorrückenden Jahreszeit ebenfalls in ruhige Bahnen einzulenken. Im Ganzen war der Exportabtrieb im ersten Semester dieses Jahres um rund 80 000 Tonnen Rohschmelzwicht besser als im Vorjahre.

Zur drohenden Aussperrung der Metallarbeiter.

Von den verschiedensten Seiten ist bereits darauf hingewiesen worden, welche unheilvolle wirtschaftliche Folgen die angeordnete Massen-aussperrung in der Metallindustrie über den Rahmen des betroffenen Industriezweiges hinaus auf ganz unteilbare Kreise, ja auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben zurzeit auszuüben muß. Im laufenden Jahre hat sich, nachdem bereits im Vorjahre in der gesamten Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie eine Verringerung der Arbeitsverhältnisse eingetreten war, eine erfreuliche Entlastung des Arbeitsmarktes durchgeführt. Die Verringerung erfolgt man

aus der nachstehenden Zusammenstellung des Andranges Arbeit-suchender auf je 100 offene Stellen:

	Jan. 1909	März 1910	Abnahme
Metallarbeiter	895,73	273,28	— 122,50
Schmiede	375,84	191,86	— 188,98
Lochschloffer	613,50	234,08	— 389,42
Weldner, Installateure	410,20	156,45	— 253,75
Wahl-, Schlosser-, Mechaniker	469,50	380,09	— 139,41
Elektroinstallateur, Monteur	578,40	200,53	— 377,87
Sonstige Eisenarbeiter	470,20	332,95	— 137,25
Eisen-, Metalle u. Maschinen	408,73	198,47	— 210,26

Aben der Feststellung dieser Verringerung der Verhältnisse am Arbeitsmarkte in dem vom Arbeitskämpfe bedrohten Industriezweige, die bei dem Eintreten der Massen-aussperrung einer Stagnation am Arbeitsmarkte weichen muß, dürfte auch ein Hinweis darauf von Interesse sein, daß unter den deutschen Metallindustriellen eine gegenseitige Streikversicherung besteht. Jede Versicherung soll ja eine Sicherheit gegen wirtschaftliche Schädigung bieten, deren Eintreten in keiner Weise durch den Versichereren beeinflusst werden kann. Die erste Voraussetzung und Grundlage der Streikversicherung ist jedoch bei einer Streikversicherung nicht vorhanden, da auch der Arbeitgeber einen erheblichen Einfluß auf die Entstehung von Arbeitskämpfen hat, der in Zeiten einer ungünstigen Geschäftslage mißbräuchlich ausgenutzt werden kann. Die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitsinstellungen umfaßt nach dem Geschäftsberichtsbericht des Jahres 1909 insgesamt 700 Mitgliedsfirmen mit einer Zahl von 156 882 Bollarbeitern und die verbleibende Jahreslohnsumme stellte sich auf 203 842 808 M. Die Höchstentschädigung, die den Betrieben gewährt wird, beträgt bei Firmen, die bis 10 Arbeiter beschäftigen 50 Proz. des Tagesverdienstes und schwächst sich für je 10 weitere Arbeiter um 1 Proz. ab bis zu den Großbetrieben mit mehr als 250 Arbeitern, deren Entschädigung durchgängig mit 25 Proz. festgesetzt ist.

Bedeutende Gewinnssteigerung. Nach dem Rückweis des Norddeutschen Lloyd für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres belaufen sich die Betriebsüberschüsse unter Abzug der General-unkosten und Linsen auf rund 9,2 Millionen Mark gegen 6 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Soziales.

Von der Nahrungsmittelindustrie.

Der Jubiläumsbericht der Nahrungsmittelindustriellen-Ver-einsgenossenschaft, zu welcher bezeichnenderweise auch die — Wada-anstalten gehören, konstatiert, daß im Berichtsjahre 1909 allein 1288 Betriebe neu aufgenommen wurden und eine Nadtragsumlage von über 25 000 M. hierbei eingezogen werden konnte. Die spar-samen Unternehmer hatten ja nach der Anmeldung ihrer Be-triebe — „vergessen“. Die Zahl der versicherten Betriebe stieg von 11 613 auf 12 543, die Zahl der Bollarbeiter von 139 772 auf 162 120. Außer 748 Wadaanstalten sind hauptsächlich in dieser Berufs-genossenschaft versichert: Bäckereien und Brotfabriken 7943, Schokoladenfabriken 497, Hotels 755, Heilanstalten 439 usw. Der Bericht meldet, daß im Geschäftsjahre nur zwei Vorstandsmitglieder statt-gefunden haben. . . . Gemeldet wurden neu 4311 Anfälle, darunter 43 Todesfälle. Vor Ablauf der ersten 18 Unfallwochen waren jedoch hier von schon 2684 Fälle erledigt. Renten wurden nur an 846 Ver-letzte neu gewährt. Die Folgen der Verletzungen waren in 346 Fällen Verletzungen am Kopf und im Gesicht, in 2203 Fällen Ver-letzungen an Armen und Händen, in 1107 Fällen an Beinen und Füßen, in 637 Fällen Verletzungen mehrerer Körperteile, in 78 Fällen Leistenbrüche und in 43 Fällen Tod. In der Wartezeit wurden 278 Anfälle von der Genossenschaft übernommen und hier-für 5021 M. aufgewendet. Der Bericht erwähnt, daß in allen Fällen „günstige Heilerfolge“ zu verzeichnen waren.

Ein Sonderbericht der technischen Aufsichtsbeamten ist sehr vorsichtig gehalten und erwähnt man sehr wenig über die wahren Zustände in diesen Betrieben. Gemeldet wird nur, daß „in 2875 revidierten Betrieben 10 681 Schutzvorrichtungen und sonstige Maß-nahmen zur Verhütung von Unfällen“ angeordnet worden mußten. In 1778 Fällen mußten wieder Verletzungen der Jahrväter usw. detlangt werden. Erwähnt wird lang und breit, daß sogar ein Badermeister von der Genossenschaft auf Grund des § 139 des W.-L.-B.-G. haftbar für den entstandenen Schaden gemacht wurde. In der Urteilsurkunde (das Urteil wird im Wortlaute abgedruckt) sei der brave Meister in allen Instanzen zur Zahlung einer Summe von 2393 M. verurteilt worden. Es wird aber vorsichtig hinzuge-fügt, daß die Klage auch erhoben worden sei, „zumal der Ersatz-pflichtige durch Privatversicherung gedeckt ist“. Im anderen Falle . . .

Gerichts-Zeitung.

Grundlose Klage gegen einen Streikenden.

Ein bemerkenswertes Zeichen für die Art des Kampfes, den die Polizei mit großem Eifer, aber ohne Recht gegen streikende Arbeiter führt, war eine Klage, die gestern vor dem Schöffens-gericht Berlin-Mitte gegen den Schmied Röber verhandelt wurde. Er ist beschuldigt, großen Anstoß begangen zu haben, indem er ver-sucht haben soll, einen streikenden Schmied, der auf der Straße festgenommen wurde, zu befreien.

Nach dem Ergebnis der gerichtlichen Beweisaufnahme trug sich die Angelegenheit so zu: Ein Schmiedemeister in der Reichen-burger Straße schickte seinen Lehrling zur Polizei, um sie zum Schutze der angeblich belästigten Arbeitswilligen herbeizurufen. Ein Schuttmann wurde beordert, dem Rufe des Lehrlings Folge zu leisten. Beide schritten zum „Ort der Tat“. Auf der Straße zeigte der Junge dem Schuttmann eine Person, die einen Arbeits-willigen belästigt haben sollte. Der Schuttmann wollte den Ver-letzten festnehmen, aber der lief davon und der Schuttmann hinter ihm her mit dem Rufe: „Halte ihn, halte ihn!“ Ein Tischlermeister hielt den Verfolgten fest und übergab ihm dem herbeieilenden Schuttmann. Natürlich hatte sich während dieser Jagd auf einen Streikenden eine größere Menschenmenge ange-sammelt. Der Verfolgte, ein streikender Schmied namens Liescher wurde fixiert. Auch der Angeklagte wurde mit Handschellen gefesselt nach der Wache geführt. Deshalb er eigentlich fest-genommen und schließlich sogar angeklagt worden ist, das blieb nach dem Ergebnis der Gerichtsverhandlung völlig unklar. Dafür gibt es nur eine Erklärung: Es handelt sich eben um den Kampf der Polizei gegen Streikende.

Der als Zeuge vernommene Schuttmann konnte nichts weiter sagen, als daß seiner Meinung nach der Angeklagte versucht habe, Liescher aus den Händen des Tischlermeisters zu befreien. Vom Vorsitzenden nach Tatsachen befragt, welche diese Meinung be-gründen, mußte der Schuttmann zugeben, daß ihm keine Tatsachen bekannt seien, ja daß er eigentlich gar nichts sehen konnte, weil viele Leute herumstanden und der ganze Vorgang sich sehr schnell abspielte. — Der als Zeuge vernommene Tischlermeister, welcher Liescher festgehalten hat, bekundete positiv, daß der Angeklagte nicht den Versuch gemacht habe, Liescher aus seinen Händen zu be-freien.

Also eine Klage ohne Grund und Ursache. Nach diesem Ergebnis mußte selbst der Rechtsanwalt die Frei-sprechung der Angeklagten beantragen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn, schloß sich nicht nur diesem Antrage an, sondern forderte auch, daß die Staatskasse die Verteidigungskosten übernehme, weil die Polizei

ohne jeden Grund eine Anklage veranlaßt habe. Wäre der Tischlermeister im Vorverfahren vernommen worden, dann hätte sich schon damals die Haltlosigkeit der Beschuldigung ergeben. Aber selbst, wenn der Angeklagte versucht haben sollte, eine von einem Privatmann festgehaltene Person zu befreien, so sei das keine strafbare Handlung.

Das Gericht erkannte zwar auf Freisprechung, lehnte aber den Antrag auf Erstattung der Verteidigungskosten ab. Denn, so sagte der Vorsitzende, der Fall liege so einfach, daß es auch ohne Ver-teidiger zur Freisprechung gekommen wäre. Ganz unschuldig sei der Angeklagte übrigens nicht zu der Anklage gekommen, denn er habe sich in die Angelegenheit hineingemischt.

Es scheint, daß nach Ansicht des Gerichts ein ohne Grund verhafteter, gefesselter und angeklagter Bürger nach froh sein muß, wenn er nach einwandfreiem Beweise seiner Schuldlosigkeit frei-gesprochen wird. Das ist preussische Gerechtigkeit gegen streikende Arbeiter.

Vom Polizeikampf gegen die Jugendorganisation.

Vegen Liebertretung des Vereinsgesetzes mußte sich am Montag der Schriftsetzer Schiller vor dem Schöffengericht Charlottenburg verantworten. Er sollte sich dadurch strafbar gemacht haben, daß er als Vorsitzender der Jugendorganisation eine öffentliche Versamm-lung am 14. November 1909 im Charlottenburger Volkshause ein-berufen und geleitet hatte, an der Jugendliche unter 18 Jahren teil-genommen haben. In dieser Versammlung sollte Eduard Bernstein einen Vortrag halten über das Thema: „Wie sieht die englische Verfassung aus?“ Zu der Versammlung fanden sich aber nicht nur die Jugendlichen ein, sondern auch die Polizei, die gleich nach der Eröffnung die Jugendlichen aufforderte, den Versammlungsraum zu verlassen. Bergelich erhob der Vorsitzende gegen dies unge-setzliche Verfahren Einspruch. Die Beamten erklärten, sie hätten nicht zu entscheiden, ob sie richtig handeln, sondern nur den Auftrag des Charlottenburger Polizeipräsidenten, die Jugendlichen festzusetzen, die an der Versammlung teilnehmen. Der Leiter vertagte darauf die Versammlung, bevor der Referent zu reden begonnen hatte. Nun wurden die Namen des Angeklagten und die von zwei jugend-lichen Teilnehmern festgestellt. Später erhielt der Vorsitzende einen Strafbefehl über 30 Mark. Hiergegen wurde Einspruch eingelegt. In der Gerichtsverhandlung legte der Angeklagte dar, daß es sich weder um eine öffentliche, noch um eine politische Versammlung gehandelt habe, sondern nur um die übliche Mittelglieder-Versammlung des Vereins, in der Eduard Bernstein einen geschichtlichen Vortrag halten sollte. Der Polizeileutnant Meyer gab an, daß der Char-lottenburger Polizeipräsident die Versammlungen der Jugend-organisation, die sich mit einem solchen Thema befaßen, als politische ansehe. Die Öffentlichkeit der Versammlung gehe — aus einer Zeitungsnotiz hervor. Im Gegensatz zum Angeklagten behauptete dieser Zeuge und der Polizeiwachmeister Bursche, daß Bernstein schon zu reden begonnen hätte, als sie den Namen des Angeklagten feststellten. Was der Referent ausgeführt hat, konnten die beiden Beamten freilich nicht sagen. Der Amtsanwalt beantragte Frei-sprechung, nachdem der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld darauf hin-gewiesen hatte, daß in einem ähnlich liegenden Falle Freisprechung erfolgt ist und der Beweis dafür fehle, daß der Vortrag ein politi-scher war, da ja der Referent über das Thema noch keine Aus-führungen gemacht habe. Auch die bloße Angabe des Themas be-züchtigt nicht zu der Annahme, daß der Vortrag politisch sei. Ferner beantragte der Verteidiger auch die Uebernahme der Ver-teidigungskosten und der entstandenen Unkosten auf die Staatskasse.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung, lehnte aber die Ueber-nahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse ab, da nicht etwa die Unschuld des Angeklagten erwiesen sei, sondern nur aus Mangel an Beweisen auf Freisprechung habe erkannt werden müssen.

Die Persönlichkeit Dr. Martin Luthers.

Stand im Mittelpunkt einer Verhandlung, die gestern das Schöffens-gericht Berlin-Wedding beschäftigte. Gegen den Verleger des „Kreuzer Anzeiger“, Bruderbrüderbestzer Wilhelm Müller, war Anklage wegen Beleidigung des Kuraturs Albert Schmidt in Zettel erhoben worden. Letzterer trat unter Weisung des Rechtsanwalts Thiel als Nebenkläger der Klage bei. Der Angeklagte wurde durch Rechtsanwalt Paul Bredered verteidigt. Die Tochter des An-geklagten hatte eines Tages, nachdem sie aus der Schule nach Hause gekommen war, ihrem Vater erzählt, daß mehrere katholische Mit-schülerinnen ihren evangelischen Glauben angegriffen und unter Verurteilung auf den Kuratur Schmidt, der ihnen das gesagt habe, behauptet haben, Dr. Martin Luther sei ein „verroffener Keil“ gewesen, der aus einem Kloster hinausgeworfen worden sei usw. ufm. Auch andere Nebenklagen von „Loschlagern“, benachteiligtem „Klub-bad“ der Katholiken usw. habe der Kuratur bei dieser Gelegenheit gemacht. An diese Mitteilungen seiner Tochter knüpfte Herr Müller gegenüber seinem dem katholischen Glauben angehörenden Buchhalter einige kritische Bemerkungen, die sich auf den Kuratur bezogen und den Anlaß zur Anklage gegeben haben. Kuratur Schmidt bestreit, solche Äußerungen gemacht zu haben und berief sich auf eine Anzahl Schülerinnen katholischer Religion, die auch als Zeuginnen zur Stelle waren. Rechtsanwalt Bredered hielt auch die Vernehmung einiger evangelischer Zeugen für durchaus notwendig und beantragte außerdem Herrn Prof. Dr. Garnaß und eventuell noch andere Sachverständige darüber zu laden, daß es in katholischen Kreisen gang und gäbe sei, Dr. Martin Luther als eine Art Krutenbold zu verunglimpfen. Das Gericht entsprach den Anträgen des Verteidigers und vertagte die weitere Ver-handlung.

Betrugsversuch gegen eine Zeitungsredaktion.

Die Eitelkeit, sich als Dichter gedruckt zu sehen, hat einen Privatbeamten in eine recht unangenehme Lage gebracht. Er fand in einem Blatte ein Gedicht, schrieb es ab, änderte es in einigen unwesentlichen Punkten ab und sandte es an die Redaktion eines Tagesblattes. Der Redakteur erinnerte sich aber, es schon gedruckt gelesen zu haben und verzichtete auf den Abdruck. Das Landgericht Magdeburg hat den Eingender wegen versuchten Betruges im Rück-falle zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er Honorar er-schwindeln wollte. Die Revision des Angeklagten wurde jetzt vom Reichsgericht verworfen.

Eine wüste nächtliche Schlägerei.

bei welcher ein Drofakenkutscher Remus durch Hammerschläge getötet worden war, hatte gestern vor dem Schwurgericht des Land-gerichts I unter Vorh. des Landgerichtsdirektors Dr. Köhling ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Körperverletzung mit tödlichem Aus-gang bzw. Teilnahme an einer Schlägerei, bei welcher ein Mensch getötet worden war, mußten sich der Schlossergeselle Hermann Leisch, der Schankwirt und Fahrradhändler Wilhelm Schreiber und der Schlächtergeselle Fritz Behrendt verantworten. Am 17. Mai machte der Angeklagte Schreiber in Begleitung seines Bruders und des bei ihm als Geselle beschäftigten Angeklagten Leisch mit seinem Automobil eine Spritzfahrt nach Soatwinzel. Nachdem sie schon auf der Fahrt übermäßig dem Alkohol zugeproben hatten, setzten sie das Gelage in dem Varietè „Kuchhallen“ am Bahnhof Wellen fort. Hier geriet Leisch mit einem gewissen Behrendt wegen eines Wädchens in eine Prügelei, welche sich später bis auf die Straße fortsetzte. Es bildeten sich zwei Parteien, zwischen welchen es an der Ecke der Thomaskirche und Alt-Moabit zu einer Schlächt kam. Der Angeklagte verlor hierbei dem zu der Gegenpartei gehörenden Drofakenkutscher Otto Remus mit einem Hammer einen wichtigen Nibel über den Kopf, so daß R. einen Schädelbruch davontrug und am nächsten Tage verstarb. — Die Geschworenen befaßten bei Leisch und Schreiber nur die Schuldfragen wegen gefährlicher Körperverletzung bzw. Teilnahme an einer Schlägerei. Da bezüglich des Behrendt nur die Schuld-frage nach einfacher Körperverletzung befaßt wurde und ein Straf-antrag nicht gestellt ist, mußte das Verfahren gegen ihn eingestellt werden. Im übrigen lautete das Urteil gegen Leisch auf neun Monate und gegen Schreiber auf sechs Monate Gefängnis.

Tele- und Disziplinar-Klub „Seine“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Grünberg, Hohenbergstr. 8, Sitzung. Gäste willkommen.
Tele- und Disziplinar-Klub „Zab-Oh“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Reichardt, Wälder Str. 58: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Der Nagelburger Parteilager“. — Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „**Waldarbeit**“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 26 des 20. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt:
Ein Bild. — Die ökonomische Lage der russischen Arbeiterinnen.
III. Von Alexandra Kollontaj. — Ein Wort zur Gestaltung unserer Disziplinarsachen. Von Marie Badol. — Zur Lage der Krankenpflegerinnen. Von M. K. — Unsere Frauen in den Jugendbildungsvereinen. Von L. Kobl. — Das „keusche“ Erbrecht. Von Ernst Oberholzer. — Bericht der Berliner Kinderkutschkommission. Von H. Barentzin. — Vom Kampf auf den deutschen Erziehungsstellen. Von Gb. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektion für Koburg-Gotha. — Aus der Bewegung: Von der Waisentation. — Von den Organisationen. — Von der proletarischen Frauenbewegung im 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis — Gründung einer Frauenaktion in Belenheim. — Jahresbericht über die proletarische Frauenbewegung in Nürnberg. — Frauenorganisation in Baden. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Kampf der Bleitfarbener in Nürnberg. Von Gb. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Zeitgenossen: Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbildung. Verbleibenes.
Für unsere Mütter und Hausfrauen: Verbl. Von Käfer. — Schmutzmittel bei den Menschen der älteren Strinzig. Von Emma Lenn. — Kinderspiele. — Sprüche von Marc Aurel. — Frauenleben: Wandersleben. Von Gottfried Keller. — Wie der Huber-Dres zu Ehren kam? Von Ernst Jahn. (Schluß).
Für unsere Kinder: Die Sturmschwabe. Von Demit Wlen. (Gebicht). — Drei Reuterer. Von Ernst Almslöb. — Die Hummelfönigin

und ihr Volk. — Der Müller! Von Emma Döhl. (Gebicht). — Der Froh- mäusekrieg. Frei nach B. Blüthgen. — Kleine Fabeln. Von Hans Reiter. — Kinderliebchen.
Die „**Waldarbeit**“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., bis die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,80 M.
Das persönliche Regiment! Unter diesem Motto ist soeben die neue Nummer des „**Wahren Jacob**“ reich ausgestattet im Umfange von 16 Seiten erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir:
Bilder: Aus der Königsberger Kaiserrede. — Papa Carlos Rauchergrün. Von Rita Langa. — Der konföderierte Jacob. — Das persönliche Regiment. — Im Himmel. Von Gg. Koch. — Nachdenkliche Betrachtung. Von G. Ert. — Neue Schriftzeichen aus dem politischen Lebuch des deutschen Volkes. Von Christian. — Ein Sammel. Von W. Lehmann. — Reichardt. Von G. Ert. — Das Vorbild. Von G. Ert. — Der Vagabund in Monte Carlo. Von G. Ert. — Die Auszeichnung. Von R. Kost. — Schlechte Erfahrung. Von Erik Schilling. — Familiäres. Von R. Kost. — Subordination. Von G. Müller. — Wahlsucht. Von R. Vanclom. — Verdrüßung. Von R. Kost. — Ra also! Von G. Ert. — Ein Unverbesserlicher. Von G. Ert.
Text: Der konföderierte Jacob! Von P. E. — Sammelpost. Von Ep. — Reisetagebuch eines Selbstbeherrschers. — Lieber Jacob! Von Nothilf Rausle. — Was verdungern, wer verdungern will! Von S. S. — Doch die wöllische Eigenart! Neues Feiertagslied. Von Raze. — Ein sonnigliches Abenteuer. Von Weymühl. — Was ist schlimmer als der Jar? — Retur Schopenhauer. Von P. E. — Die Jülinge. Von Ep. — Die „Wollen“. Von Kl. — Ulu. uhu.
Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jedergelt durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart (sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen).
Frauen-Zukunft, eine Monatschrift, herausgegeben von Gabriele v. Lieber, Meta Hammerich, Hanna Dorn. Vierteljährlich 4 M. (Frauenverlag München und Leipzig).

Wasserstands-Nachrichten
der Landeskassell für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	26. 9.	25. 9.		26. 9.	25. 9.
Remel, Mühs	—	—	Saale, Großh.	130	—
Bregel, Jüterburg	—26	—1	Havel, Spandau ²⁾	80	0
Reichel, Thorn	74	—6	Kathenow ²⁾	96	+2
Ober, Ratibor	843 ²⁾	—92	Spre, Spremberg ²⁾	114	—6
Strosen	257	—13	Beestow	159	0
Frankfurt	285	—18	Seser, Rindon	—58	—19
Wartde, Scharim	48	0	Rindon	82	—11
Landenberg	10	—4	Rhein, Ratzmiltandau	486	—8
Kegel, Gorkum	—	—2	Staub	292	—2
Elbe, Leimertitz	197	—31	Röin	302	—2
Dresden	105	+3	Kedar, Heilbronn	94	—13
Parde	272 ²⁾	+28	Rain, Berthum	160	+2
Nagelburg	216	+26	Roiel, Trier	62	—5

¹⁾ + bedeutet Sucht, — Fall. ²⁾ Unterpert. ³⁾ bis zum 27. morgens auf 296 cm gefallen. — ⁴⁾ bis zum 27. um 7 Uhr morgens auf 297 cm gestiegen.

Deutscher Transportarbeiterverband

Bezirksleitung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtlichen Brauereien Berlins und Umgegend!

Donnerstag, den 29. September, abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 7).

Tages-Ordnung:

1. Arbeiterleben, Staatsleistungen und Selbsthilfe.
- Referent: E. Kiedel.
2. Tätigkeitsbericht der Branchenleitung vom letzten Halbjahr.
3. Mittellagen.

Zahlreichen Besuch erwartet. Die Branchenleitung. J. K.: G. Alisch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Volkshaus:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die fünfprozentige Lohnerhöhung am 1. Oktober.
2. Verhandlungsangelegenheiten.
3. Gewerkschaftliches und Verschledenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 29. September 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung

aller in der

Gold- u. Silberwaren-Industrie

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber.
2. Diskussion.
3. Kollegen und Kolleginnen! Wir rufen Sie dazu, daß in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden, in es im Interesse des einzelnen wie im allgemeinen notwendig, daß Sie alle in dieser Versammlung anwesend sind.

Donnerstag, den 29. September 1910, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der

Elektromonteuere u. Helfer

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Karl Priefert.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.

Kollegen! Es ist Ihre vornehmste Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Halten wir das Versprechen, das wir uns am 27. August gegeben haben. Agilitieren Sie jeder einzelne für den Besuch der Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Branche der Stellmacher.

Donnerstag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenhaiser Hof, Rosenhaiser Straße Nr. 11—12:

Brancheversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Knoll über „Die von Gottesgnaden und der Weidheute des Volkes“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Zentral-Verband der Töpfer.

Filliale Berlin.

Wegen Umzuges des Bureau bleibt daselbst am Donnerstag, den 29. September, geschlossen.

Das Bureau befindet sich vom Freitag, den 30. September, ab im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, linker Seitenflügel, B. Stock, Zimmer 94 (Lehrer Saal 9).

Geschäftszeit: vormittags 8—1 Uhr, nachmittags 4—7 Uhr, Sonnabends bis 6 Uhr abends geöffnet.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse

Wittenau, Lübars-Waidmannslust u. Hermsdorf.

Das Kassenlokal der Ortskrankenkasse Wittenau, Lübars-Waidmannslust und Hermsdorf befindet sich jetzt

Wittenau, Lübarser Straße 1, 1 Treppe.

Kassenstunden werktäglich 8—1 Uhr. Sonn- und Feiertage geschlossen.

Der Vorstand. J. K.: P. Klennst.

Persil

wäscht schnell, mühelos und billig bei grösster Schonung der Wäsche!

Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekannten

Henkel's Bleich-Soda.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tieckstr. 10.

Selowskys

Bolero

ist nach dem Urteil aller Sachverständigen die feinste 2 Pf.-Zigarette.

Gesetzlich geschützt!

BRENNSPIRITUS

darf im Kleinhandel vom 1. Oktober 1910 ab nur in Behältnissen verkauft werden, die den Bestimmungen des neuen Branntweinsteuergesetzes gemäß verschlossen u. mit Angabe des Alkoholgehaltes versehen sind. Beim Einkauf **achte man auf Etiketten und unverschrie**

Verschließsicherungen der Flaschen.
Unbeschädigter Verschluß gewährleistet richtigen Inhalt und richtige Gradstärke.

Vorschriftsmäßig in Flaschen abgefüllten, verschlossenen u. etikettierten

Brennspiritus Marke „Herold“

in den zur Bedienung von Spiritus-Lampen :: Spiritus-Kochern :: Spiritus-Bügeleisen etc. erforderlichen Grundstärken von

(85,6 Gew.-%)	90 Vol.-%	Heutiger Preis für die Literflasche	30 Pf.
(92,4 Gew.-%)	95 Vol.-%		33 Pf.

susschl. 15 Pfennig Flaschenpfand.

Liefert für Berlin und Umgegend

Brennspiritus-Gesellschaft

Berlin-Tempelhof

wohin wir Bestellungen der Herren Wiederverkäufer erbitten.

Spiritus-Zentrale

Gesellschaft mit beschränkter Haftung Berlin W. 8.

Lampen und Brenner, -Kocher aller Art, -Bügeleisen usw. in nur erprobten und bewährten Ausführungen erhältlich im

SPIRITUS

Ausstellungs- und Verkaufslokal **Spiritus-Zentrale** BERLIN NW. 7 Friedrichstr. 96.

Essen Sie Seefische!

Seefische sind gesund, nahrhaft u. wohlschmeckend.

Von Mittwoch früh 8 Uhr an verkaufen wir:

- II. Seekarpfen (Goldbarsch) . . . p. Pfd. mit 10 Pf.
- (Zubereitung wie Flußkarpfen, Seefisch-Kochbücher gratis)
- II. Bratflundern, schöne, reelle . . . p. Pfd. mit 20 Pf.
- II. kl. Schellfisch, zum Braten und Backen . . . p. Pfd. mit 20 Pf.
- II. fetten Seelachs im Anschnitt . . . p. Pfd. mit 20 Pf.
- II. große Roizungen . . . p. Pfd. mit 40 Pf.
- II. lebendfrische Lausitzer Karpfen p. Pfd. mit 60 Pf.

Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“

Größte Hochseefischerel Deutschlands

Hauptgeschäft: Berlin G. (Bahnhof Börse) Tel. Amt III 8804 2784

Eigene Filialen:

- C.: Bahnhof Börse, Bog. 9-10.
- N.: Invalidenstraße 131.
- O.: Gr. Frankfurter Str. 85.
- O.: Madaistraße, Bogen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber).
- S.: Prinzenstraße 94.
- Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 111.

Niederlagen:

- S., Oranienstr. 3.
- Charlottenburg: Angsburger Str. 15.
- Spandau: Breite Str. 54.
- Schöneberg: Akazienstr. 31.
- Steglitz: Schloßstr. 121.
- Zehlendorf: bei Herrn Karl Schön, Grunewald-Allee 2. Fernsprecher 1179.
- Weißensee: Langhansstr. 143.

Eigener Seehafen.

CHARLOTTENBURG

Uhren und Goldwaren
F. Stabenow, Berlinerstr. 146

Verleih-Institut:

Friedrichstr. 115/1, a. Oradg.
Zur. Weg. Frad, Gebrod
1,50, Doje 1,00, Zeife 50/51

Frack

Steppdecken

Kauft man am besten u. preiswertesten direkt Fabrik

Bernhard Strohwandel.

Berlin, 72. Wallstr. 72,
zwischen Rod- u. Inselstraße.
Alle Decken werden aufgearbeitet.

Ortskrankenkasse

für das

Töpfergewerbe zu Berlin.

Der in der Generalversammlung vom 27. April d. J. beschlossene Bescheid zum Rücktritt hat die Genehmigung des Bezirks-Kassenschusses gefunden und tritt am Montag, den 3. Oktober 1910, in Kraft.

Der Rücktritt enthält außer der Verminderung der Kassenrate von drei auf zwei (3/13) eine Erhöhung der Angehörigenunterstützung von bisher die Hälfte auf zwei Drittel des Krankengeldes (3/14).

Ferner erhalten Mitglieder, welche der Kasse mindestens 6 Wochen ununterbrochen angehören, Unterstützung für Familienangehörige, und zwar: für ihre Ehefrau eine Schwangerenunterstützung in Höhe von 15 M., sowie ein Sterbegeld für die Ehefrau von 30 M. und für ein Kind von 15 M. (Neuer § 20a.)

Druckeremplare des Rücktrags sind auf der Kasse erhältlich. 278/1

Der Vorstand:
H. John, M. Markmann, Vorsitzender. Schriftführer.

Möbel billig

wenn Sie mein seit 38 Jahren bestehendes Geschäft benutzen.

Möbel-Versand-Kauf

Wilhelm Hamann

BERLIN N. 58
Schönhauser Allee 42.

Kassa 6% — auch —
Fahrgehd vergütigt.

Humor-Quartett

Berliner
G. Creuer, Kottbuser-Str. 40

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradschaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Ort- und Hilfs-Krankenhäuser.
Berlin N.,
177 Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Ernst Mees** verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Nitzdorf aus statt. 51/7
Die Bezirksverwaltung.

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntagabend der Kollege, Glasfensterarbeiter **Gottfried Madsack** (Fogelhof-Bräuerei, Abt. II) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hellandskirchhofes in Wägensee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
43/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Nitzdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Max Zirkel** im kaum vollendeten 18. Lebensjahre gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Nitzdorfer Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
90/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Gr.-Berlin, Bez. Tegel.
Am Sonntag, den 25. September, ist unser Mitglied **Ernst Meier** verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. September, nachmittags 4 Uhr von der Halle des Vorligwälder Friedhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
54/3 Die Ortsverwaltung.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsg. Deutschlands
Filiale Groß-Berlin, Bezirk Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Gustav Blaßmann** am 26. September im Alter von 59 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauer Straße, aus nach dem Elisabeth-Kirchhof, Pringel-Weg, Ecke Wolanstraße, statt. 175/13
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meines lieben Mannes und unserer Paters
Bruno Schröder
besonders den Kollegen der K. E.-G. sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Witwe Adelheid Schröder
11376 nebst Kindern.

Vorjährige Winter-Paletots Herbst-Anzüge
jetzt 20-40 Mark.
Täglicher Verkauf.
Kavalier-Klub,
Unter den Linden 61 II.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Mass, schick, dauerhaft. Zusätze von 20 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Promenade 11 (Stadt-Börse).

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mehrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Schräger Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Haarbefertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Nur noch bis **1. Oktober**
Ausverkauf
unserer Lagerbestände, bestehend in **Anzugstoffen, Paletotstoffen, Damenuchen, Kostümstoffen** usw.
für jeden Preis!
Koch & Seeland Gesellschaft m. H. H.
Roß-Str. 2.

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochmeisterstr.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpartei.
Säden und Sädwecken: Hermann Berner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Pringelstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4, Laden.
4. Wahlkreis, Säden: Paul Böhm, Kaufingerplatz 14/15, Laden.
5. Wahlkreis: Les Sucht, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Wunders, Salzweckerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Reiche, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, vorn part.
Gesundbrunnen: P. Trapp, Steffinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Ledgenerstr. 123.
Adlershof: Carl Schwarze, Hofmannstr. 9.
Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienburgerstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück: Heinrich Brose, Kobersteinstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus, "Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Esenheimerstraße 1, Ecke Goethestraße, Laden.
Eichwalde, Zenthen, Merzdorf und Hankels Ablage: Oskar Rabe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagenener Chaussee.
Friedenau-Petershagen: E. Hölzbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende: H. Verusce, Schlossstr. 119, Hof I, in Steglitz. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: H. Koch, Döppelstr. 32, und Fr. Schillhake, Moorstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Bertmann, Köpenicker Straße 13.
Grünau: Franz Klein, Bahnhöfstr. 6 III.
Johannisthal: Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Rier, Köpenickerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhöfstr. 13.
Köpenick: Emil Schiler, Riechstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstraße 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Rahlsdorf, Walberstraße 14.
Mariendorf: August Leip, Gaussestr. 206, Hof.
Marienfelde: Emil Weinerl, Dorfstr. 14.
Nieder-Schöneweide: Max Friedle, Weiserstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Riechstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wästenstraße 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: G. Gursch, Kamelestr. 12, I.
Rixdorf: M. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkrantz, III-Vorhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Eintrachtstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin-Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köppen, Bogowitzer 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Borsigwalde, Rühlstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Zehnderer Str. 4.
Tempelhof: Albert Zibel, Friedrich-Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Niebelschtr. 412, Laden.
Weißensee: R. Buchmann, Sedanstr. 105, partiere.
Wilmerdorf-Halensee: Paul Schuberl, Wilhelmshaus 26, Hof partiere.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1

DEUTSCHE BANK
BERLIN W., Behrenstraße 9-13
Zentralleitung der Depositenkassen: **W., Mauerstr. 28**
Aktienkapital 200 000 000 Mark
Reserven 105 726 000 Mark
Im letzten Jahrzehnt (19. 0—1909) verteilte Dividenden: 11, 11, 11, 11, 12, 12, 12, 12, 12, 12 1/2 %
Zweigniederlassungen: Bremen, Brüssel, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Konstantinopel, Leipzig, London, München, Nürnberg.
Depositenkassen: Augsburg, Meissen, Wiesbaden.

Depositenkassen in Berlin:

W.:	Kasse A*:	N.:	Kasse L:
Mauerstraße 26-27	C	Chausseestraße 17	V
Potsdamer Straße 134a	CD	Schönhauser Alle 9-9a	X
Königsgrätzer Straße 6	P	Reinickendorfer Straße 2	Z
Potsdamer Straße 96 (a. d. Bülowstr.)	M*	Brunnenstraße 24	JK
Kurfürstenstraße 115-116		Bad-Str. 56	
NW.:	SW.:	NO.:	O.:
Alt-Moabit 129 (Ecke Werftstraße)	J	Landsberger Straße 89	N*
Turmstraße 51	FG*	Greifswalder Straße 2	MN*
		An der Jannowitzbrücke 4	F
		Frankfurter Allee 89	DE*
SO.:	S.:	C.:	
Dresdener Straße 3 (Kottbuser Tor)	H	Königstraße 41-42	G
Köpenicker Straße 30	O	Am Spittelmarkt 8-10	E
	EF	Hackescher Markt 1	B
	HJ*		
	PQ		
	D		

Depositenkassen in den Vororten:

Charlottenburg:	Kasse J*:	Schöneberg:	Kasse U*:
Berliner Straße 66	Q*	Kaiser-Wilhelm-Platz 2	AB*
Savignyplatz 6	R*	Martin-Luther-Straße 5	ST*
Kantstraße 162	KL*	Bayerischer Platz 1	
Kurfürstendamm 188-189	NO*	Spandau:	
Taunizstraße 21-24	OP*	Markt 4	SP*
Bismarckstraße 84		Steglitz:	
		Schloßstraße 88	GH*
Friedenau:	Lichtenberg:	Weißensee:	
Rheinstraße 17	Y*	König-Chaussee 34	LM*
Frankfurter Chaussee 152a	RS*	Wilmerdorf:	
Am Alten Markt 17		Umlandstraße 57	W*
Potsdam:	Rixdorf:	Schaperstraße 1	BC*
Berliner Straße 102	S		

Die mit einem * bezeichneten Kassen besitzen **Stahlkammereinrichtung.**
Die Depositenkassen eröffnen Geschäftstreibenden, Industriellen und Privaten laufende Konten für den **Depositen- und Scheckverkehr** und besorgen den An- und Verkauf von Wertpapieren, fremden Geldsorten, Schecks und Wechseln auf das Ausland, die Ausschreibung von Kreditbriefen, die Ausgabe von Welt-Zirkular-Kreditbriefen, zahlbar an all. Hauptplätzen der Welt, etwa 1800 Stellen, die Diskontierung sowie Einziehung von Wechseln, die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, die Versicherung von Wertpapieren gegen Kursverlust im Falle der Auslosung, die Einziehung der abzutrennenden Coupons.

Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern. Nachlaß- und Vermögensverwaltung, Uebernahme von Testamentvollstreckungen. Sonderabteilung für Diskontierung von Buchforderungen.

Stahlkammern.
Die Stahlkammern der Depositenkassen stehen unter eigenem Verschluss der Mieter und eignen sich zur **Aufbewahrung von Wertpapieren, Hypotheken-Dokumenten, Urkunden, Wertgegenständen und Schmucksachen.**
Die Vermietung dieser Schrankfächer erfolgt je nach Wunsch auf beliebige Zeit.
Bedingungen für den Depositenverkehr und die Benutzung der Stahlkammern nebst Beschreibung der letzteren werden an den Schaltern der Kassen ausgehändigt.
Die Deutsche Bank ist mit ihren sämtlichen Zweigniederlassungen und Depositenkassen **amtliche Annahmestelle** von Zahlungen für Inhaber von Scheck-Konten bei dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Postsparkassen-Amte in Wien.

Kufeke Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.
-Kindernahrung
-Krankenkost

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Eingetroffen:
Eingrosser Posten Original-Modelle
in allen Größen und verschiedenartigsten, hochmodernen Ausführungen, die ich zu **äußerst billigen Preisen**
von Mittwoch, den 26. September bis 1. Oktober, abends 8 Uhr zum Verkauf stelle! Es befinden sich darunter:
chike Kostüme! Fesche Abendmäntel! Tuch-, Eskimo-, Pelz-Konfektion, Frauenmäntel, Kimonos, Plüschpaletots, Kleider, Jacketts, Röcke, Blusen, Backfisch-Konfektion
die teilweise früher das Dreifache gekostet haben und jetzt wie folgt notiert werden:
Anfangend von 7.-, 9.-, 11.-, 15.-, 21.-, 28.-, 36.-, 50.- bis 1400 Mk.
Westmann
Mohrenstr. 37a } partiere und L. Etage { Gr. Frankfurterstr. 115
nahe Jerusalemstr. } nahe Andreasstr.
Trauer-Westmann (gesondert geschüttelt)
Sonder-Abteilung für schwarze Konfektion, Mäntel, Kleider, Röcke, Blusen, Hüte etc.
Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Es gibt keinen Blümchen-Kaffee mehr,
seitdem die günstige Einwirkung des „Achten Franck-Gries mit der Kaffeemühle“ auf Gehalt und Geschmack des Kaffees allgemein bekannt geworden ist. . . . „Zum Kaffee gehört Franck-Gries“, . . . diese Ansicht ist für jede rechnende Hausfrau feststehend. Aber aufpassen müssen Sie, daß man Ihnen keine billigen Nachahmungen verabfolgt. Das echte Fabrikat trägt als Kennzeichen die „Kaffeemühle“ und den Namen „Franck“.

Hus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen, lest die Parteipresse!

Jeder Arbeiter, der die bürgerliche Presse abonniert, begeht geistigen Selbstmord. Die sozialistische Presse ist aus unerschütterlichen Anfängen zu einem wirksamen Instrument — nicht des Himmels, sondern des klugen bewußten Proletariats — herangewachsen. Das kümmerliche Pflänzchen hat sich zu einem mächtigen Baume entwickelt, der allen reaktionären Wirbelstürmen Trotz bietet. Sie ist das ureigenste Werk der Arbeiter, von ihrem Gelde geschaffen und erhalten, von proletarischem Geiste befeuert und geleitet. Diese Presse allein kann unentwegt für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Fragen Stellung nehmen, und sie tut es ohne Rücksicht auf irgendwelche Sonderinteressen. Sie braucht nicht ängstlich bemüht zu sein, nicht da und nicht dort anzustoßen, wie die sogenannte „unparteiische“ Presse, sie kann konsequent ihren Kurs auf das große, selbstgesteckte Ziel verfolgen. Der Charakter der sozialistischen Presse bedingt es natürlich, daß die sozialdemokratischen Organe manche Geistesgaben der bürgerlichen Spektakelblätter nicht mitmachen können, die sich vorwiegend von Anathem und Trostisch erhalten und mit Vorliebe den Lebensgewohnheiten und Vertiefungen bekannter Personen nachspüren, um sie dröhnend ihrem Lesepublikum vorzuführen. Der Sensationshunger des kritischen Publikums muß auf jeden Fall befriedigt werden. Das bringt hohe Abonnentenziffern und viel Geld in denbeutel. Dem Kapitalmanne ist es ganz gleich, ob sich sein Geld in einer Meinungs- oder einer Stärkefabrik verzinst, die Hauptsache ist, daß es überhaupt Zinsen und möglichst hohe trägt. Da heißt es vorzüglich laviere, nicht oben und nicht unten, weder rechts noch links ansetzen. Manche dieser Blätter besitzen die wunderbare Virtuosität, einen demokratischen, volksjornalistischen Leitartikel zu bringen, um unter „Lokale Nachrichten“ in Lokalität und Patriotismus zu machen und vor den Großen der Gesellschaft winkelnd auf dem Bauche zu liegen. Man verführt die ausgepeinigten Opfer brutaler Unternehmervillität seiner wärmsten Sympathie und bringt alljährlich im Interatenteil unbelümmert Streifbroschüren. Ein ganz besonderes Gebiet ist die Pflege des etablierten Serbilitäts und Hyazinthons, der Fürtrenberherrschung und Fettschäbetelei, um derenwillen die deutsche Nation schon längst zum Gespötte des Auslandes geworden ist. Diese Art journalistischer Verunreinigung wird besonders in der Scherzpresse gepflegt. Ihre Reporter hocken auf den Hintertreppen der fürstlichen Wohnsitze und spigen die Ohren, um etwas zu erfassen, sie drücken sich in den Bedientenstufen herum und schnüffeln in allen heimlichen Winkeln der allerhöchsten Herrschaften nach brauchbarem Material. Das Publikum wird förmlich gemästet mit diesen Hofnachrichten. Es muß wissen, was die Herrschaften essen, was sie trinken und — was sie sonst noch mögen. Schule, Kirche und Kaserne arbeiten schon vor und sorgen dafür, daß weite Kreise des Volkes diese Kost ertragen können oder garabazu nach ihr verlangen. Leider drängelt diese Reptilienpresse sich auch in Arbeiterkreise hinein und viele Frauen mögen sie noch nicht entbehren und verschließen damit der Arbeiterpresse den Eingang. Sie nähren eine Schlange am Busen. Sie unterstützen unbewußt ihren Feind, der ihnen zum Lohne hundertfältige Wunden schlägt. Daß sie den Brot- und Fleischverteuerern, den Ausplünderern des Volkes, den Räubern und Verweigerern aller Volksrechte, den Feinden der Gleichberechtigung der Frau, den Stützen der Regierung, den Hütern der Reaktion Helfersdienste leisten und sich selbst den Weg zum Aufstieg verschperren, wissen diese Verblendeten nicht. Hier tut Agitation und Aufklärung noch dringend not. Hier muß jeder Genosse, jede Genossin Hand

anlegen und einstimmen in den Ruf: Hinaus aus dem Hause mit der Schandpresse! Lest die Arbeiterpresse!

Leseebenende.

Friedenan. Heute abend bei Schönefeld, Rheinstr. 81: Vortrag der Genossin Schulte über: „Heinrich Heine“.

Hus aller Welt.

fromme Kurpfuscher.

Die Schwestern der Marienanstalt in Würzburg versorgten die gläubige — und ungläubige — Menschheit nicht nur mit Gottes Wort, sondern auch — mit Mitteln gegen Blustodung und Menstruationsbeschwerden. Unter dem Namen „Stahlpulver“ verlaufen sie für 50 Pf. an jedermann, sogar an Kinder diese Mittel, die besonders von Frauen und Mädchen, die sich in Räten befanden, gesucht waren. In der Gebrauchsanweisung, die den Pulvern beigegeben ist, wird verordnet, daß die Pulver neun Tage nacheinander morgens und abends genommen werden müssen, und dann heißt es: „Täglich betet man drei Vaterunser zu Ehren des göttlichen Herzens Jesu!“

Der Ehemann einer Frau, die sich auch das Mittel geholt hatte, war etwas misstrauisch und ließ es chemisch untersuchen. Das pharmazeutische Institut der Universität Berlin stellte folgendes eigentümliche Mixturem compositum fest: „Eisenfeile (1), Zinn und eine kleine Menge kohlensaurer Kalk (wahrscheinlich in Form von gestohlenen Eierschalen)“. Ein anderes Institut fügte dem noch hinzu: „Selbstverständlich ist der Dreck gesundheitschädlich und polizeiwidrig. Kein Hundsmagen verträgt das Zeug.“

Die frommen katholischen Ordensbrüder und -Schwestern verstehen sich aufs Geschäft. Die einen brauen Bier, die anderen mischen Schnaps und hier wird zur Abwechslung in Abtreibungsmitteln gearbeitet. Und das alles im Namen Gottes, den sie beständig auf den Lippen führen.

Vom Wüten der Cholera.

In den letzten 24 Stunden sind in der Stadt Neapel fünf neue Cholerafälle und drei Todesfälle an Cholera festgestellt worden. Aus der Provinz Neapel werden drei neue Cholerafälle und ein Todesfall gemeldet. In Apulien ist ein Todesfall vorgekommen. Das Städtische Gesundheitsamt von Rom erklärt, daß in der Stadt kein neuer Cholerafall, auch kein neuer choleraverdächtiger Fall vorliegt. Von den drei Erkrankten der vorhergehenden Tage ist einer geheilt und zwei befinden sich auf dem Wege der Besserung.

In Kopenhagen wurde bei einem Matrosen, der auf einem aus Petersburg kommenden Dampfer unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankte, asiatische Cholera festgestellt.

In Trapezunt sind nach einem Telegramm aus Konstantinopel am 25. September 25 Personen an Cholera erkrankt und 9 gestorben.

Aus verschmähter Liebe.

Eine Liebestragödie, bei der zwei Mädchen durch Revolverkugeln verletzt wurden, während der Täter Selbstmord verübte, spielte sich in Göttinge bei Stendal ab. Der 24jährige Sohn Fritz des dortigen Schmiedemeisters Krümmel, der bei seinem Vater als Geselle arbeitete, hatte seit einiger Zeit eine heftige Zuneigung zu der im väterlichen Hause tätigen 17jährigen Wirtschaftlerin gefaßt, wurde jedoch von dem Mädchen hies abgewiesen. Der verschmähte Liebhaber jamm auf Rache. Als sein Vater mit dem Lehrling nach Stendal gefahren war, blieben Fritz Krümmel, die Wirtschaftlerin und seine etwa 10jährige Cousine im Hause zurück. Nach der gemeinsamen Mittagsschmahlzeit begab sich der junge Mann aus der Küche nach seinem Zimmer; plötzlich erschien der junge Krümmel wieder in der Küche und feuerte ohne jeden Wortwechsel mehrere Revolverkugeln auf die Wirtschaftlerin und die mit ihr befreundete Cousine ab und eilte davon. Während die Wirtschaftlerin von einem Streifschuß am Ohr getroffen ohnmächtig zu Boden sank, stürzte die Cousine, schwer in den Rücken getroffen, zum Hause hinaus und brach auf der Straße zusammen. Krümmel erschöpfte sich, auf dem Veitrand sitzend, in seinem Zimmer.

Kleine Notizen.

Eine saubere Erzieherin. In Mainz hat das 24jährige Kindermädchen Antonie Koll den 18jährigen Sohn eines Hauptmanns, bei dem sie in Stellung war, verführt. Sie wurde gestern von der Frankfurter Straßammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Lungenpest in Odessa. Durch bakteriologische Untersuchung ist in Odessa der erste Fall von Lungenpest festgestellt worden. Der Kranke war im Krankenhaus untergebracht worden, denn die Pest wurde erst nach seinem Tode bei der Sektion festgestellt.

Der Ueberstieger der Alpen gestorben. Der bei seinem Fluge über die Alpen in Domodossola abgestürzte und schwer verwundete Aviatiker Chabez hat sein kühnes Wagnis mit dem Tode büßen müssen. Er ist gestern nachmittags nach schwerem Todeskampfe seinen Verletzungen erlegen.

Untergang einer Kriegsschaluppe. Im Hafen von Sewastopol ist ein Unterseeboot mit einer Dampfschaluppe zusammengestoßen. Die Schaluppe ist untergegangen. Ein Matrose ist ertrunken.

Witterungsübersicht vom 27. September 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Strombe	767	SSO	3 moltenl	9	9	Dabaranda	760	WNO	4 moltenl	8	8
Camburg	765	SSO	2 Dunst	8	8	Petersburg	760	SO	3 bedekt	9	9
Berlin	767	S	2 moltenl	8	8	Schib	760	SO	2 better	13	13
Kranf. a. W.	768	SS	3 Nebel	9	9	Aberdeen	762	WNO	1 moltenl	8	8
München	770	SS	1 moltenl	9	9	Paris	768	S	1 bedekt	13	13
Wien	770	NO	1 moltenl	10	10						

Wetterprognose für Mittwoch, den 28. September 1910.

Nachts etwas milder, am Tage ein wenig kühler bei mäßigen südwestlichen Winden und vorübergehender Trübung ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



Carl Stiller jr. Schuhe

**Eröffnung
Sonnabend
den 1. Oktober**

**w. Leipzigerstr. 29 Ecke Fyfebrichs
Mädlerhaus**

**w. Königgrätzerstr. 124/29
Hotel Fürstenhof**

**s. Oranienstr. 155/56 am Moritzpl.
Ecke Prinzessinnensstr.**

Drei Tropfen

Kaol
 flüssige Metall-Politur
 machen das
 schmutzigste Metall
 spiegelblank
 in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
 Überall zu haben.
 Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin NO.

Die drei Wünsche
 der Hausfrauen an grossen Wäsche- und
 Reinigungstagen:
 1. Erleichterung der Arbeit,
 2. gründliche Reinigung und
 3. Erzielung einer schneeweissen,
 unverdorbenen Wäsche,
 werden seit 25 Jahren von Dr. Thompson's
 Seifenpulver, Marke Schwan, getreulich erfüllt!



Geschäfts-Eröffnung.
 Freunden und Bekannten zur Nachricht, dass ich in
 11315
Charlottenburg, Strasse 48,
 mein Geschäft eröffnet habe und bitte um gütigen Zuspruch. Speisen und Getränke in bekannter Güte.
 Bereinigungszimmer für 50 Personen.
 Gustav Diedrichkeit, Restaurateur.

Karow eine Station Buch
 vor
 Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pl. v. Stett. Hbf., 25 Min. Fahrt, 10 Pl. v. Pankow-Schönh., 12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar am Bf. Behausungspl. genehmigt. Pläne gratis. M.B. Anz. u. langjähr. Hypotheken. Verkäufer ständig a. Bf. Karow. 4331.
 I. Kieger, Berlin, Gendarmstr. 5.

Theater und Vergnügungen

Wittmoß, 28. September,
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Bürgl. Opern-Theater.
 Romeo und Julia.
Königl. Schauspielhaus. Die neue Sonne.
Deutsches. Der Silberjüngling.
 Jähmung.
Kommerstiele. Frühling.
 Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Leffing. Das Konzert.
Konische Oper. Der Arzt wider Willen.
Berliner. Ruffantennmädel.
Neues. Das gewisse Etwas.
Neues Schauspielhaus. Tartuff.
 Herr u. Bourgeois.
Reisende. Noblesse oblige.
Kleines. Die verärgerten Frauenzimmer. 1. Akt.
Thalia. Polnische Wirtin.
Schiller u. Wagner-Theater.
 Der Bibliothekar.
Schiller-Charlottenburg. Robert und Bertram.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches.
 Faust.
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ariemädel.
Berliner Volksoper. Rigoletto. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Luisen. Die schöne Ungarin.
Werten. Die schönste Frau.
Wodenes. Die beste der Frauen.
Trianon. Pariser Witwen.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
Der Derby-Sieger.
Volles Caprice. Der schwarze Schimmel. — Volle Pension. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hurra — Wie leben noch!
Kaffee. Der schnelle Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Wand. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Sandwich. Au hat's geschnappt. Spezialitäten.
Schweizer-Garten. Spezialitäten.
Urania. Tausendfüßler. 48/49. Abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Brüssel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Heute abend 8 Uhr:
Die Weltausstellung in Brüssel.
Berliner Volksoper
 Belle-Alliance-Strasse 7/8.
 Abends 8 1/2 Uhr:
Rigoletto.
Neues Operetten-Theater.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
 Der Graf von Luxemburg.
 Operette in 3 Akten von H. W. Billner u. H. Sobanski. Musik v. Franz Lehár.
Lustspielhaus.
 Heute abend 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die schöne Ungarin.
 Hoffe mit Gesang und Tanz von Willen und Jacobsohn.
 Donnerstag: Neu einstud. Othello.
 Freitag: Durchgegangene Weiber.
 Sonnabend 4 Uhr: Kinder-Gott.
 Die Schwamenprinzessin. 8 U: Egmont.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
 Wittmoß, abends 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
 Schwank in 4 Akten v. Gustav Moser. Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzelschreiber.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Kreuzelschreiber.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Wittmoß, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
 Hoffe mit Gesang in 4 Abteilungen von Gustav Moser. Ende 10 1/2 Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor.
 Größter Konzertsaal Berlins!
 Vom 28. September bis 2. Oktober 1910 täglich:
Gastspiel-Konzerte von Johann Strauß aus Wien
 mit seiner gesamten Kapelle.
 Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf., reserv. Platz 75 Pf., Sonntags 1 M. — Billets im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen (Entree 40 Pf., reserv. Platz 60 Pf., Sonntags 75 Pf.) in den Vorwärts-Speditionen Zucht, Immanuelkirchstraße 12, Hahnisch, Auguststraße 50 und Mann, Petersburger Platz 3.

Zirkus A. Schumann.
 Mittwoch, 28. September, abends 7 1/2 Uhr:
Apachen zu Pferde
 geritten von Hrn. Dora Schumann und Herrn Karl Hüb.
Luftpotpourri
 der 10 Personen Lopic
Der Kreisel-Globus.
 Neueste Kreation des Direktors **A. Schumann.**
Mirano Brothers
 und das mit kolossalem Beifall aufgenommene
September-Programm.

Zirkus Busch.
 Mittwoch, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
Banola-Truppe!
 Herr Dir. **H. E. Orlando.** Freiheitsdröse. Die berühmte Reiterfamilie **Frediani.** Hr. Alfred Ott. Schulreiter. Fußballspielende Hände von **Mons. Velancho.** Die urkomische Clowns drei Gebr. Fratellin.
 Um 9 1/2 Uhr, zum 12. Male:
„VENEZIA“ (Marino Falerio). Original-Manögeschaustück.
Achtung! Sonntag, 2. Okt.: 2 große Gala-Vorstellungen 2. Um 8 1/2 Uhr und 7 1/2 Uhr. In beiden Vorst.: **Venezia.**

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Die gute Partie.
 Lustspiel in 3 Akten von H. Pöppich.
 Donnerstag: Othello. Freitag und Sonnabend: Die gute Partie.

Letzte Tage
 des sensationellen Programms.
 9 1/2 Uhr:
Verbotene Frucht.
 Sonnabend, den 1. Oktober 1910:
Debüt
Rudolf Schildkraut.

Luna-Park
 TERRASSEN
 HALENSEE
 Größter Vergnügungspark des Kontinents.
 Mittwoch, 28. September:
ALLE ATTRAKTIONEN FREI.
 Jeder Besucher des Parks erhält bei Eintritt ein **Gratisbillet** für eine Attraktion!
ELEKTRISCHE LICHTSPIELE AUF DEM SEE.
 Eintrittspreis 50 Pf., 3 Kapellen. Eintrittspreis 50 Pf.
 Eintrittspreis 50 Pf. Eintrittspreis 50 Pf.
 Sonnabend, den 1. Oktober 1910:
GROSSER POPULÄRER GALATAG.
 Münchener Oktoberfest!

CIRCUS Cyril Hale
 Lichtenberg, Berlin-Ost,
 Mühlendorferstraße, dem Rathaus gegenüber, nächst Frank. Allee, a. Ringbahn.
 Nur noch 9 Tage.
 Mittwoch, den 28. September, nachm. 4 u. abends 8 1/2 Uhr,
2 Vorstellungen 2 mit gleich reichhalt. Progr. Nachm. 1 zugehöriges Kind frei. Außerd. zahlen unter 13 Jahre alte Kinder und Militär vom Feldweibel abwärts nachm. halbe Preise. Abends volle Preise.

Herrnsfeld Theater
 Zwei Schläger!
Eine verlorene Nacht
 Ein lustiger Tramerfall in 2 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Der Derby-Sieger
 Sportkomödie von August Reibhardt. Anf. 8 Uhr. Vorort. 11—2 (Theaterf.).
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Volle Pension.
 Neuer dunter Teil.
Der schwarze Schimmel
 Vorverkauf 11—2, abends ab 8 Uhr.
Voigt-Theater
 Geländebrennen. Abf. 58.
 Mittwoch, den 28. September:
Der Kaufmann von Venedig.
 Lustspiel von William Shakespears. Kaffeeeröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Lessing-Theater.
 Mittwoch 8 Uhr: Das Konzert.
 Donnerstag 8 1/2 Uhr: Einsame Menschen.
 Freitag 8 Uhr: Xantippe der Narr.
Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr: Gastspiel Hans Niese.
Das Musikantenmüdel.
Neues Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Das gewisse Etwas.
 Donnerstag: Das gewisse Etwas.
 Freitag und folgende Tage: Die goldene Ritterzeit.
Theater des Westens.
 Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
 Sonntag, 3 1/2 Uhr: Ein Walzertraum.
Modernes Theater
 (früher Hebbeltheater).
 Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, 28. Sept., abends 8 Uhr:
Faust.
 Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr: Ariemädel.
 Donnerstag: Metten. Niobe.
Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
 Schwank in 3 Akten von Ferniquin und Weber.
 Morgen und folgende Tage 8 Uhr:
Noblesse oblige.
 Sonntag, den 2. Oktober, 8 Uhr:
Die 300 Tage.

Metropol-Theater.
 Heute abend 8 Uhr:
Hurra!!!
Wir leben noch!!!
 Große Aufführungsbühne in 7 Bildern v. H. Freund. Musik v. B. Holländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
WINTERGARTEN
 Letzte Woche!
12 Attraktionen 12 des von Publikum und Presse glänzend beurteilten Eröffnungs-Programms!
 Der Gipfel der illustren Varieté-Kunst.
 Sonntag, den 2. Oktober:
Wiederbeginn
 der Nachmittags-Vorstellungen.
 Kleino Preise! Anfang 3 1/2 Uhr.

Pichelswerder. Am Sonntag, 2. Oktober:
Wurst- und Wellfleischessen,
 Der alte Freund.
 mozu ergebenst einladet

Passage-Theater.
 Das Eröffnungs- Progr. der
Winter-Saison!
 Abends 8 Uhr:
Claire Waldoff
 mit ihren neuen Schleglern von Walter Kollo.
Collins 10 englisch-Backfische.
 Polmey u. May, unerreichten.
George Barrington
 und 12 Starummern.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Hans Reis - Ensemble.
 Donnerstag, den 29. September 1910:
Othello
 der Mehr von Venedig.
 Trauerspiel in 5 Aufzügen von William Shakespears.
 Othello. Dir. Hans Reis.
 Kaffeeeröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: Tanz.
Theater Sanssouci.
 Hochbahnstation Rothbuser Thor.
Abchied 3 - Woche
 des mit jubelndem Beifall aufgenommenen
Eröffnungs - Varieté - Programms!
 Dazu die Hoffe:
Nu hat's geschnappt!
 Von Oscar Sado.
 Musik von Paul Lincke.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 !! Rauchen überall gestattet !!
Karl Haverland-
 Anfang Theater. Romanbanten- präg. 8 Uhr. Straße 77/79.
 Nur noch kurze Zeit
Hugo Römer mit neuen Schleglern
 Ab Sonnabend neue Spezialitäten.

Ausstellungshallen am Zoo
 Riesen-Kinematograph.
 6—11 Uhr.
 Rauchen überall gestattet

Germania-Pracht-Säle
 Carl Richter.
 N., Chaussee-Strasse 110.
 Heute Mittwoch:
Paul Mantheys lustige Sängler.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem: **Frei-Tanz.**
 = Vorzugskarten gelten. =
 Morgen Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Passage-Panoptikum.
 Boddhas dunkles Geheimnis.
 Der Mann mit dem eisernen Schlund!
 Von 4—7 Uhr
Vitaskop - Theater
Aquanoptikum
 Experiment aus der 4. Dimension.
 Alles ohne Extra-Entree!

Tranon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Walhalla- Varieté-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler Tor.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die großen
 September-Spezialitäten.
Casino-Theater
 Lohringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
 Die urkomische Wölle
Der schnelle Rudolf.
 Rudolf Pimpelmann: Dir. J. Berg.
 Vorher das glänzende bunte Progr.
 Zur Attraktionen ersten Ranges.
 Sonntag, 8 1/2 Uhr: Der Hochmutstoufel.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss, neu:
„Im Hausloch“.
 Mit Humor. v. Kepsel.
 Anfang wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
 vorm. Grotzerstr. 148. Anf. 8. 11. 12.
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 U. Sonntag 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen Bühnen. Stets wech. Programm.
 Dienstag u. Freitag 4—6 1/2 Uhr. Kindervorstellung. Kinder 10 Pf.
 Ermäßigung 20 Pf. Neben Sonntag im Uferaal: Künstlerkonzert.
 Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
Königsstadt-Kasino.
 Dolgmarktstr. 72, Ecke Wegenerstraße.
Franz Sobanski.
 Elsa Para, Walter Kler, Geschwister Herrmann, Mett. Adolph, Geschwister Aletha, Jongleure.
 Um 9 Uhr das Lustspiel: **Im Herbstmanöver.**
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Rosenheimer, M.

Fritz Schnicke

Wolter, Carl

Zatran & Co.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick

Si-Si

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk!

Bäckereien, Konditor

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Th. Turban

Erscheint 2 mal wöchentlich

Iffland-Bad, Marillustr. 3.

Kur-Anstalt Grundmann

Mistelsky'sche

National-Bad, Brunnenstr. 12.

Nord-Ost

Passage-Bad

Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42.

Römer-Bad

Silesia

Bandagen, Gummiw.

Panschow

Seordig-Anst., Sargm.

Beleucht., Spandau

Becker, Reinh.

Kronen-Grossmann

Neuendorf, O. P.

Schrammar, H.

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

Bergbrauerei

Patzenhofer Brauerei

Berliner Bock-Brauerei

Weißbier C. Landré

Bezugsquellen-Verzeichnis

Brauerei „Germania“

Brauerei P. Rappoldt

Brauerei Pfefferberg

Caramel-Weißbier

Groterjans

Goldbier

Kaiser-Brauerei A. G.

S. D. Moewes

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland

Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Spandauerberg-Brauerei

Verbands-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Weißbier-Brauerei

Ed. Gebhardt A.-G.

Weißbier F. W. Hilsbein

Bouillon-Würfel

„Krone“

Michaelis & Co.

Schröter, R. 35

Vereinigte Pommersche Meiereien

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Die Fabrikator „Sarotti“

Seiffert, Erich

Teichmann, H.

Cigarrenhandlungen

Böckmann, J.

Frei-Rauch

Alb. Kasulke

Klein, Wilh.

Koschorek, G.

Müller, Paul

Willy Münstermann

Ernst Wandelt

Damenkonfektion

Hugo Ahnfeld

Max Arnsdorf

Brennabor

Alex Bam

Fahrrad-Haus, Frisch auf

Fahrrad-Lehmann

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“

Anders, Otto

Bust, Bosse

Brenneke, C.

M. Eggeling

Gericke & Wolfram

Rob. Heinze

C. Miller

Jacob, Otto

Carl Jung

Karl Karst

Kiessling, G.

Kniechase, A.

Hurt Kranke

Lamprecht, Martin

Gust. Lenz

Linde, P.

Lübeck, Ernst

Osk. Mann

Franz Müller

Müller, R. Doh.

Paschke, Max

A. Radloff

Max Richter

Rössel, P.

Unterstehende Geschäfte

Fischhandlungen

C. Dittmann

Winkler & Bärthold

Fleischer u. Wurstw.

Robert Bludschus Nachflg.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Paul Friedrich

Gerhardt

Herm. Hartmann

Hegel, Wilh.

Oskar Klähn

Ernst Köbe

P. Pogorzelsky

A. Rathenow

Schönhauser

Stettiner

Wilh. Vogel

Wühle, Gust.

Gardinen

Vertreib v. Erzeugnissen

Gardinen-Fabriken

Joh. Pellet & Co.

Horren- u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen

J. Baer

Bohrens, H.

Bergmann, E.

Besser, Julius

Bier, Julius

Bohn, R.

Ed. Freitag

Gardinerhaus

Geldstein

Haber, S.

Hamburg-Steglitz

Herr-Bekleid.

Hirsch, J.

Hirschfeld

Lieferant d. Kons.-Genossenschaft

S. Hoffmann

Rud. Israel

Max Kaplan

O. Krugmann

Leske & Sipeck

R. Ludwig

Mahlke, J.

Marcus, S.

Partei-Angelegenheiten.

Steglis-Friedenau. Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet im großen Saale des „Rheinloches“ in Friedenau einen wissenschaftlichen Vortragskursus mit Lichtbildern. Thema: Die Geschichte unserer Erde. Vortragender Genosse E. Graf. Der Kursus erstreckt sich auf vier Abende und beginnt am 11. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, mit dem Thema: Historischer Überblick. Die Entwicklung unseres Planetensystems. Zweiter Abend: 18. Oktober, 8 1/2 Uhr: Die Entwicklung der festen Erdkruste. Erstarrungs- und Ablagerungsgesteine. Dritter Abend: 26. Oktober, 8 1/2 Uhr: Die Formen der Erdoberfläche: a) Gebirgsbildung, Erdbeben und Vulkanismus. b) Verwitterung und Abtragung der Erdoberfläche. Vierter Abend: 28. Oktober. Die Zeitalter der Erdgeschichte mit besonderer Berücksichtigung des Gebietes, in dem der Vortrag stattfindet. — Da die Nachfrage nach Kursuskarten (vier Abende 50 Pf.) eine große ist, ersuchen wir die Bezirksleiter (vier Abende 30 Pf.) zum 1. Oktober an den Bildungsausschuss zurückzulassen.

Stralau. Am heutigen Mittwoch abends 8 1/2 Uhr findet bei Steinicke, Alt-Stralau 5, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Bezirksleitung.

Adlershof. Am Donnerstag, den 29. September findet im Lokal des Genossen Weyer, Bismarckstraße 10, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Lerche, Friedrichstraße 112, unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Das Sozialistengesetz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Lustbarkeitssteuer im Ausschuss.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Erhebung einer Lustbarkeitssteuer hielt Montagabend seine erste Sitzung ab. Vorsitzender ist der Geh. Justizrat Cossel; zum Stellvertreter wurde für den ausgeschiedenen Stadtd. Nommien der Stadtd. Vebenow gewählt. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören dem Ausschuss an die Genossen Vorgmann, Heimann, Voigt und Wille.

Den Mitgliedern des Ausschusses war auf Veranlassung des Vorsitzenden eine Zusammenstellung über die in 12 Großstädten zur Erhebung gelangenden Lustbarkeitssteuern sowie die Mitteilung zugegangen, daß ein Heft Kritiken und Proteste im Bureau der Versammlung zur Einsicht ausliegt. Unsere Genossen beantragten daher vor Eintritt in die Verhandlung, daß diese Kritiken und Proteste, soweit sie nicht durch Druck vertrieben sind, den einzelnen Mitgliedern bereits ausgegangen seien, gedruckt und den Mitgliedern zugefleht werden sollten, da der Ausschuss die Verpflichtung habe, bei einer so wichtigen, breite Kreise der Bevölkerung schwer treffenden Vorlage von den eingegangenen, zum Teil sorgfältig begründeten Protesten genaue Kenntnis zu nehmen und es den Mitgliedern nicht zugemutet werden könne, auf das Bureau zu gehen und sich dort selber herauszuschreiben, was ihnen wichtig erscheine. Der Vorsitzende teilte daraufhin mit, daß er für die eingegangenen 26 Petitionen einen Referenten bestellt habe, und rief, zunächst dessen Vortrag entgegenzunehmen; vielsicht erübrigte sich damit die verlangte Verbrieflichung. Der Referent, dem sodann das Wort erteilt wurde, erledigte seine umfangreiche Aufgabe in circa 12 Minuten und beantragte den größten Teil dieser kurzen Zeit dazu, in einseitiger Weise seine persönliche Auffassung über Bestimmungen der Vorlage zum Ausdruck zu bringen und gegen die Darlegungen der Petenten zu polemisieren. Selbstverständlich ermanngelten unsere Genossen nicht, die ganz merkwürdige Auffassung des betreffenden Herrn über ein objektives Referat an der Hand seiner eigenen Ausführungen gebührend zu kennzeichnen und gerade wegen dieses Referates erneut auf Annahme ihres Antrages zu drängen. Auch von den bürgerlichen Mitgliedern sprang niemand dem Referenten bei, und der Antrag wurde angenommen.

Die Generaldebatte, in welche der Ausschuss sodann eintrat, kam nicht zu Ende und läßt, wie das bei der Sachlage vorauszusehen war, zunächst zu keiner Stärkung. Immerhin trat zu Tage, daß auch die Gewährworter der Vorlage nicht mehr mit ganzem Herzen bei der Sache sind. Unsere Vertreter wiesen darauf hin, daß kaum je eine Vorlage so einem Widerspruch der Bevölkerung begegnet sei, wie diese und zwar auch von Kreisen, die nicht direkt von der geplanten Belastung getroffen werden. Die Kreise aber, die die neue Steuer ausbringen sollen, wie insbesondere das gesamte Gastgewerbe, seien infolge der neuen Reichsteuern und der Verringerung des preussischen Stempelsteuereinkommens bereits in einer demütigend prekären Lage, daß die Erhebung der Lustbarkeitssteuer sich direkt ruinierend auswirken möchte. Wenn von anderer Seite die Steuer immer als eine reine Luxussteuer bezeichnet werde und man der Verwunderung Ausdruck gegeben habe, daß gerade Sozialdemokraten solche Luxussteuer befürworten, so könne dem scharf widersprochen werden. Die Vorlage sei keine Luxussteuer, sondern treffe wohllos und in gleichem Maße den höchsten Luxus in der Lustbarkeit wie ein großes Reich an Dingen und Handlungen, die heutzutage für jeden Menschen notwendig, ja unentbehrlich sind. Jede wie immer geartete Ausparnung des Körpers und Geistes werde mit hohen Sägen getroffen und Derartiges könne gerade die Arbeiterklasse am wenigsten kostenschonend über sich ergehen lassen. Die Vorlage erschwere, ja negiere alle Bestrebungen auf Ausbreitung von Bildung und Kunst in der Berliner Bevölkerung, und die durch die Vorlage sicher zu erwartende Entvölkerung der freien Volkshäuser, auf die genauer einzugehen der Spezialauschuss vorbehalten bleiben solle, wiege allein schwerer als alles zusammen, was die städtischen Behörden bisher zur Förderung von Kulturbestrebungen geleistet hätten. Schließlich wurde an den Magistratsvertreter das Ersuchen gerichtet, nun doch endlich das Zahlenmaterial bekannt zu geben, das den Magistrat zur Einbringung der Vorlage geführt hat, ein Verlangen, welches von anderen Seiten dringender unterstützt wurde.

Die Erwartung, daß der Magistrat dieses zur Beurteilung der Vorlage so überaus wichtige Zahlenmaterial wenigstens den Mitgliedern des Ausschusses nun schriftlich bezugs nachprüfen unterbreiten würde, wurde wiederum zurückgewiesen. In mündlichem Vortrag gab der Kammerer einige Zahlen über die Erträge der Steuer in anderen Städten, mußte aber auf die Frage unserer Genossen, ob denn diese Erträge Brutto- oder Netto-Erträge sind, die Antwort schuldig bleiben. Im weiteren läßt der Kammerer aus, daß nach Abschluß der Zahlen für das vorige Etatsjahr sich ein Ueberschuß von 5 1/2 Millionen ergeben habe. Da aber die städtischen Etats nur durch Einziehung der Ueberschüsse bilanzieren und in dem vorhergehenden Etatsjahr der Ueberschuß 8 Millionen betragen habe, so sei schon jetzt selbst bei gleichbleibendem Bedarf, auf den aber nicht zu rechnen sei, ein Manko von 2 1/2 Millionen entstanden. Eine Erhöhung der Einkommensteuer über 100 Proz. hinaus sei aus den bekannten Gründen in Rücksicht auf die Verhältnisse durchaus unerwünscht; sie werde sich wahrlich nicht auf die Lustbarkeitssteuer nicht umgehen lassen, müsse dann aber so niedrig wie möglich gehalten werden. Von diesem Manko von 2 1/2 Millionen hoffe der Magistrat nun 2 Millionen aus der Lustbarkeitssteuer zu ziehen. Nach dem vom Magistrat aufgestellten Berechnungen, die er aber mündlich nicht darlegen konnte, glaube er

auf eine Einnahme aus der Willeitssteuer von circa 2 Millionen rechnen zu können. Das Aufkommen aus der Pauschalsteuer veranschlage er „auf einige (1) hunderttausend Mark“; diese würden aber dem Stadtsäckel nicht zugute kommen, denn er müsse zugeben, daß die Erhebungsstellen beträchtliche sein werden, da man ein neues Steuerbureau bilden, Kontrollreue anstellen müsse und dergleichen mehr.

Diese Begründung des Herrn Kammerer entlockte selbst einem Freunde der Vorlage das Gesändnis, ihm fange an, schwall zu werden!

Von unseren Vertretern kam wegen der vorgelesenen Stunde niemand mehr zum Wort. Die nächste Sitzung wird in 14 Tagen stattfinden.

„Mit Recht entlassen.“

Gegen einen Vorgesetzten steht jedem Untergebenen das Recht der Beschwerde zu. Auch die Verwaltung der Stadt Berlin erlaubt gnädiglich ihren Arbeitern, sich über die Personen zu beschweren, die sie ihnen als Vorgesetzte gibt. Aber der Erfolg solcher Beschwerden ist mitunter so, daß ein Arbeiter das Gefühl völliger Rechtslosigkeit haben kann. In Beschwerden füllt die Autorität des Vorgesetzten so kräftig ins Gewicht, daß dagegen das Recht des Arbeiters jederseits weicht. Das Verfahren, das bei der Prüfung von Beschwerden der Arbeiter und auch der unteren Angestellten befolgt wird, ist bekannt. Befragt wird dornehmlich der angeklagte Vorgesetzte, und was dann dem über ihm stehenden höheren Vorgesetzten als „festgestellt“ gilt, ist schwer zu enträtseln. Auch die Anrufung der betreffenden Verwaltungsabteilung oder gar des Magistrats verspricht wenig Erfolg, weil ja wieder die Befundungen derjenigen Personen, gegen die der Beschwerdeführer sich wendet, als Grundlage für die Entscheidung dienen. Dabei kann es sogar passieren, daß so eine höhere oder ganz hohe Instanz eine Eingabe nicht mal sorgfältig genug liest, sondern stoll darauflos entscheidet.

Ein Fall, der bei der Parkverwaltung sich abgespielt und zu seiner Erledigung mehrere Monate erfordert hat, verdient weiteren Kreisen bekannt zu werden. Im Schillerpark war den Wächtern als Kontrolleur ein Gärtner Neumann gesetzt, ein Mann, der sich für diesen Posten ganz und gar nicht eignete. Er war zwar nicht Beamter und konnte eigentlich auch nicht als Vorgesetzter der Wächter gelten, aber immerhin hatte er über sie eine Aufsicht zu führen, und sie waren in seine Gewalt gegeben. Der Herr Kontrolleur hätte für sie so etwas wie eine Respektperson sein sollen und können, doch hatten manche ihm gegenüber ganz andere Empfindungen. Wenn er in der Nacht auf seinen Kontrollgängen zu ihnen kam, gewannen sie nicht selten den Eindruck, daß er zum Teufel des Alkohols zu sich genommen habe. In diesem Zustande neigte er dazu, sie in einer manier zu behandeln, durch die sie sich gereizt fühlten. Sie gelangten zu der Meinung, daß er sie geradezu schikanierte. Angeführt wird das Beispiel, daß er zum Zweck der Kontrolle das Postsignal gegeben, aber nicht gewartet habe, bis sie herbeieilten, sondern nach einer anderen Stelle des Parks gegangen sei und von dort aus wieder gepiffen habe, so daß sie hin und her gehen mußten. Mehrfach kam es zu Reibereien und ereignen Auftritten zwischen Neumann und den Wächtern, weil er ihnen vorwarf, sie seien nicht auf dem Posten.

Ein Arbeiter E., der im Schillerpark als Wächter beschäftigt wurde und sich die ihm teilende Behandlung nicht gefallen lassen wollte, hat es seinem Vorgesetzten gegenüber zu verstanden, daß er, der Arbeiter, schließlich seine Stellung verlor. E. hatte ihn in beleidigender Form zur Rede gestellt, daß er nicht auf dem Posten sei. E. erwiderte ihm, er sei nicht auf dem Posten, und fügte gereizt hinzu, er wolle ihn wohl nur aus seinem Post bringen. Am anderen Tage meldete dann E., er sei von E. angegriffen worden, und E. wurde seines Amtes entbunden. Zwar wurde er von der Parkverwaltung noch nicht gänzlich entlassen, sondern als Arbeiter weiterbeschäftigt, aber er erlitt dadurch einen fühlbaren Ausfall an Lohn. Er beklagte sich bei seinem und E.s Vorgesetzten, zunächst bei dem leitenden Gartenbautechniker Fischer mündlich, dann bei dem Obergärtner Weiß, gleichfalls mündlich, schließlich bei dem Gartendirektor Brodersen mit einer schriftlichen Eingabe. In ihr behauptete er unter anderem, E. habe die Wächter aus ihrem Amt bringen wollen und habe falsche Meldungen erstattet. Das Ende vom Liede war, daß E. aus dem Dienste der Stadt ganz entlassen wurde. An Bürgermeister Reide, der in der Stadtdeputation den Vorsitz hat, richtete E. hierauf das Gesuch, seine Sache nochmals zu prüfen und ihn wieder zu beschäftigen. Hierbei paarte er gegen E. allerlei aus, was er über ihn gehört hatte, und erhob eine Reihe schwerer Beschuldigungen, von denen er annimmt, daß sie entweder zu einer Strafanzeige der Verwaltung gegen E. oder zu einer Verleumdungsklage gegen E. führen müßten. Die Verleumdungsklage ist bisher ausgeblieben, aber auch von einer Strafanzeige hat niemand etwas gehört. Die einzige Wirkung jenes Gesuches war die, daß E. seines Kontrolleuramtes entbunden, jedoch nicht überhaupt entlassen, sondern als Kolonnenführer weiterbeschäftigt wurde. Dem Beschwerdeführer E. aber wurde auf sein Gesuch geantwortet: „Die von uns angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Sie mit Recht entlassen worden sind.“ Und dabei blieb es.

„Mit Recht entlassen.“ sagt Bürgermeister Reide; wir nehmen wenigstens an, daß der unter dem Verdacht gestellte Sündel die Unterzeichnung des Herrn Reide vornahm, der ja wohl auf das an ihn selber gerichtete Gesuch auch selber geantwortet haben wird. In bestreblichem Gegensatz zu der Sicherheit des Urteils, „mit Recht entlassen“, stehen die Infortuitäten, die in dem ganzen Verfahren vorgekommen sind. Als E. sich über R. beschwert hatte, wurden Zeugen vernommen. Später wurde dem Angeklagten, d. h. dem Wächter E., nicht etwa dem Kontrolleur R., vom Gartendirektor Brodersen ein vom leitenden Fischer aufgegebenes Protokoll vorgelesen. Als E. daraus erfuhr, daß der Neuge Wächter Sattlerberg angefaßt haben solle, E. habe gegenüber dem Kontrolleur R. sich laut benommen, erklärte E. erregt und in scharfer Form, das sei nicht wahr. E. hat ihm gesagt — und er hat das auch später aufrecht erhalten —, er habe das genaue Gegenteil behauptet, nämlich die: daß der Kontrolleur R. es gewesen sei, der gegenüber dem Wächter E. sich laut benahm. E. hob das hervor in seinem Gesuch an Bürgermeister Reide und gab die Darstellung E.s ausführlich wieder. In dem schon erwähnten Bescheid Reides steht nun zu lesen: „Soweit Ihre selbsterhellte beim Revier vorgebrachten Beschwerden auf Wahrheit beruhen, ist sofort Abhilfe geschaffen worden. Da aber der bei weitem größte Teil Ihrer Anschuldigungen nicht den Tatsachen entspricht, insbesondere Ihre Behauptungen, daß die Aussagen des Betriebsleiters Fischer unwahr seien, und daß Herr Obergärtner Weiß die Maßnahmen des Herrn Fischer nur beschönige, sich als haltlos erwiesen haben, haben wir keine Veranlassung gefunden, in den Anordnungen des Reviers I eine Aenderung eintreten zu lassen.“ Die „Abhilfe“ war wohl die Enthebung R.s von seinem Kontrolleurposten, der Dimbeis aber auf E.s Beschuldigungen gegen Fischer und Weiß scheint jenem dunklen Punkt im Protokoll zu gelten. Sind in E.s Gesuch die Angaben über die Protokolldäre von dem Herrn Bürgermeister überhaupt richtig verstanden worden? Fast möchten wir das bezweifeln, wenn wir sehen, wie an einer anderen Stelle des Gesuches Herr Reide den Sinn einer durchaus klaren Angabe durch verblüffend irrige Auffassung verdunkelt hat. Er antwortet dem Beschwerdeführer: „Auch aus Ihrer jetzigen Eingabe geht hervor, daß Sie zum Wächter nicht geeignet sind, da Sie z. B. eine zur Kontrolle stattdesfindene Umwechslung der Wächter für eine Unordnung“ halten.“ In dem Gesuch, das uns in wortgetreuer Umschrift vorliegt, steht hiervon nichts. Wir finden aber darin die wörtliche Wiedergabe der Erklärung eines anderen Wächters, der es eine

Unordnung nannte, daß der Kontrolleur die Kopsfeise ziehe, wenn nichts los sei.

Man sieht, wie Gesuche gelesen und beantwortet, Beschwerden geprüft und erledigt werden. Ein Richterverständnis des Pouleiters Fischer bringt den Wächter E. in den Verdacht, gegenüber dem Kontrolleur R. sich laut benommen zu haben. Ein Richterverständnis des Bürgermeisters Reide muß dazu dienen, den Beweis zu stützen, daß E. zum Wächter nicht geeignet sei. Aber die Autorität des Vorgesetzten, hinauf bis zu Herrn Reide, steht unanfechtbar da! Und wehe dem Untergebenen, der seine Verwunderung und Enttäuschung über solche Unrichtigkeiten mit einem unbedacht scharfen Wort ausdrückt! Für E., der gegen die dreimal gebilligte Autorität des Vorgesetzten in tollkühnem Frevel sich vergebte, hat die Sache mit schwerster Existenzschädigung geendet. Nach seiner Entlassung gelang es ihm zunächst nicht, andere Beschäftigung zu finden, und er mußte mit seiner Familie die Entbehrungen einer zehnwöchigen Arbeitslosigkeit durchkosten. Obwohl er über dreizehn Jahre als Wächter beschäftigt worden war, hatte Obergärtner Weiß ihm im Entlassungszeugnis bescheinigt, daß seine Leistungen nicht den Anforderungen entsprächen. R. aber erfreut sich noch immer der Schuld seiner Vorgesetzten.

Der Kauf des Tempelhofes Feldes

durch die Gemeinde Tempelhof unter Garantieübernahme durch den Kreis Teltow hat in weiten Kreisen großes Aufsehen und lebhaftes Befremden herporgerufen; ist es doch offensichtlich, daß hinter der ganzen Angelegenheit die Deutsche Bank und die Dresdener Bank stehen und daß das Gelände lediglich der Privatpekulation ausgeliefert wird. Eine recht ansehnliche Rolle in der Frage scheint das Kriegsministerium gespielt zu haben. Die „Vossische Zeitung“ weiß darüber folgendes zu melden:

Der Berliner Magistrat hat unterm 20. August vom Kriegsdirektor ein Schreiben erhalten, worin der Stadt Berlin mitgeteilt wurde, daß der Kriegsminister nach anderer Seite hin nicht verhandeln würde, ohne vorher die Stadt Berlin zu benachrichtigen. Am darauf folgenden Tage, den 30. August, hat der Kriegsminister seine Genehmigung zum vorbereitenden Abschluß des Vertrages mit Tempelhof erteilt, und darauf ist am 31. August bereits der Vertrag mit Tempelhof im Kriegsministerium unterzeichnet worden. Von all diesen Schritten hat der Berliner Magistrat nicht die geringste Nachricht erhalten.

Die städtische Waisenabteilung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung in geeigneten Fällen eine Behandlung mit dem neuen Ehrlich-Hatashen Präparat eintreten zu lassen. Ferner beschloß die Abteilung im November d. J. in zwei Abteilungen eine Versammlung der Gemeinde-Waisenkassen abzuhalten, in welcher die den Gemeinde-Waisenkassen in der Großstadt bei Ausübung ihres Amtes erwachsenden Schwierigkeiten zur Erörterung gelangen sollen. Außerdem wählte die Deputation zum Säuglingsarzt an Stelle des verstorbenen Geheimrats Schröder den langjährigen Vertreter, deselben Dr. med. Hoeld.

Beschränkung des Waffentragens.

Am 15. Oktober soll im Landespolizeibezirk Berlin eine Polizeiverordnung in Kraft treten, die einschränkende Bestimmungen über das Tragen von Revolvern und Pistolen an öffentlichen Orten trifft, wobei jedoch der Verkauf von Handfeuerwaffen von einengenden Vorschriften völlig frei bleibt und nur das Führen von solchen vom Besitze eines polizeilichen Waffenscheins abhängig gemacht werden soll, der jedem vorwurfslosen Bürger auf seinen Wunsch von seinem Wohnortbezirk ausgestellt werden wird. Die wesentlichen Bestimmungen dieser Verfügung lauten: Kleine Handfeuerwaffen (Revolver, Pistolen) dürfen auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen, in Gärten, Schanklokalen und an sonstigen öffentlichen Orten nur von Personen geführt werden, denen hierzu polizeilich ein Waffenschein erteilt ist und die diesen Waffenschein bei sich tragen. Des Waffenscheins bedürfen nicht: 1. Personen, die sich ihres Amtes Waffen zu führen berechnigt sind, 2. Personen, die sich im Besitze eines noch gültigen Jagdscheins befinden und diesen bei sich tragen. Der Waffenschein darf nur zuverlässigen Personen ausgestellt werden. Auch diesen kann die Ausstellung mangels Bedürfnisses verweigert werden. Der Waffenschein wird widerruflich erteilt. In gleicher Weise wird der Regierungspräsident in Potsdam für die Kreise Teltow, Niederbarnim, die Stadtkreise Spandau und Potsdam und einige Gebietsteile des Kreises Osthavelland Anordnungen treffen.

Für die achten Klassen der Gemeindeschulen war vor nicht langer Zeit die Besetzungsziffer auf höchstens 65 bemessen worden. „Höchstens“ bedeutet nun allerdings bei der Schuldeputation der Stadt Berlin noch keineswegs, daß diese Grenze niemals überschritten werden darf. Tatsächlich sind denn auch in jedem Halbjahr in einer ganzen Reihe achter Klassen Frequenzen zu beobachten gewesen, die noch über 65 hinausgingen. Der Schuldeputation macht das keine Kopfschmerzen, wohl aber sorgt sie sich darum, daß andererseits in manchen achten Klassen die Besetzungsziffer beträchtlich unter 65 liegt. Das Manko kommt zum Teil dadurch zustande, daß sechsjährige Schulkinder erst nachträglich von den Schulärzten untersucht und zurückerstellt werden. Dem Uebelstande, daß auf diese Weise manche achten Klassen nicht so gefüllt werden, wie die Schuldeputation es wünscht, will sie durch eine Verfügung begegnen. Darin wird den Direktoren mitgeteilt: „Um einer allzu geringen Besetzung der Aufnahmeklassen vorzubeugen, gestatten wir, daß dort, wo die ärztliche Untersuchung auf Schulfähigkeit der Kinder noch nicht stattgefunden hat, die Besetzungsziffer der Klasse um höchstens fünf überschritten werden darf.“ Das ergäbe also „höchstens 60!“ Und was soll werden, wenn in einer solchen Klasse ein einziges Kind also noch schulmäßig zurückgestellt zu werden braucht? Dann bleibt's eben bei 60, wie ja auch in dem jetzt zu Ende gehenden Sommerhalbjahr schon eine beträchtliche Anzahl achter Klassen vorhanden sind, deren Frequenz sich nicht auf „höchstens 66“, sondern auf 67, 68, 69, ja 60 beläuft. In dem Kampf gegen die Klassenüberfüllung soll es ansehnlich nicht mehr vorwärts, sondern wieder einmal rückwärts gehen.

Depeschenaal einer französischen Zeitung in Berlin. Einer Anregung der Zentralstelle für die Interessen des Berliner Fremdenverkehrs folgend wird die hier erscheinende französische Zeitung „Journal d'Allemagne“ am 1. Oktober im Westen der Stadt einen Depeschenaal eröffnen. Sie hat im Hause Tautzienstr. 24 (Kaufhaus des Westens) einen Laden als Depeschenaal eingerichtet. Hier werden die neuesten Telegramme in französischer und englischer Sprache ausgehängt, jedoch nicht gedruckt oder geschrieben, sondern, wie es in Frankreich und England üblich ist, mit flüssigem Lack auf geschwärzte Spiegelscheiben gepinselt. In dem dazu gehörigen Bureau da renseignements werden Auskünfte an Fremden in allen Sprachen unentgeltlich erteilt.

Gratulation zum neuesten Wahltag.

Aus der Lungenheilstätte in Voelzig (Mark) erhielten wir folgendes Telegramm: „Herzlichen Glückwunsch zu dem freudigen Wahlergebnis im Kreise Frankfurt-Rebus senden die Genossen aus der Lungenheilstätte Voelzig.“

Die städtische Schuldeputation hat auf Veranlassung der Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen den Direktoren der Gemeinde-Mädchen- und der gemischten Schulen Verbleiber die Berufswahl und Ausbildung der Töchter zur Verteilung an die Schulen verlässlichen Mädchen zugeben lassen.

Das Merkblatt weist auf die städtischen Fortbildungsschulen für Mädchen hin, in denen kaufmännischer, gewerblicher und hauswirtschaftlicher Unterricht erteilt wird und der den Mädchen in ihren späteren Jahren sehr zu statten kommt. Auskünfte erteilen die Direktoren der Schulen.

Zur Offiziersabgabe. Die Nachricht von dem Tode des Leutnants v. Hieres und Willau bestätigt sich nicht. Leutnant v. Hieres liegt noch im Garnisonlazarett I. Sein Befinden hat sich nach Aufträge des Chefarztes etwas gebessert, doch ist die Lebensgefahr noch immer nicht beseitigt. Die Todesnachricht war gestern in dem Hause Schanhorststr. 27, wo sich die Wohnung des Offiziers befand, verbreitet.

Die Jugendstrafenausstellung im Gewerkschaftsraum ist morgen, Donnerstag, von 5—9 Uhr geöffnet. Zugang zum Ausstellungsraum Portal B, erste Tür rechts. Eintritt frei. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Zeugen gesucht. Personen, die am 22. April abends gegen 7 Uhr gesehen haben, wie auf dem Bahnhofsplatz der Bedding ein Arbeiter von einem Schumann verhaftet wurde, werden um Angabe ihrer Adressen an Laube, Ködinger Straße 2 vorn I gebeten; insbesondere die beiden Arbeiter, die den Verhafteten bis zur Wache des Polizeireviers begleiteten, im Hause aber vom Schumann zurückgewiesen wurden.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Genosse K o l l e n s u h r teilt bei Eröffnung der Sitzung mit, daß der frühere Beamte Landmeister Schmidt eine Verbesserung der städtischen Vermessungsorgane eingereicht habe, dieselbe wurde dem Magistrat überwiesen. Adhuc wurden die Bedingungen für die Verpachtung der Bahnhofs- und Wagenreklame bekanntgegeben und beschlossen, den Reklamebedingungen, die in den Wagen der Untergrundbahn angebracht werden sollen, zuzustimmen und eine beschränkte Ausschreibung stattdessen zu lassen.

Zur raschen Alarmierung der Feuerwehre hat sich die Rathausverwaltung bereit erklärt, zwei ihrer Hauptanschlüsse zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss zur Prüfung über die Errichtung eines zweiten Standesamts hat die Notwendigkeit der Errichtung als erforderlich anerkannt. Es wurde beschlossen, daß das neue Standesamt möglichst in der Nähe des zu erbauenden Rathauses (spätestens zum 1. Januar 1911) errichtet wird. Ferner wurde der Magistrat ermächtigt, geeignete Räume für die Unterbringung des zweiten Standesamts zum Jahresmietszins von höchstens 1000 M. zu mieten. Eigentlich beherrschte es, als mitgeteilt wurde, daß Hauswirte mit verschlossenen Häusern auf das Standesamt verzichteten, dagegen Wirte mit offenen Häusern erheblich hohe Mieten verlangten, obwohl die Gegenleistung zu wünschen übrig ließ. — Das zwischen Rathausplatz, Erfurter-, Innsbrucker- und Mühlentstraße liegende Grundstück, das die Kinder als Spielplatz benutzen, soll nunmehr mit einem Drahtzaun umgeben werden, und zwar soll die Einfriedigung in der Weise erfolgen, daß für den Rathausbau in Aussicht genommene Grundstück einen zwei Meter hohen Freiraum erhält, der während der Bauausführung zugleich als Bauzaun Verwendung finden soll. Die Kosten betragen insgesamt 4150 M., die aus dem Grunderwerbfonds zu entnehmen sind. — Infolge der Erschließung der verlängerten Innsbrucker Straße zwischen der Ring- und Wannseebrücke ist die Herstellung der Kanalisation erforderlich. Die Kosten werden ungefähr 23 500 M. betragen, jedoch von den Anliegern wieder zurückzuerhalten. — An der Untergrundbahnhaltestelle „Stadtpar“ soll unter der nordöstlichen Freitreppe eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen eingebaut werden. Die Kosten belaufen sich auf 8500 Mark. Eine weitere Bedürfnisanstalt soll an der Ecke der Haupt- und Eisenacher Straße errichtet werden. Es wurde angeregt, auch am Panzerischen Platz eine Bedürfnisanstalt zu bauen. — Der Staatsanwaltschaft berichtete nunmehr über den Stand der Reuermessung Schönebergs. Dieselbe sollte 200 000 M. kosten, diese Summe ist aber um 113 000 M. überschritten worden und dabei ist weiter nichts vermessbar, als das Südgelände und einige Wohnhäuser. Es wurde daher beschlossen, den Bericht über die Reuermessung von einem Sachverständigen schnellstens begutachten zu lassen. Genosse R ä t e r betonte, daß es unverständlich sei, wie eine Ueberhebung der Kosten für diese Arbeit von über 100 000 M. entstehen konnte. Das stelle den Reiter der Reuermessung gerade nicht in ein vorteilhaftes Licht. Es sei notwendig, daß der Bericht eingehend geprüft werde und zwar von einem Techniker und einem Praktiker, um festzustellen, wo es im argen liegt.

Gleichzeitig damit verbunden war eine Nachforderung von 7800 Mark für zwei Radmeister, einen Techniker und zwei Messhilfen sowie erforderliche Instrumente, um im Südgelände das Separationsverfahren einzuleiten. Der Ausschuss beantragte die Bewilligung der betreffenden Mittel abzulehnen, die Arbeiten auszuschreiben und an den Mindestfordernden zu vergeben. Stadtd. L u l a y (lib. Vereinig.) wundert sich, daß jetzt ausgeschrieben werden solle, wo die liberale Fraktion doch für eigene Regie einträte. Bürgermeister W i a n t e n s t e i n teilte mit, daß von Sachverständigen aus anderen Gemeinden ihm geraten sei, von einer Ausschreibung Abstand zu nehmen, da in dem Bureau nur erstklassige Beamten tätig sind, die diese Arbeiten sehr gut selbst ausführen können. Stadtd. G e p n e r (wilt.) meinte, die Vorlage wäre nicht genügend begründet, hier liege eine Verzögerung vor, die nicht genügend erklärt sei, denn selbst der Vater des Befehlshäufers in Frankfurt am Main dieses Gesetz nicht durch. Dem Redner wurde erwidert, daß in Rixdorf, Dortmund das Gesetz sich bewährt habe. K u n i k o w (lib.) ist der Ansicht, daß die Reuermessung begutachtet werde, auch die Weiterbearbeitung ausgeschrieben werden müsse, er kenne sehr tüchtige Vermesser, die der Aufgabe gewachsen seien. Genosse R ä t e r wies eine Ausschreibung als vollständig zweifellos zurück, denn die auszuführenden Arbeiten seien nur formaler Natur, da nur Verhandlungen mit den Besitzern und dem Grundstücksbau zu führen sind und dazu reichlich die vorhandenen Kräfte vollständig aus. Auch der Standpunkt der Liberalen, hier auszuschreiben, bedeute eine Verschleppung und Verteuerung. Die Dinausfertigung des Rathausbaues sollte doch zu denken geben. Genosse D o b b meinte, daß die vorhandenen Beamten genügen und befähigt seien, die Arbeiten selbst auszuführen. Damit wurde die Vorlage an den Staatsanwaltschaft zurückverwiesen. — Für die S c h u l - z a n h i l f e sind erhebliche Unkosten entstanden, die aus anderen Positionsmitteln gedeckt werden sollen. In den Ausschuss für Uebernahme der Heimstätte Sternberg wurden W ä m l e r und R ä t e r und als Armenpfleger Genosse B. R u t e r, Grünwaldstraße 33, in die Deputation für Volkserhaltungsbände Genosse H o f f - m a n n gewählt. Damit wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Charlottenburg.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern in der Fabrik für isolierte Drähte, Bilmersdorfer Straße 39. Dort kam der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Langhoff, Bilmersdorfer, Ecke Schillerstraße wohnhaft, an der Moller-Maschine mit seiner Wunde in die Waffe. Er wurde dreimal herumgeschleudert, wobei er einen Bruch des linken Armes, eine erhebliche Quetschung des Brustkastens sowie eine Ausrenkung der linken Seite davontrug. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhause Befördert.

Rixdorf.

Aus Furcht vor Arbeitslosigkeit hat vorgestern der 68 Jahre alte Arbeiter Paul Thom aus der Mainzer Str. 53 seinem Leben ein

Ende gemacht. Thom, der auf dem Probiantamt in Tempelhof beschäftigt war, klagte seiner Frau, er fürchte aus der Arbeit entlassen zu werden, weil man ihn zu seinem Dienst für untauglich zu halten scheine. Als die Frau gestern nachmittag von einem Ausgange zurückkehrte, fand sie ihn tot vor. Er hatte sich in der Wohnung erhängt.

Steglitz.

Recht schwach besucht war die Gemeindevertreter-Sitzung am Freitag, den 23. September. Erst nach Verstreichen eines reichlich bemessenen akademischen Viertels erschien der Wädere, der die Beschäftigbarkeit herstellte. Die Länge der Tagesordnung stand im ungleichen Verhältnis zum Besuch: 25 Punkte für die öffentliche und 8 für die geheime Sitzung. Das war ein etwas reichliches Menü für die erste Sitzung nach den Ferien. Doch die kleine Versammlung war zu großen Taten bereit; auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde dem Steglitzer Kriegsveteranen ein einmaliger Ehrensold von 80 Mark pro Mann bewilligt. Der Bürgermeister teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß Steglitz schon seit vier Jahren ungefähr 60 bedürftige Veteranen mit 20 M. pro Mann und Jahr unterstütze. Der Vaterländische Frauenverein beabsichtigt die Einrichtung einer Tuberkulose-Kunst- und Färbereigeschäfte für unseren Ort. Da ihm die Mittel fehlen, wandte er sich an den Gemeindevorstand, und auf dessen Antrag wurden nun 2000 M. bewilligt. Da im Etat schon 3000 M. zu dem Zwecke ausgeworfen sind, um Tuberkulosekranken erfolgversprechende Kuren zu ermöglichen, trägt somit auch Steglitz etwas dazu bei, die verheerende Seuche zu bekämpfen. 500 M. wurden ferner bewilligt, zur Gewährung von Beihilfen an Personen des Mittelstandes für Erholungsreisen ihrer Kinder in den Ferien. Ein bemerkenswerter Antrag, der von dem Bürgermeister als ein erster Versuch bezeichnet wurde, auch den Kindern des Mittelstandes aus Gemeindegeldern etwas zuzuwenden, nachdem für die Kinder der Arbeiter aus öffentlichen Mitteln so reichlich gesorgt sei. Genosse Hamburg wandte sich gegen den Antrag in dieser Form. Er sei zwar bereit, diese 500 M., eventuell auch mehr zu bewilligen, um bedürftigen Kindern armer Eltern Erholungsreisen zu ermöglichen, aber er wolle keine Klassenunterschiede einführen. Seien unsere jetzigen Ferienkolonien für die Kinder des Mittelstandes nicht gut genug, dann möge man sie im Interesse aller Kinder verbessern und hierzu das verlangte Geld verwenden. Der Bürgermeister erwiderte, daß unsere Ferienkolonien allen Ansprüchen genügen, aber es solle speziell etwas für den Mittelstand geschehen. Wer und was den Mittelstand eigentlich bildet, wo er beginnt und wo er endet, wie die Auswahl der vielteiligsten zu unterstützenden Kinder erfolgen soll, hat er nicht veraten. Das Kuratorium der höheren Lehranstalten hat das Bedürfnis, auf Kosten der Steuerzahler ein Fest zu feiern. Der Gemeindevorstand unterstützte die Sache und beantragte die Bewilligung von 4000 M. zur Feier des 25jährigen Bestehens des Gymnasiums. Für dieses Geld soll ein Buch über das Gymnasium herausgegeben, ein Festspiel und Festessen veranstaltet werden. Die ersuchten Auszeichnungen werden dann schon nicht ausbleiben. Zur Einweihungsfeier der neuen Volksschule auf dem Platz Y wurden gleichfalls 500 Mark bewilligt. An der von Groß-Berlin anlässlich der nächsten Volkszählung geplanten Aufnahme einer Wohnungsstatistik wird sich Steglitz beteiligen; die Kosten hierfür wurden bewilligt. Nachdem schon früher an den höheren Schulen der Handfertigkeitsunterricht eingeführt wurde, soll dies nunmehr auch für die Knaben der 1. Gemeindevorschule zum 1. Oktober geschehen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 1728 M. wurden bereitgestellt. In dem neuen Volksschulgebäude auf dem Platz Y sollen zum 1. April 1911 zwei Klassen der höheren Mädchenschule eingerichtet werden, um den Bewohnern des Südlichen Ortsteils entgegenzukommen.

Lichtenberg.

Setzt die Wählerlisten ein!

Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt nur noch bis einschließlich 30. September von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr im großen Sitzungssaale des Rathauses aus.

Bis zu dieser Zeit müssen die Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste erhoben werden, weil später eingehende Einwendungen gegen die Richtigkeit nicht berücksichtigt werden. Wir fordern diejenigen, die es bisher versäumt haben, Einsicht in die Liste zu nehmen, auf, unverzüglich dieser Pflicht nachzukommen, da nicht in der Liste Stehende sonst bei eventuellen Nachwahlen um ihr Wahlrecht kommen können. Wer selbst nicht die erforderliche Zeit hat, wende sich an die durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und lasse von dort aus die Wählerliste für sich einsehen. Lasse sich auch niemand durch den Beamten abwischen, sofern sein Name nicht in der Wählerliste steht, sondern verlange, daß der Protest auf Protokoll genommen wird.

Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Zwei gut besuchte Protestversammlungen nahmen am Montagabend zu dem Vorgehen der Regierung sowie der Polizei gegen die Bildungsbestrebungen der hiesigen Arbeiterklasse Stellung. In der äußersten Lichtenberger Versammlung sprach Genosse D ä w e l l. Der Redner gliederte unter dem Beifall der Versammelten, welche Aufgaben der Polizei in Preußen zugewiesen werden. Besonders kennzeichnete er das unerhörte Vorgehen derselben gegen die freie Jugendorganisation. Ein Sturm der Entrüstung brach los, als D ä w e l l das gesetzwidrige Vorgehen der Polizei aus Anlaß der am Donnerstag voriger Woche einberufenen Versammlung zur Sprache brachte. In der Diskussion trug Genosse G r a f vor, was sich bei seiner Feststellung aus der Polizeiwache abgespielt hat. Genosse R i e m ersuchte die Anwesenden, sowohl für die Stärkung der politischen Organisation, wie auch für die Einführung der schullosen Jugend in die Reihen der „Freien Jugendbewegung“ Sorge zu tragen.

In der gleichfalls gut besuchten Versammlung in Friedrichsfelde hatte Genosse B i o d das Referat übernommen. Auch hier wurde der Polizeistaat Preußen vom Referenten unter reichem Beifall der Versammlung kritisiert. Die Versammlungen nahmen folgende Resolution einstimmig an:

Die heutigen öffentlichen Versammlungen der Orte Lichtenberg-Friedrichsfelde erheben den entschiedensten Einspruch gegen das ungerechtere Vorgehen der Lichtenberger Polizeibehörde, die das Bildungsbedürfnis der proletarischen Jugend nicht nur durch unermessliche Anwendung überlebter Rasterbestimmungen, sondern sogar durch flagranten Bruch der Bestimmungen des Reichsvereinigungsvertrages zu erfüllen versucht. Die Versammlung erhofft von dem Bildungseifer der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, daß er sich allen polizeilichen Maßregelungen zum Trotz siegreich durchzusetzen wird.

Am Donnerstag, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, eine öffentliche nicht-politische Versammlung für Erwachsene und die schullose Jugend statt. Vortragender Herr C. Graf.

Der Einberufer: Paul Schwent, Friedrichsfelde, Waldersee Str. 51a.

Tempelhof.

In großer Eile brachte, wie wir bereits kurz gemeldet, die Tempelhofer Gemeindevertretung den Anlauf des westlichen Teiles des Tempelhofer Feldes unter Garantie des Kreises zustande. Während bei jeder Laterna, die gesetzt, bei jedem Baum, der gefällt werden soll, womöglich erst eine Kommission berät, bei einer so wichtigen Angelegenheit setzt sich die Vertretung leichten Herzens darüber hinweg. Diese furchtbar große Eile scheint denn doch ver-

dächtig zu sein. Am 31. August trat der Gemeindevorstand betreffs Ausarbeitung der Verträge mit den beteiligten Körperschaften in Verbindung und drei Wochen gingen ins Land, ohne daß die Vertretung auch nur eine Spur von dieser Aufgabe zur Kenntnis erhielt. Die Verträge wurden durch den Vorstand in geheimer Sitzung vorgelesen; ohne daß auch nur ein Gemeindevertreter eine Abschrift derselben in die Hand bekam, um dieselben im stillen Kämmerlein durchzustudieren, gaben sie in einer außerordentlichen Sitzung ihre Zustimmung. Selbst in dieser außerordentlichen Sitzung war von einer Debatte über das Projekt wenig zu hören, alles drehte sich nur um die Frage der Gemeindegemeinde. Wie leichtsinnig verfahren wurde, geht daraus hervor, daß laut Vertrag die ersten dreißig Häuser etwa 60 000 M. Steuern aufbringen sollen. Gewiß wird die neue Tempelhofer Aktien-Gesellschaft für Grundstücksverwertung, an der die Gemeinde mit einer halben Million Mark Aktien beteiligt sein soll, alles daran setzen, schlemmig Häuser zu bauen. Wer gibt aber die Gewähr dafür, daß die Häuser auch bewohnt und bei weiterer Bedingung die Verkehrsverhältnisse bessere werden? Wenn die Gemeinde glaubt, ein so brillantes Geschäft zu machen, warum diese Geheimnisträuerei? Mit Recht betonte einer der Gemeindevertreter, daß in der Theorie die Verträge ganz schön ausdähen, aber in der Praxis dürften der Gemeinde Tempelhof Schwierigkeiten entstehen. Wenn sich zwei Millionen Menschen in der Stadt Berlin wohl fühlen, so könnte Berlin die Tempelhofer auch noch aufnehmen. Es treten Anforderungen an die Gemeinde, die in der gegenwärtigen Zeit nicht überblickt werden könnten. Nur ein einziger Kollege schiederte ihm. Nach einem Antrage auf namentliche Abstimmung wurden die Verträge nach dem Wunsche des Vorsitzers mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Ober-Schönebeide.

Eröffnung des Krankenhauses. Das „Königin-Elisabeth-Hospital“ ist jetzt fertiggestellt und es soll bereits am 10. Oktober mit der Belegung begonnen werden. Der Bau des Krankenhauses, das vormals als Elisabeth-Kinder-Hospital an der Halensee bestand, ist wesentlich deshalb in Ober-Schönebeide zustande gekommen, weil das von den Gemeinden Ober-Schönebeide, Friedrichsfelde und Friedrichshagen geleistete unverschämte Darlehen von 300 000 M. zur Hälfte die hiesige Gemeinde getragen hat. Dieser Betrag ist nur in dem Maße rückzahlbar, als das Grundstück nicht mehr zu Krankenhauszwecken benutzt wird. Es sollen vorläufig 100 Betten belegt und die Kurkosten den Berliner Sägen angepaßt werden. In unserem Industrieort mit seinen zahlreichen Betriebsunfällen ist mit der Eröffnung einem wirklichen Bedürfnis abgeholfen.

Nach langem vergeblichen Petitionieren um Einbeziehung unferes Ortes in den Nachbarortverkehr mit Berlin scheint jetzt doch ein Umschwung eingetreten zu sein. Von der Postbehörde ist an die Gemeindeverwaltung der Weisung ergangen, daß der Herdsteinfrenz der zuständigen Behörden die Einbeziehung empfohlen werden soll.

Mohren (Kreis Teltow).

Trotz alledem!

Die Versammlung, deren Zweck es ist, Anhänger für die Sozialdemokratie zu werben, soll inmitten einer den Bestrebungen und Zielen dieser politischen Partei abgeneigten ländlichen Bevölkerung stattfinden. Die Teilnehmer würden sich aus den Kreisen der Ziegeleiarbeiter zusammensetzen, bei denen der übermäßige Genuß geistiger Getränke, namentlich an Sonntagen und bei derartigen die Gemüter erregenden Gelegenheiten, die Regel bildet.

Schlägereien zwischen der ländlichen und der Arbeiterbevölkerung sind in der in Betracht kommenden Gegend an der Tagesordnung, wie verschiedene Vorkommnisse beweisen. Hiermit ist die Versicherung begründet, daß die Versammlung Gelegenheit zu Heibereien und Ausschreitungen unter den einander gegenüberliegenden Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Sicherheit geben würde.

So lautet der Ulaß des Herrn Amtsvorstehers Dr. Birt in Jossen, sekundiert vom Landrat des Kreises Teltow, mit dem der von uns einberufenen öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel die Genehmigung verweigert werden sollte.

Trotz der schändlichen, isolierten Handlungsweise der Behörden ist es unseren Genossen gelungen, am Sonntag, den 25. d. Mts., eine öffentliche Versammlung im Lokale des Herrn Janiszewsky abhalten zu können. Zahlreich leisteten die Männer und Frauen von Mohren und Umgebung der Einladung Folge. Anhänglich und aufmerksam lauschten die Anwesenden den Darlegungen des Referenten, des Gen. Groger-Rixdorf. War es doch die erste sozialdemokratische Versammlung, die in diesem Teile des Kreises Teltow stattfand. Reichlich 150 Personen — aus allen Schichten der Bevölkerung — füllten die Räume, Kopf an Kopf standen die Zuhörer bis auf die Straße hinaus, um durch die offenerstehenden Fenster und Türen den Vortrag hören zu können. Lebhaft Zustimmung fanden die Worte des Referenten, als er gegen die kleinliche, gehässige Schikanierung und die Beschimpfung der Bevölkerung durch den Landrat und Amtsvorsteher scharfen Protest erhob. Nicht minder begeistert wurde den Ausführungen zugestimmt, als der Redner die Ursachen und Wirkung der Zoll- und Steuerpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien eingehend erörterte. Ein stimmung wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 25. September 1910 im Lokale des Herrn Janiszewsky in Mohren stattfindende öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, für die Zukunft aus den Bestrebungen der Regierung und der herrschenden Klasse die sich ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen und sich der politischen Organisation der Arbeiter, dem sozialdemokratischen Wahlverein anzuschließen.

Die Versammelten protestieren anherdem gegen die beleidigenden Unterstellungen des Amtsvorstehers und Landrates, nach dessen Behauptung sich die hiesigen Arbeiter dem übermäßigen Genuß geistiger Getränke hingeben und zu Ausschreitungen gegen Andersdenkende leicht bewegen lassen.

Die Versammelten protestieren gleichfalls energig gegen die ungleiche Auslegung des Reichsvereinigungsvertrages durch den Herrn Amtsvorsteher und fordern unter allen Umständen, daß ihnen die gesetzlich gewährleisteten Rechte nicht vorenthalten werden.

Wenn die preussische Landratsbureaucratie nicht gar so erhaben wäre und noch Gehäl für Recht und Unrecht besitzen würde, dann könnte sie aus diesem Falle lernen, in welcher öffentlichen Weise hier ihrerseits mit der Wahrheit hangeballt gespielt wurde, und zu welchen lächerlichen Behauptungen sie sich vertieft. Jeder einzelne Punkt des amtlichen Ulaßes ist durch die Tatsachen glatt widerlegt. Vor allem ist auch der Beweis aufs Neue erbracht, daß im Gegenjag zu der Meinung des Landrats und Amtsvorstehers die ländliche Bevölkerung den Bestrebungen der Sozialdemokratie durchaus zugänglich ist.

Ein lebhafter Brado erscholl, als der Vorsitzende der Versammlung, Genosse P a g e l s, zum Schluß ankündigte, daß wir wiederkommen werden. Auch mit dem praktischen Ergebnis kann die Partei zufrieden sein, besteht doch die Gewißheit, selbst in diesem entlegenen Winkel des Kreises Teltow in kürzester Zeit einen eigenen Wahlverein gründen zu können, da auch dieser Teil der Resolution von einem großen Teil der Versammlungsteilnehmer in die Tat umgesetzt wurde.

Weissenfee.

Die Adresse des Obmanns vom Gewerkschaftskartell, Genossen Rich. Daeschner, ist jetzt: Sedanstr. 50, vorn II. Sämtliche Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.

Pankow.

Die Wählerlisten zu der am 15. November d. J. stattfindenden Neuwahl von sechs ausschreibenden Weisern zum hiesigen Gewerbegericht liegen bis inklusive 1. Oktober im hiesigen Rathaus, Breitestr. 25/26, 1 Treppe, Zimmer Nr. 43, wochentags von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags aus.

Da nur wahlberechtigt ist, wer seine Eintragung in diese Liste beantragt hat, ersuchen wir die Arbeiter, bis entweder in Pankow

wohnen oder aber beschäftigt sind, ihrer Pflicht nachzukommen. Als Legitimation dient Invalidentarte oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder der Polizei.

In größeren Betrieben empfiehlt es sich, eine Liste für alle Arbeiter anzulegen, diese vom Arbeitgeber unterzeichnen zu lassen und sie dann dem Gewerbeamt zur Eintragung zu überreichen.

Reinickendorf-Ost.

Nachmal machen wir die Genossen auf die heute, nachmittags von 4-8 Uhr, in den Hubertus-Sälen, Provinzstr. 77/79, stattfindende Gemeindevorstandswahl aufmerksam. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Chemigraph Genosse Adolf Domnia, Amendestr. 89. Wahlberechtigt ist, wer bei Ausliegen der Wählerliste — 15. Januar d. J. — mindestens ein Jahr in Reinickendorf, und zwar an diesem Tage in einer der nachbenannten Straßen wohnte; auch wer inzwischen aus dem Wahlbezirk oder aus der Gemeinde verzogen ist. Der 8. (zur Wahl stehende) Bezirk umfasst das östlich der Sonntagstraße bis zum Grünen Weg und der Kistweinstraße ausschließlich dieser beiden Straßen belegene Gebiet des östlichen Ortsteils, und zwar Seestraße von der Justus- bis zur Venkestraße, Justusstraße 6-53, Gesellschafts-, Regir-, Reptun-

Venkestraße, Pantower Allee 26-59, Albert-Freitag-Straße 12-64, Schwarz-, Holz-, Papier-, Provinzstraße, Grüner Weg, ausschließlich 2 und 11, Granatenstraße, Hansotterstraße 20-87, Ffar-, verlängerte Koloniestraße, Bürger-, Hoppe-, Kamecke-, Herbst-, Sommer-, Frühling-, Winter-, verlängerte Sommer-, Nordbahn-, Seebedstraße, Hansotterplatz, Schönholzer Weg 20-31, Billestraße 11-59, Raschdorffstraße 16-28 und Amendestraße 16-24.

Genossen! Die Pflicht gebietet Euch nicht nur selbst zu wählen, sondern auch die Säunigen und Jungen aufzurütteln. Diese Wahl gibt Euch und den Wählern Gelegenheit, gegen die vorgenommene Steuererhöhung von 20 Proz. in imponierender Weise zu demonstrieren und gleichzeitig gegen die beabsichtigte weitere Erhöhung des Kommunalzuschlages.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Vinkenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen — Herbststr. —, wochentäglich von 4 $\frac{1}{2}$ bis 7 $\frac{1}{2}$ Uhr abends, Sonnabends von 4 $\frac{1}{2}$ bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Nachtrag und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. R. Der Bah ist hierbei ohne Einfluss. Es muß rechtzeitige Anmeldung erfolgen. — W. G. 15. Wenn es sich um einfachen Diebstahl

handelt, in drei Jahren, sofern nicht Unterbrechung der Verjährung vorliegt. Das letztere ist in der Regel der Fall. Die Frist beginnt in diesem Fall mit der letzten richterlichen Handlung. — Fürsorge. 1. Ja, wenn er dazu imstande ist. 2. Ebenfalls ja. Um sagen zu können, in welcher Höhe das Einkommen befallen werden muß, ist nötig, zu wissen, welcher Anzahl von Personen Sie sonst noch auf Grund gesetzlicher Vorschriften Unterhalt zu leisten haben und wie hoch Ihr Einkommen ist. — Verleih 63. Wenn Ihr 14jähriger Bruder auch waterlos ist, so steht ihm ein Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der Beiträge zu. Der Antrag ist seitens des Vormundes bei dem Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Köpenicker Park 8, vor Vollendung des 15. Lebensjahres Ihres Bruders und vor Ablauf eines Jahres nach dem Tode Ihrer Mutter anzubringen. — W. G. 137. 1. Unseres Erachtens ja, wenn nicht im Pachtvertrag ein Verbot enthalten ist. 2. Für den Fall des Obesiegens muß der Gegner die Kosten tragen. 3. Beleidigungsklage kann nur in gefordertem Verfahren bei dem Schöffengericht erhoben werden. Der Klage muß ein Sühneverfahren vor dem zuständigen Schiedsman vorausgehen. — W. G. 18. Sie müssen das Mädchen zur Krankenliste anmelden. — W. G. 30. 1. Dem königl. Polizeipräsidium unterstellt. 2. Die Stadt Berlin. — W. G. 63. Ihre Tochter ist an den Vertrag gebunden. — G. G. Charlottenburg. Wir betonen wiederholt, daß wir Klagen, die die Umgehung der Unterhaltspflicht einem unehelichen Kinde gegenüber bezwecken, nicht erteilen. — W. W. Wilhelmstraße. Rein-

Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken

2

Reste-

Tage

Greifenhagen

Drumstrasse 17-19

Veteranenstrasse 1-2

Mittwoch und Donnerstag

Grosser Verkauf von Restabschnitten und Restbeständen, welche sich während unseres Uebernahme-Verkaufs angehäuft haben, zu **stunend billigen Preisen**. — Alle anderen Waren haben wir, um mit den alten Vorräten schnell zu räumen, nochmals erheblich heruntergezeichnet. Diese ungemein günstige Gelegenheit bietet sich nur noch **heute und morgen**, da wir am **Freitag** unser Geschäft wegen Neu-Einrichtung und Komplettierung der Läger geschlossen halten müssen.

Die Wieder-Eröffnung erfolgt Freitag nachmittag 3 Uhr

Die Restbestände der Lebensmittel-Abteilung (spez. Konserven) werden **spottbillig abgegeben**

Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken Norden-Marken

Adressbuch

für

 Berlin und seine Vororte
1911.

Die Hauslisten für den Jahrgang 1911 sind den Herren Hauseigentümern bzw. Verwaltern zur Weitergabe an die verehrlichen Haushaltungsvorstände zugegangen. Letztere werden gebeten, die erforderlichen Angaben genau und deutlich in die Hauslisten einzutragen und diese so schnell wie möglich weiterzugeben. Diejenigen Gewerbetreibenden, denen eine besondere Eintragungskarte für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, mögen auf sorgfältiges Ausfüllen der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, weil diese Angaben auch als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt werden. Da die

Abholung der Hauslisten Montag, den 3. Oktober,

beginnt, so richten wir an diejenigen Haushaltungsvorstände, denen die Hauslisten bisher noch nicht vorgelegt wurden, das Ersuchen, bei ihren Hauseigentümern oder Verwaltern wegen der Liste Nachfrage zu halten und für eine schleunige Eintragung Sorge zu tragen oder mir ihre Angaben unverzüglich direkt zugehen zu lassen. Es empfiehlt sich, die Vorbestellung auf Adressbücher gleichzeitig in die dafür vorgesehene Spalte der Hausliste einzutragen, da mit Schluß des Vorbestelltermins — 31. Oktober — der um 2 Mark höhere Ladenpreis eintritt.

Da die Bewohner der Reichshauptstadt das größte Interesse daran haben, das Adressbuch so vollkommen und zuverlässig wie nur möglich gestaltet zu sehen, dürfen wir wohl erwarten, daß alle Einwohner durch genaue Ausfüllung der Hauslisten und durch deren schleunige Weitergabe die mühevoll und kostspielige Zusammenstellung unterstützen.

Berlin, den 27. September 1910.
 SW 68, Zimmerstraße 36-41.

August Scherl.

Vorwärts-

gefeilt Cigaretten gefeilt

Das Beste an Qualität zurzeit! 9700*
Keine Ausfaltung — dafür Qualität!
Nur echt mit zwei roten Fahnen!
Handarbeit! Nur organisierte Arbeiter!

Bekanntmachung.
Bedarfsvergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober er. nach
Swinemünder Str. 64, 1. Etage
an der Millionenbrücke (Aufgang Ramlerstraße).
Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf.
5842*

H. Preuß, Gleimstr. 43
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung.
Preisliste gratis und franko.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung**
bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte
(mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Julius Krause Kastanien-Allee No. 40.
Teilzahlung gestattet.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Durch Rauch und Staub beschädigte Gardinen, Stores, Läden, Teppiche, Polstermöbel, Kleider, etc., 1,75, 2,25, 2,85, 3,75, 4,85, 5,50, 6,75 usw.
Erbstücker, Betten, etc., 2,45, 3,85, 4,75, 5,75, 6,50 usw.
Tuch- und Tischdecken, etc., 1,25, 1,75, 2,50, 3,85, 4,75, 6,50, 8,75 bis 30 Mark.
Blisch- und Tuchportieren, etc., 3,25, 4,85, 6,35, 7,85 usw.
Abfallteppiche, etc., 3,85, 4,75, 5,50 usw.
Blischteppiche mit kleinen Flecken, in allen Größen, 6,75, 8,25, 9,85, 11,50, 13,50 bis 60 Mark.
Sport- und Samtwolldecken, etc., 1,65, 2,50, 3,25, 4,50, 5,25, 6,75 bis 20 Mark.
Wolldecken, etc., 1,25, 1,75, 2,50, 3,25, 4,50, 5,25, 6,75 bis 20 Mark.
Teppiche! (schlechteste) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes Teppiche, etc., etc.

Zuchthaus, 10 Jahre Lebenserinnerungen von Sepp Deter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts.
Leihhaus, 10 Jahre Lebenserinnerungen von Sepp Deter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts.
Leihhaus, 10 Jahre Lebenserinnerungen von Sepp Deter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts.

Geschäftsverkäufe.
Obst-, Gemüse-, Materialwaren, etc., etc.
Wollgeschäfts, etc., etc.
Obstgeschäfts, etc., etc.

Möbel.
Ottostraße 2, nahe der Turnstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, sowie jede gewünschte Garantie.

Musik.
Mühlentisch, etc., etc.
Pianos, etc., etc.

Verschiedenes.
Kornit Schwart, etc., etc.
Patentanwalt, etc., etc.

Wohnungen.
Prachtwohnungen, etc., etc.
Zimmer, etc., etc.